

Die Spalte des Pressereferenten

Hauptthema dieser SKOLAB-Konferenz ist die Auseinandersetzung mit der Minderheitenproblematik, wobei gesagt werden muß, daß wir uns weiterhin mit diesem Thema befassen werden und uns besonders von der geplanten Minderheiten-tagung in der Osterrheine mit den Kärntner und italienischen Slowenen, sowie dem bekannten Minderheitenfachmann Sergio Salvini neue Anregungen und Anstöße erwarten. Wir haben uns einseitig vielleicht etwas zu kurz mit den allgemeinen Bedingungen, denen die Minderheiten in fast allen europäischen Staaten unterworfen sind, auseinandergesetzt; z.B. das Problem des Zentralstaates, der entvölkerten Randregionen und der gleichzeitigen Konzentration der Industrie in Ballungsgebieten, der Zerstörung der Minderheiten und alten Bauernkulturen... müssen näher behandelt werden. Andererseits wollten wir uns auch mit der aktuellen Situation in Südtirol beschäftigen und dazu Dr. Silvius Magnago zu Wort kommen

lassen. Doch der sonst so interviewfreundliche Magnago lehnte kommentarlos ab, was uns natürlich nicht daran hinderte, sehr kompetente Leute wie Claus Gatterer und Joseph Torggler zu Wort kommen zu lassen.

Haben andere Minderheiten noch um ihre Primärrechte, Anerkennung der Sprache, Schulen... zu kämpfen, so vollzieht sich die Auseinandersetzung hier in Südtirol, nachdem die Minderheit im großen und ganzen als geschützt betrachtet werden kann, auf einer anderen Ebene (die DU versucht zwar immer wieder zu bremsen, was die SVP aber nicht hindert, in Rom immer wieder für sie zu stimmen). Die SVP glaubt nämlich, als Repräsentant der bürgerlichen Schichten, daß mit der Lösung ihrer bürgerlichen Probleme — wie Gatterer sagt — die Probleme der Minderheit gelöst seien. Dies stellt sich aber mittlerweile als Trugschluß heraus, da die soziale Dynamik innerhalb der Volksguppe nicht mehr in den Griff zu fassen ist. Besonders

seit sich viele Südtiroler Arbeiter beim AGB/CGIL besser verstanden fühlen als beim ASGB und besonders weil sich dem 15. Juni eine kommunistische Machtbeteiligung möglich erscheint, versuchen die verschiedenen Brügger, Achauriler, Gampet... eine neue nationalistische Welle anzukurbeln, die mit Drohungen, wie der Forderung nach Selbstbestimmung und einem zweiten Signumaskron (Achmüller), geschürt werden.

Gerade die SVP-Kadaver mühten wissen, daß es immer die linken Parteien waren, die für die Rechte der Südtiroler Bevölkerung abgetreten sind. In dieser Gesamtstrategie, eine neue Konfrontation zwischen den Volksguppen aufzubauen, soll ein unendifferenzierter Antikommunismus den nötigen Kitt abgeben (Drevggen Sportpalast-Rede in Bozen und Hebert Floers abgeschiedene antikommunistische Utzreden aus dem Bayererkurier).

Jedenfalls muß es Aufgabe aller fortschrittlich-demokratischen Kräfte sein, Konfrontationsanlässe und bewußt geschürte Spannungen abzubauen, damit das friedliche Zusammenleben der Volksguppen in Südtirol gewährleistet bleibt.

Inhalt

- 1 Minderheitenproblematik und Notwendigkeit einer regionalistischen Lösung
- 2 Die Slowenen in Kärnten — Ein österreichisches Minderheitenproblem
- 9 Interview mit Claus Gatterer
- 10 Anmerkungen zur Südtirolpolitik der KPI
- 14 Die Südtiroler Linke — offene Probleme
- 15 Die Randbemerkung — Versuch einer Analyse
- 18 Ordentliche Lehrbefähigungskurse 1975/76 — Kritik und Ausblick
- 20 Zu den Angriffen gegen die Südtiroler Arbeitermittelschule
- 21 Leserbrief: Der erste Schnei
- 22 Stadtstiche: Klausen und Bozen
- 23 Sozialkritisches Volkslied — Ja oder nein?
- 25 Besprechung „Profil“ — Nr. 1—12
- 26 Kommentar zu Pepi Zoderers „Die elfte Häutung“
- 27 Buchbesprechung: Das Patriarchat
- 28 Buchbesprechung: Franz Innerhofer-Schattenseite
- 29 Ad, die Kunst und der Künstlerbund
- 30 Plattenbesprechung
- 30 Wie zwingt man einem Südtiroler Scheuklappen auf, wenn er zufällig noch keine hat?
- 31 Zur ausgefallenen Studententagung 1975
- 32 Promotionen

- Hans Mayr
Leopold Steurer
Max Haller/Leopold Steurer
Joseph Torggler
Siegfried Staffler
Pepi Tinkhauser
Elisabeth Höglinger
Peter Gattetner
Wolfgang Raffener
Norbert C. Kaser
Peter Führer
Bernhard Wöll
Martin Abram
Oskar Ausserer
Hans Heiss
Hans Heiss
Kenate Mumelter
Franz Kössler

MITARBEITER DIESER NUMMER

- Martin ABRAM
39100 Bozen, Pagenstraße 19
Oskar AUSSERER
39011 Lana
Peter FÜLLERER
40125 Bologna, Via Bogatto 6
Claus GATTERER
1190 Wien, Boschstraße 14/12
Peter GSTETTNER
6090 Innsbruck, Müllerstraße 23
Hans HEISS
39042 Bräsen, Weißbrotstraße 4
Elisabeth HÖGLINGER
39046 St. Ulrich, Stadestraße 5
Norbert Conrad KASER
30031 Brunick, Romstraße 4
Franz KÖSSLER
50100 Florenz, Borgo Altopi 21
Hans MAYER
39054 Ebenau/Burten, Nr. 164
Kenate MUMELTER
39100 Bozen, Dr.-Sacher-Casse 10
Wolfgang RAFFENER
39057 Eppan, Maria-Rosa-Weg
Leopold STEURER
1170 Wien, Dieboldplatz 3/22
Siegfried STUFFER
39100 Bozen, St-Oswald-Weg 51/6
Pepi TINKHAUSER
39031 Brunick, Tennisweg 3
Joseph TORGGLER
39012 Meran, Lazagweg 11
Bernhard WÖLL
50123 Florenz, Piazza S. Lorenzo 7

Minderheitenproblematik und Notwendigkeit einer regionalistischen Lösung

Das Problem der Minderheiten in einem kurzen Artikel anzugehen, ist sehr schwer. Ich muß mich daher nur mit einzelnen Ausblicken begnügen, die sich zudem auf Europa begrenzen. Zu gewaltig und zu weitweit ist der Kampf unterdrückter, unterprivilegierten und verflochten ethnischer Minderheiten in der Zwischenzeit geworden. Man spricht in Europa vom Aufstand der Regionen, Beispiele gibt es genug dafür, von der Bretagne bis zum Baskenland, von Korsika bis zu einzelnen Sowjetvölkern. Viele Völker der Dritten und Vierten Welt kämpfen um Bewahrung und Entwicklung ihrer Identität, um Selbstverwaltung und nationale Unabhängigkeit. Für viele von ihnen bedeutet die Unabhängigkeit nur einen Wechsel der Kolonialherren. Dies hauptsächlich deshalb, weil diese neuen Staaten ihre heutige Gestalt und ihre Grenzen überwiegend den früheren Kolonialmächten verdanken, die sich nicht um historische gewachsene Regionen und ethnische Gruppen scherten, sondern sich allein an ihren strategischen und ökonomischen Interessen orientierten. Zu oft auch berühren diese Emanzipationsbestrebungen vitale Interessen. Hauptsächlich westlicher Industrieländer und multinationaler Konzerne, aber auch der Länder des sozialistischen Lagers und der Dritten Welt selbst. Und von Fall zu Fall tun sich mächtige Allianzen zusammen und in diesem weltweiten Verbundsystem gelingt es „der Welt Herrschaft der Gangster“ — wie Sartre im Fall von Biafra formulierte — den Aufständen der Minderheit zu begegnen und Verbrechen des Ethnozids und Genozids zu verschleiern.

Im Vergleich dazu stellt sich die Minderheitenpolitik der europäischen Staaten geradezu „humanitär“ dar. Aber auch in Europa, in der sogenannten freien Welt, sind Auftrag und Geist der Verfassungen in kaum einem Fall verwirklicht worden und Hunderte von Sprachen und Kulturen sind vom Untergang bedroht.

Zum Einstieg in die grundsätzliche Thematik möchte ich einige sehr interessante Artikel und Bücher zitieren, die meiner Meinung nach das Problem in die richtige Perspektive stellen. In einem wichtigen Artikel der Zeitung „Liberation“ (Paris 1970) heißt es: „Der Kampf der nationalen Minderheiten ist ein moderner Kampf, der sich in eine umfassende logische Perspektive stellt, in der alles zusammenfällt: Erhaltung der Sprache, wirtschaftliche Entwicklung, Demokratie, Sozialismus, Freiheit, Lebenszusammenhang, Umwelt, Kultur, wahre internationale Brüderlichkeit... Und diese Logik widerspricht direkt derjenigen des Kapitals,

die eine immer moasträusere Konzentration in den Zentren, die Verwüstung der Landregionen, die Zerstörung aller lebenden Gemeinschaften und der schamlos geplünderten Natur, die Verschärfung des Neokolonialismus und die Unterschiede zwischen reichen und armen Nationen fördert“. An einer anderen Stelle des Artikels: „Der universellste konkrete Mensch ist stets ein soziales Wesen, angesiedelt in menschlichem Raum und menschlicher Zeit, umgeben von Verwandten, von Freunden, von Leuten, die so sprechen und so leben wie er, mit denen er arbeiten, Sachen aufbauen kann, die an die selben Werte glauben wie er, kurz: er gehört in eine Gemeinschaft und nur in dieser Gemeinschaft kann er Mensch werden und genau diese Gemeinschaft wird durch die Deportation der Arbeitskraft, durch die Entvölkerung ganzer Regionen, durch den Kapitalismus zerstört“. „Jeder Sprache, und sei es die einer noch so kleinen Minderheit, steht das Recht zu, ihren Beitrag zu einer universellen Kultur zu geben. Die Sprache ist nämlich der Faktor, der eine ganze Kultur zusammennählt. Ohne Sprache ist sie wie ein Haus ohne Dach. Ja, wenn es zu viele dramatische Änderungen gibt und zu wenig Pflege, passiert dasselbe wie bei den Menschen und Tieren, es entstehen Ungeheuer, sei es durch den Verlust von Genen oder durch den Verlust von Tradition.“

Sergio Salvi läßt in seinem Buch „Le lingue tagliate“ einen ausgezeichneten Journalisten und Philosophen, Gaspare Barbiellini-Amidei, zu Wort kommen. Der einige mutige Artikel im „Corriere della Sera“ zur Minderheitenproblematik publiziert hat und der Begriff des Minuswertes aufstellt. Jene Teil des Reichtums, der vom Arbeiter produziert und vom Kapitalisten eingesteckt wird, nennt Marx den Mehrwert. Barbiellini-Amidei nennt den ungeheuren Reichtum an Sprache, Kultur und Geist, der von Menschen hervorgebracht und nun von diesem System zerstört wird, den Minuswert. Er schreibt: „Jeden Tag sterben unter uns Bilder, Metaphern, Lieder, Tänze, Kinderreime. Sind sie erst einmal tot, bleibt nur mehr die Friedhofsruhe der Museen, das Sterbebuch der Anthologien... So wie die Pinien von Versärgnis vom giftigen Salzgehalt der Waschnittel zerstört werden, so hinterläßt jede zerschlagene Metapher eine offene Wunde, die den Tod anderer Wörter und Metaphern bedeutet...“

In diesen wenigen Aussagen wird der Kern des Problems in seiner Tragik und Vielschichtigkeit zum Ausdruck gebracht. Nun gilt es, diese Aussagen zu konkretisieren.

Zuallererst muß ein Fundamentalbegriff geklärt werden, der für die Diskussion der Minderheitenfrage von entscheidender Voraussetzung ist, nämlich der Unterschied zwischen Staat und Nation. Sergio Salvi schreibt in seinem Buch „Le nazioni proibite“: „So wie das Falschgeld durch diese Welt zirkuliert, so zirkulieren auch falsche Begriffe. Es wäre keineswegs skandalös, würden die Entwürfer solcher falscher Terminologien ebenso hart bestraft werden, wie die Fälschmeister. Doch genau das Gegenteil ist der Fall, denn der betrügerischste dieser Begriffe ist in der Bezeichnung „die Vereinten Nationen“ enthalten, einmal sind sie gar nicht vereint und zum anderen sitzen dort Staaten und nicht Nationen.“

Doch nun zum Unterschied. Die einfachste und klarste Definition stammt paradoxerweise von Stalin, der ja nicht gerade ein Freund der Minderheiten war. Er konnte allerdings auf der gedanklichen Vorarbeit Lenins weiterbauen: „Eine Nation ist eine menschliche Gemeinschaft, die sich historisch entwickelt hat, sie ist charakterisiert durch die Einheit des Territoriums, des ökonomischen Lebens, der historischen Perspektive, der Sprache und der geistigen Haltung, welche aus der Kultur resultiert.“

Wenn der Begriff „Nation“ so verstanden wird, so besteht zwischen Staat und Nation ein wesentlicher Unterschied. Wendet man diesen Begriff auf Frankreich, Spanien oder Italien... an, so wird sich herausstellen, daß nur einem Teil der Bevölkerung die nationalen Rechte (jederzeit die eigene Muttersprache gebrauchen zu können, das eigene Schicksal zu bestimmen, einen bestimmten Wohlstand zu erreichen) zugestanden werden, und zwar der hegemonen Staatsnation, welche dem Staat auch den Namen gibt. Salvi schreibt: „Der Gemeinplatz, daß Europa sich aus homogenen Nationen zusammensetzt, ist nichts anderes als eine grausame Fabel.“ Jene Nationen, denen es nicht gelungen ist, sich in eigenen Staaten zu organisieren, sehen sich der elementarsten Rechte beraubt und müssen sich meistens als die Schwächeren dem Kultur- und Wirtschaftsimperialismus der Staatsnationen beugen. Fachleute sprechen in diesem Zusammenhang von einem internen sprachlichen, kulturellen und ökonomischen Kolonialismus, im Gegensatz zu jenem, der von den europäischen Staaten gegenüber den Ländern der Dritten und Vierten Welt ausgeübt wird.

Untersucht man die ethnische Zusammensetzung des französischen Staates, der übrigens politisch verantwortlich

für die Verbreitung des zentralistischen Staationsprinzips ist, so wird man feststellen können, daß von den sogenannten 50 Millionen Franzosen nur 30 Millionen authentische Franzosen sind, während 20 Millionen anderen Nationalitäten angehören (11.600.000 Okzitanen, 3 Millionen Bretonen, 2,5 Millionen Deutsche im Elsaß, 300.000 Italiener auf Korsika, 300.000 Katalanen und 250.000 Basken, 100.000 Flamen). Ihnen allen werden die Rechte des Minderheitenschutzes nicht gewährt. Zieht man Spanien als Beispiel heran, so wird man zu ähnlichen Resultaten kommen. Nirgends in Europa wird der Kampf gegen Minderheiten mit solcher Brutalität und faschistischem Terror geführt wie in Spanien. Doch nirgends ist auch der Widerstand so stark. Ein Viertel von Spaniens Polizei ist heute im Baskenland stationiert. Allzuleicht nämlich könnte der nationale und soziale Befreiungskampf des baskischen und katalanischen Volkes das Ende des Regimes von Juan Carlos bedeuten. Gerade die Geschichte des baskischen Volkes zeigt, daß der Übergang von einer Sprache zur anderen (des Franco mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorangetrieben hat) dramatisch verläuft und gekennzeichnet ist von Massakern und Kolonialisierung.

Zieht man die Situation in Italien in Betracht, so wird man leider feststellen müssen, daß der ausdrückliche Auftrag der Verfassung in keinem einzigen Fall verwirklicht worden ist. Von den 2,5 Millionen Menschen, welche einer anderen Nationalität angehören, sind nur 500.000 geschützt. Dies aber nicht, weil man von Regierungssseite den Verfassungsauftrag ausführen wollte, sondern weil man einerseits durch internationale Verträge gebunden war, andererseits der legitime Kampf der Minderheiten bewaffnete Aufstände und separatistische Tendenzen befürchten ließ.

Am Beispiel einiger italienischer Minderheiten (Sardinien und Friaul) kann man den kulturellen und ökonomischen Kolonialismus von seinen der bürgerlichen politischen Vertreter der Staationsnation leicht verifizieren. Gerade Sardinien und Friaul sind unterentwickelte Randgebiete des Kapitalismus, die nur zur Ausfuhr billiger Arbeitskräfte in die großen Industriezentren des Landes dienen. Der zentralistisch regierte Staat verweigert natürlich die Mittel, um die Industrialisierung in den genannten Gebieten voranzutreiben, somit Arbeitsplätze zu schaffen, und zwingt einen Großteil der Bevölkerung, aus diesen Agrargebieten abzuwandern.

Pier Paolo Pasolini, der seine literarische Produktion mit friulanischen Dialektgedichten begonnen hat, beschreibt in einigen seiner Werke den Anzug dieser Bauernmassen aus ihrer natürlichen Umgebung. Kultur... in die Industriestädte und die schreckliche Entfremdung, der sie nach Verlust dieser Werte in den Slums der Großstädte ausgesetzt sind.

Diese entvölkerten Randgebiete Europas ziehen sich von der Bretagne bis Korsika, von Sardinien bis ins Friaul.

Dies ist kurz gefaßt eine Bestandsaufnahme, von der ausgehend man Alternativen entwickeln muß. Die einzig richtige Perspektive scheint mir in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer regionalistischen Lösung. Während man von kapitalistischer Seite im Laufe der Konzentration der ökonomischen Macht dabei ist, die einzelnen Länder zu Provinzen eines neuen ultrakapitalistischen Europas zu machen, im Sinne eines sogenannten europäischen Föderalismus, muß eine regionalistische Lösung auf sozialistischer Basis vor allem die ökonomische Entwicklung den verschiedenen Realitäten anpassen. Gerade auf der wirtschaftlichen Ebene ist der regionalistische Weg der einzig gangbare, denn nur er kann den Menschen, der Demokratie, der Freiheit und schöpferischen Tätigkeit einen wahren Wert zugesichern.

Leopold Steurer

Die Slowenen in Kärnten

Ein österreichisches Minderheitenproblem

„Also hat die Geschichte in Kärnten noch keinen Schlußstrich gezogen. Sie zieht ihn unter zwei Völkern nur, wenn eines von ihnen nicht mehr besteht.“

Diese Feststellung des Kärntner Heimatdienstes aus Anlaß der 50-Jahrfeier der Volksabstimmung im Oktober 1970 steht symbolisch für das politische Klima, durch das das Zusammenleben der slowenische und deutschsprachigen Bevölkerung in Österreichs südlichsten Bundesland Kärnten heute gekennzeichnet ist: ein Klima der Unruhe seit über 50 Jahren mit grundsätzlichen Unterschieden von deutschnationalen bzw. nationalsozialistischen Kreisen betriebenen Politik der Germanisierung, Entrechtung und Entnationalisierung der heute etwa noch ca. 45.000 umfassenden slowenischen Volksgruppe, ihrer Beschimpfung als „Tschuschen“, „Titokommunisten“ und „Verräter“, einer Politik, die Geschichte als „ewigen Volksturnkampf“ versteht, der nur mit dem Untergang des einen und dem Überleben des anderen Volkes beendet werden kann und die daher in ihrer logischen Konsequenz allein schon die Existenz von sich zum „slowenischen Volkstum“ bekennenden Kärntnern als eine Bedrohung der „Einheit und Freiheit Kärntens“ interpretiert. Der vorläufigen Höhepunkt erreichte dieser „Volksturnkampf“ im Herbst 1972 mit der Sprengung von slowenischen Vereinshäusern und Partisanendenkmälern, einer massiven

und somit der Konzentration und dem Zentralismus eine Alternative entgegenstellen. Dieser Kampf aber ist nur voranzutreiben im Kampf um die demokratische Selbstverwaltung aller, den die Arbeiterklasse und ihre Organisationen gegen das zentralistische bürgerliche Regime führen.

Gerade aus den Fehlern und Verbrechen, die in sozialistischen Staaten gegenüber Minderheiten begangen worden sind im Namen eines zentralistisch diktatorischen Systems, haben die linken Parteien des Westens gelernt und sind zu Vorkämpfern für Minderheiten und Regionalismus geworden. Sie haben nämlich erkannt, daß nicht nur „die Erscheinung des Sozialismus menschlich sein muß, sondern auch sein Wesen“.

Es geht demnach darum, gleichzeitig gegen den Kapitalismus zu kämpfen und das Recht auf die Wiederherstellung unterdrückter Kulturen und Nationen im Innern der Staationsnationen zu fordern.

Einschüchterungs- und Diskriminierungskampagne gegen die Slowenen sowie der gewaltsamen und gesetzwidrigen Entfernung jener zweisprachigen topographischen Aufschriften (Ortsnamen), die im Sommer 1972 auf Beschluß der österreichischen Bundesregierung in (teilweiser) Ausführung des Art. 7 des österreichischen Staatsvertrags von 1955 unter dem Minderheitenschutz in 205 slowenisch- und gemischtsprachigen Orten Südkärntens aufgestellt worden waren.

Was wollen eigentlich diese Slowenen? — so fragten sich damals viele mit der Kärntner Minderheitenproblematik überhaupt nicht, oder nur ungenügend informierte Österreicher. Die Situation war nicht unähnlich jener in Südtirol zu Beginn des „Fascismus“ im Jahre 1961 für viele Italiener, nur daß dort diese aufsehenerregenden Aktionen von Angehörigen der Minderheit ausgingen, die ihre Rechte forderte, während es hier in Kärnten die deutschsprachige Mehrheit war, die der slowenischen Minderheit den Erhalt und die Ausübung ihrer wohlbegründeten Rechte durch Terroraktionen unterband. Mit einem Schlag wurde das Kärntner Slowenenproblem in der gesamten internationalen Presse und Politik aufgegriffen und diskutiert, nicht zuletzt natürlich auch in Italien (vor allem von der „nationalen“ und rechtsgerichteten Presse mit dem völlig untauglichen Argument, Ita-

Hier habe keinerlei Anlaß den Südtirolern jene Rechte einzuräumen, die Österreich den Slowenen vorenthält).

Wenn sich also dieser Artikel das Ziel setzt, die politischen und historischen Hintergründe aufzuzeigen, warum sich die slowenische Minderheit in Kärnten einer derartigen diskriminierenden und minderheitenfeindlichen Behandlung ausgesetzt sieht, so geschieht dies nicht zum Zweck eines polemischen und daher unnützen Austauschs von Vorwürfen an die eine (österreichische) oder andere (italienische) Adresse, sondern aus jener demokratischen Grundhaltung heraus, die Angehörige einer Minderheit zur Solidarität mit allen anderen Minderheiten (ohne Unterschied von Sprache oder Rasse) verpflichtet¹⁾, oder anders gesagt — wie sich der anerkannte und minderheitenfreundliche Nationalitätenrechtler Prof. Dr. Th. Veiter aus der Sicht des Österreichers ausdrückte — „daß Österreich für die Südtiroler nicht glaubwürdig eintreten kann, wenn es den auf seinen eigenen Boden lebenden Volksgruppen nicht großzügig Schutzrechte einräumt“²⁾; weiters auf Grund der Solidarität gegenüber einer Minderheit, deren Schicksal in den letzten 50 Jahren mit jenem der Südtiroler oft frappierende Ähnlichkeiten aufwies, ja in direktem Konnex stand³⁾, nicht zuletzt aber auch um den Südtirolern selbst klar zu machen, wovon in erster Linie die Garantie für eine gerechte und demokratische Minderheitenpolitik abhängt: nicht so sehr von internationalen Verträgen oder ausländischer „Schützenhilfe“, sondern vor allem von der Entwicklung der Demokratie auf gesamtstaatlicher Ebene selbst, nämlich ihrer Entwicklung von der rein formalen Gleichheit aller Staatsbürger zur materiellen Gleichheit, von autoritär-zentralistischen Regierungssystemen zu regionalistischen, autonomistischen und „radikal-demokratischen“⁴⁾ Ansätzen, wie sie letztlich in der sozialistischen Räte-demokratie ihren höchsten Ausdruck finden⁵⁾. Gerade in dieser Hinsicht mag der (warnende) Hinweis genügen, daß es die gleichen deutsch-nationalen bis rechtsradikalen Organisationen und Parteien waren und sind, die sich am lautesten im deutschsprachigen Ausland für Südtirol (Autonomie nach bis zum Selbstbestimmungsrecht einsetzen — gleichzeitig aber an vorderster Front stehen im Kampf gegen die slowenische Minderheit und deren begründete Rechtsansprüche. Daraus läßt sich am besten ablesen, daß ihr „Einsatz“ für Südtirol keineswegs in ihrer demokratischen Einstellung oder Solidarität gegenüber Minderheiten begründet war, sondern einzig und allein in ihrem — Deutschnationalismus!

Rückblick auf die Monarchie

Als Nation betraten die Slowenen im Unterschied zu anderen Völkern mit Verspätung die historische Arena des Kapitalismus⁶⁾. Bereits seit dem Hochmittelalter war das ursprünglich bis

nach Oberösterreich, Salzburg, Ost-Tirol und Steiermark reichende Siedlungsgebiet der Slowenen (der „Alpen-slawen“) durch das nach Südosten gerichtete Vordringen des austro-baiwarischen und fränkischen Feudaladels einer langsamen, aber ständigen Dezimierung und Zurückdrängung ausgesetzt. Zudem entstanden auch innerhalb des geschlossenen slowenischen Siedlungsgebietes die rein germanischen Gründungen von Städten, Burgen, Klöstern und Bergbausiedlungen. In der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus waren die Slowenen ein Volk fast ohne höhere Gesellschaftsklassen, die slowenische Sprache wurde völlig auf das Land zurückgedrängt und zu einem „Symonym von Hörigkeit und Leibeigenschaft“⁷⁾, die deutsche Sprache hingegen wurde zur städteherrschenden, zur „Sprache der Herren“

Diese Trennung „deutscher Herr“ — „slowenischer Sklave“, diese Identität von nationaler und sozialer Unterdrückung und das damit verbundene „ethnische Sozialprestigegefälle“⁸⁾ blieb kennzeichnend für das slowenische Volk bis ins 19. Jahrhundert und ist es in bezug auf die slowenische Minderheit in Kärnten vielfach heute noch.

Als nach dem Revolutionsjahr von 1848 und der neoabsolutistischen Zwischenperiode 1849—1867 der „Kampf der österreichischen Nationalitäten um den Staat“ (K. Renner) begann, sah sich die slowenische Nation in diesem Kampf auf Grund ihrer historisch bedingten ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit von vornherein in einer ziemlich aussichtslosen Position. Wenn es im Art. XIX des österreichischen Staatsgrundgesetzes von 1867 hieß, daß „alle Volksstämme des Staates... gleichberechtigt (sind) und jeder Volksstamm... ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache (hat)“⁹⁾, so war dies eine rein formale Deklaration, der keine Realität zukam. Ein Vertreter des deutschsprachigen Besitz- und Bildungsbürgertums, der Abgeordnete Plener von der deutsch-liberalen Verfassungspartei, hat

diesen Sachverhalt im Reichsrat denn auch einmal folgendermaßen dristlich formuliert: „Die Forderung nach einer absoluten Gleichberechtigung (der Nationalitäten)“ ist ein Irrtum, weil es im Leben des einzelnen und der Völker keine, absolute Gleichberechtigung gibt, und die nichtdeutschen Nationalitäten in Österreich müssen im Interesse des österreichischen Staates ein gewisses Maß, ich will nicht sagen Unterordnung, sondern Anerkennung vollzogener nationaler Tatsachen annehmen“¹⁰⁾. Diese „vollzogenen Tatsachen“ bedeuteten aber nichts anderes, als daß sich alle wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Institutionen des Staates (fast) ausschließlich in der Hand der deutschen Feudalklasse, Großgrundbesitzer sowie Industrie- und Handelsbourgeoisie befanden (auf Grund ihres „historischen Vorsprungs“) — und diese privilegierte Position wiederum politisch abgesichert wurde durch das Instrument des Zensuswahlrechts und der Wahlkurien, d. h. indem die Ausübung der politischen Macht an einen bestimmten Grad von Besitz und/oder Bildung gebunden war. Die Slowenen befanden sich also in der Situation eines jener „Bedientenvölker“¹¹⁾ des habsburgischen Vielvölkerstaates, der sie auf Grund dieses *circulus vitiosus* nicht entrippen konnten.

Die Slowenen beschrieben dieses Phänomen also zu Recht folgendermaßen: „Der soziale Aufstieg aus der unteren sozialen Klasse in die höhere war mit der Übernahme des Deutschen als Umgangssprache sowie mit dem Bekenntnis zur deutschen Sprachgruppe verbunden. Kapitalismus und nationale Entfremdung reichten einander in Kärnten die Hand und begannen den ethnischen Charakter des Landes zu verändern“¹²⁾. Diese unbestreitbare Tatsache: Durchsetzung des Kapitalismus verbunden notwendigerweise mit einer Entnationalisierung der Slowenen, gab der Politik jener konservativ-klerikalen und liberalen Politiker und Parteien, die die dünne Oberschicht des slowenischen Volkes repräsentierten (aber im Konkurrenzkampf mit der deutschen Bourgeoisie keinerlei Überlebenschancen hatten) jenen ziele-



schlüßigen Charakter, die sie in den entscheidenden Auseinandersetzungen in der Geschichte (wie etwa 1848) in vereinten Kämpfen an der Seite des Absolutismus und der feudalen Reaktion gegen das aufstrebende liberale Industrie- und Handelsbürgertum der Monarchie sah. Dieser zwiespältige Charakter, so schrieb E. Kardelj in seinem im Jahre 1938 unter dem Pseudonym „Soerans“ in einem jugoslawischen Kerker verfaßten Buch über die slowenische Geschichte, „dieses Merkmal wurde für einige Jahrzehnte ein ständiges Attribut der slowenischen Politik. Im Kampf um ihre Selbständigkeit wurden die Slowenen immer wieder in die Arme der Reaktion gedrückt, in der ihre führenden politischen Kräfte einen Verbündeten wählten, weil es den Anschein hatte, der Fortschritt bedeute ein neues Joch“²⁾. Es blieb das Merkmal der slowenischen Politik bis zum Ende der Monarchie.

Vom „Abwehrkampf“ zum „Anschluß“

Betrachtet man das Jahr 1918 als den Abschluß der slowenischen „Nationalwerdung“ (nach E. Kardelj), so erfolgte sie jedoch in völlig verunstalteter Form, nämlich in der Form der „Verteilung“, d. h. der Aufteilung der Slowenen auf vier Staaten (Italien, Österreich, Jugoslawien, Ungarn).

In dem sowohl von Jugoslawien als auch von Österreich beanspruchten und in militärischen Auseinandersetzungen (dem sog. „Abwehrkampf“) umkämpften Gebiet Südkärntens, das von ca. 70% Slowenen und 30% Deutschen besiedelt war, wurde im Jahre 1920 auf Veranlassung der alliierten Siegermächte eine Volksabstimmung durchgeführt, in der sich die dortige Bevölkerung mit 60% gegen 40% für den Verbleib bei Österreich aussprach (22.075 gegen 15.279 Stimmen).

Welches waren die ausschlaggebenden Motive, die damals nicht nur die deutschsprachigen Kärntner, sondern auch einen beträchtlichen Teil der Slowenen dazu bewogen, sowohl beim Abwehrkampf als auch bei der Volksabstimmung sich auf die Seite Österreichs zu stellen? Es war in erster Linie die republikanische Staatsform und die fortschrittliche Sozialgesetzgebung, die sich die österreichische Arbeitererschaft nach 1918 erkämpft hatte, die der Bevölkerung einen Verbleib bei Österreich erstrebenswerter machte als einen Anschluß an das monarchistisch-reaktionäre Jugoslawien. Im übrigen war nicht nur Österreich durch die Bestimmungen des Friedensvertrages zum Minderheitenschutz verpflichtet worden, sondern den Slowenen waren diese, ihnen als Minderheit zukommenden Rechte, vor der Abstimmung auch in feierlicher Weise vom Kärntner Landtag zugesichert worden. So hieß es damals in einem vor der Abstimmung vom 10. Oktober 1920 verbreiteten Flugblatt:

„Kärntner Slowenen! Die Laibacher wollen Euch glauben machen, daß Ihr Eure Sprache und Euer Volkstum ver-

liert, wenn Ihr für ein Kärnten bei Österreich stimmt. Das ist eine Lüge! Ihr werdet in Kärnten ruhig wie bisher leben können und Sprache und Schule behalten. Die Kärntner Landesversammlung hat in ihrer 66. Sitzung vom 28. September 1920 einstimmig beschlossen, daß „als Grundsatz der zukünftigen Landespolitik Versöhnung und Gerechtigkeit zu gelten habe. Die Landesversammlung erklärt daher im Bewußtsein der verantwortungsvollen Stände rühmlichst der von ihr vertretenen Bevölkerung, daß sie den slowenischen Landsleuten ihre sprachliche und nationale Eigenart jetzt und alle Zeit wahren will und daß sie deren geistigen und wirtschaftlichem Aufblühen dieselbe Fürsorge angedeihen lassen wird wie den deutschen Bewohnern des Landes“.

Daher stimmt am 10. Oktober für ein ungeteilt und freies Kärnten...“³⁾

Es sollten keine Versprechungen bleiben. Hätten die deutschsprachige Mehrheit und die verantwortlichen Politiker in Wien und Klagenfurt allen Grund gehabt ihre Versprechungen einzuhalten, die pro-österreichische Haltung jenes Teiles der Slowenen, die für Österreich gekämpft und abgestimmt hatten, zu honorieren und jenen Teil der für Jugoslawien gestimmt hatte, durch eine großzügige Minderheitenpolitik zu gewinnen, um damit einem allfälligen Irredentismus den Boden zu entziehen — so geschah nun genau das Gegenteil.

Demnach begann die Umdeutung des Abwehrkampfes und der Volksabstimmung zum Zweck der Fortsetzung der antislowenischen Politik: wurden jene, die — in Ausübung eines legitimen Rechts — für Jugoslawien gestimmt hatten, nunmehr als „Landesverräter“ bezeichnet, so wurde umgekehrt bei jenen, die für Österreich gestimmt hatten, dies als ein „Bekenntnis zum Deutschen“ bzw. als „Assimilierungs-bereitschaft“ interpretiert. Es erfolgte die Ausweisung eines Teiles der slowenischen Intelligenz (Lehrer und Priester), die slowenische Sprache wurde bei Gericht und bei den Ämtern nicht zugelassen, die eingerichtete, sogenannte „aragaisische“ Schule diente fast ausschließlich der Germanisierung.

Wie tatsächlich das Verhalten jener Slowenen, die für Österreich gestimmt hatten, zu interpretieren ist, hat der Völkerrechtler Th. Veiter folgendermaßen beschrieben: „... (es bedeutete) keineswegs, daß die Stimmgeber sich damit etwa zum deutschen Volk oder zur deutschen Sprachgemeinschaft oder zur deutschen Kultur bekennen wollten. Was sie damit zum Ausdruck brachten, ist juristisch eindeutig: ihren Willen, daß das Abstimmungsgebiet bei der Republik Österreich verbleibe und nicht zu Jugoslawien... komme“⁴⁾.

Zur eigentlichen treibenden Kraft der sloweneneindlichen Politik bis zum Anschluß im Jahre 1938 wurde aber der Kärntner Heimat-Bund, der von allen drei deutschsprachigen Parteien Kärntens für die Organisation der Volksabstimmung gegründet wor-

den war⁵⁾ und unter dem Deckmantel der „Heimatliebe“ und der Verteidigung der „Einheit und Freiheit Kärntens“ daranging, das Land endgültig von Slowenen zu „befreien“: zu diesem Zweck wurde versucht in Zusammenarbeit mit reichsdeutschen Barken und dem auswärtigen Amt in Berlin den slowenischen Bauern Grund und Boden wegzukaufen und durch die Ansiedlung von reichsdeutschen Bauern das Siedlungsgebiet der Slowenen zu dezimieren⁶⁾. Doch diesen deutschnationalen Kreisen — die übrigens (konsequenterweise) bereits Anfang der 30er Jahre fast geschlossen zum Nationalsozialismus überwechselten — ging dieser „Eindeutschungsprozess“ damit noch nicht schnell genug. Daher erfanden sie auch gleich noch die sogenannte „Windischen-Theorie“. Während bis 1918 (und zwar völlig korrekt) die Bezeichnung „slowenisch“ und „windisch“ (windisch als deutsches Wort für „slovenski“ und „stovenci“) synonym gebraucht worden waren, so wurde nun plötzlich die „wissenschaftliche“ Theorie erfunden, die Windischen (damit bezeichnete man jene die 1920 für Österreich gestimmt hatten) seien eigentlich gar keine Slowenen, sondern ein „Mischvolk zwischen Deutschen und Slowenen“ und ihre Sprache sei ebensowenig slowenisch, sondern eine „Mischsprache“. Die Slowenen haben sich seit jener gegen diese Erfindung einer „windischen Sprache“ und eines „Volkes aus der Rhetorik“ entschieden gewehrt — die Unhaltbarkeit einer derartigen „Wissenschaft“ ist offenkundig, sie liegt etwa auf derselben Ebene wie die von E. Tolomei angestellten „Studien“ über die angebliche „italianisierte“ Südtirol. Inwiefern war mit der „Windischen-Theorie“ zumindest ein Teil der Slowenen „weggelogen“?

Die Slowenen im Dritten Reich

Was den „Heimatbündlern“ bis 1938 noch nicht gelungen war, nämlich Kärnten vollständig von den Slowenen zu „befreien“, dafür sollte sich nach dem Anschluß Österreichs an Nazi-Deutschland bald Gelegenheit ergeben.

Warum für die Nazis in Kärnten (und Kärnten stand in bezug auf die Anzahl von Nationalsozialisten bereits vor 1938 mit Steiermark und Tirol an der „Spitze“ aller Bundesländer) mit dem Anschluß auch die letzten Hemmnisse ihrer antislowenischen Politik weggelassen, so konnten andererseits die Nazis in Berlin auf den „Vorarbeiten“ des Kärntner Heimat-Bundes aufbauen; der Heimat-Bund wurde sofort in die NSDAP eingegliedert, die „Heimatbündler“ wurden die führenden Funktionäre der nationalsozialistischen Volkstumspolitik in Kärnten. Doch war es vorerst das außenpolitische Verhältnis zu Jugoslawien (es versuchte damals eine „Neutralitätspolitik“ zwischen den Westmächten und der Achse Rom-Berlin), das ein sofortiges und radikales Vorgehen gegen die Slowenen in Kärnten verbot. Was tat man also zunächst? Man versuchte die Slowe-

nen zu „zahlen“. Dazu führten die Nazis 1939 eine Volkszählung durch, die bei Androhung schwerster Strafen unwahre Angaben über die „Volkstumszugehörigkeit“ verbot und dabei — zu ihrer nicht geringen Überraschung — eine Zahl von 44.000 „Sprachslowenen“ ergab, eine Zahl, die weit über den vor Österreich in den Jahren 1923 (37.000) und 1934 (27.000) ermittelten Zahlen lag und daher von den Nazis auch nie veröffentlicht wurde“).

Mit dem NS-Angriff auf Jugoslawien im April 1941 konnte SS-Reichsführer Himmler endlich auch an die „Endlösung“ der Slowenentfrage in Kärnten herangehen und die „Entslowenisierung“ und „Eindeutschung“ Kärntens (und auch gleich von Krain, das an den „Reichsgau Kärnten“ angegliedert wurde) vervollständigen durch die Aussiedlung der Slowenen und die Ansiedlung deutscher Bauern. Dazu wurden — getreu den theoretischen Vorarbeiten des Kärntner-Heimat-Bundes — die Slowenen in „eindeutschungsfähige“ und „nichteindeutschungsfähige“ unterteilt, Hunderte von slowenischen Familien wurden zwangsausgesiedelt, physisch liquidiert oder in die Umsiedlerlager der Volksdeutschen Mittelstufe zum „Arbeitseinsatz“ und zur „Umerziehung“ gebracht.

Die Fraktion der „nichteindeutschungsfähigen“ Slowenenkinder (also jener, die „rassisch minderwertig“ waren und auch durch „Umerziehung“ niemals zum „arischen Herrenvolk“ aufsteigen konnten) hatte dabei — wie es in einer Anweisung vom 4.5.1942 hieß — nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen:

„Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums hat angeordnet, daß die in den Lagern der Volksdeutschen Mittelstufe verbleibenden Kinder der nichteindeutschungsfähigen Slowenen eine schulische Betreuung nach dem Grundsatz „Lesen, Rechnen, Zähneputzen“ erhalten sollen. Eine schulische Betreuung wie sie bisher bei den Umsiedlern durchgeführt wurde, kann für die Kinder der Slowenen nicht angewandt werden. Es muß aber dafür Sorge getragen werden, daß die Kinder dieser Familien nicht verwildern...“⁶⁾

Daß die Hauptverantwortlichen aller 1941—1945 an den Slowenen begangenen Verbrechen vor allem die Nationalsozialisten Kärntens waren — und der Chef des Kärntner-Heimat-Bundes, A. Maier-Kaibitsch wurde 1947 wegen dieses Genozids an den Slowenen vom Volksgerichtshof Graz zu lebenslänglichem Kerker verurteilt — sollte für die Nachkriegszeit allerdings zu einer der schwersten Vorbelastungen für ein erneutes friedliches Zusammenleben zwischen Deutschen und Slowenen in Kärnten werden. Aber gerade von diesen Verbrechen wollte man in der deutschsprachigen Bevölkerung nach 1945 nichts mehr wissen, sondern nur mehr von jenen „Verbrechen“ der Slowenen, die sich während des Krieges den Tito-Partisanen angeschlossen und den bewaffneten antifaschistischen Kampf zur Befreiung ihrer Heimat

aufgenommen hatten. Eine Unterscheidung von „Gewaltanwendung“ beim geplanten und vorsätzlichen Genozid an der slowenischen Bevölkerung und „Gewaltanwendung“ beim antifaschistischen Widerstandskampf der Slowenen wurde bewußt unterlassen — im Gegenteil, die Slowenen hatten bald ein neues Schimpfwort erhalten: Tito-Kommunisten. Daß ihr Kampf ein Teil, ein Beitrag zur Befreiung Europas vom Nazifaschismus gewesen war (und fast der einzige bewaffnete Widerstand in ganz Österreich) wurde bald „vergessen“.

Neubeginn 1945—1955

Die Zeit von Kriegsende bis zum Abschluß des österreichischen Staatsvertrages im Mai 1955 kann in bezug auf Kärnten in vielerlei Hinsicht mit der unmittelbaren Nachkriegszeit 1918/20 verglichen werden: Gebietsansprüche der Volksrepublik Jugoslawien auf Südkärnten und als Pendant dazu — dies verdient ausdrücklich festgehalten zu werden — eine sehr demokratische und milderheitsfreundliche Politik Österreichs gegenüber den Slowenen in Kärnten. Noch im Oktober 1945 wurde in den slowenisch- und gemischtsprachigen Gebieten die obligate zweisprachige Schule (deutsch und slowenisch als Pflichtfach) eingeführt, die von den Slowenen anerkannterweise als ein „Bruch mit dem Prinzip der Germanisierung“ bezeichnet wurde⁷⁾.

Vom Kärntner Landtag wurden den Slowenen erneut förmlich ihre Minderheitenrechte zugesichert und zwar:

„1. die Wiedergutmachung des durch die Nationalsozialisten begangenen Unrechts...“

2. daß die slowenischen kulturellen und wirtschaftlichen Verfolgungen jeder Art wieder ins Leben gerufen werden.

3. daß die künstliche Durchsetzung Südkärntens mit reichsdeutschen Siedlern rückgängig gemacht wird.

4. daß das slowenische Schulwesen auf der Basis der utraquistischen Schule wieder errichtet wird.

5. daß jeder Bürger des Landes Kärnten vor den Behörden in seiner Sprache sprechen darf...“⁸⁾

Die Erfüllung dieser Versprechen sowie die Anerkennung der Tatsache, daß die „Treue zum österreichischen Staat“ in keinerlei Widerspruch stehe zur „Liebe zum slowenischen Volkstum“, so hieß es weiter in diesem Landtagsbeschuß von 1945, sei eine „Höflichkeit“ des neuen demokratischen Österreich.

Nicht zuletzt auf Grund dieser großzügigen und weitreichenden Versprechungen war es Österreich möglich, die jugoslawischen Gebietsforderungen auch bei den Alliierten als unbegründet zurückzuweisen, und die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich in den Grenzen vom 31.12.1937 kam daher auch nur unter der Bedingung der Übernahme eines ausreichenden Minderheitenschutzes,

wie er im Art. 7 des Staatsvertrages festgelegt ist, zustande.

Bald aber sollten wieder die deutsch-nationalen und antislowenischen Kräfte in Kärnten die Oberhand gewinnen.

Der neue Volkstumskampf

Schon vier (!) Tage nach Abschluß des Staatsvertrages schlossen sich diese Kräfte im Mai 1955 zum Kärntner-Heimat-Dienst zusammen; seine ideologische Position und personelle Besetzung ließ von Anfang an keinen Zweifel darüber, was das Ziel dieser Organisation war: die kontinuierliche Fortführung der antislowenischen Politik des Kärntner-Heimat-Bundes der Zwischenkriegszeit. Der erste „Dienst an der Heimat“ ließ denn auch nicht lange auf sich warten: im Herbst 1958 inszenierten diese Kräfte, verbunden mit einer massiven Diffamierungskampagne gegen die Slowenen, einen „Schulstreik“, worauf der Kärntner Landeshauptmann die Verordnung der obligaten zweisprachigen Unterrichts von 1945 aufhob. Es erfolgte eine Abmeldung von 83% der gesamten Schulkinder vom zweisprachigen Unterricht, nur mehr ein Bruchteil der slowenischen Kinder besuchte den Unterricht in ihrer Muttersprache und innerhalb eines Jahrzehnts (von 1950—1960) verringerte sich die Anzahl der Schüler mit slowenischer Muttersprache um ganze 46,6%⁹⁾.

Daraufhin beschloß das österreichische Parlament am 19. März 1959 ein neues Minderheitenschutzgesetz für Kärnten, das auf fast alle vom Kärntner-Heimat-Dienst erhobenen Forderungen einging (z.B. die Feststellung der „Zahl“ und des „Niedlungsgebietes“ der Slowenen vor einer endgültigen Regelung der Schulfrage) und in seiner wichtigsten Bestimmung festlegte, daß „das Recht, die slowenische Sprache als Unterrichtssprache zu gebrauchen oder als Pflichtgegenstand zu erlernen... einer diesbezüglichen ausdrücklichen (!) Anmeldung durch den gesetzlichen Vertreter des Schülers (bedarf)“¹⁰⁾. Die beiden Verbände der Kärntner Slowenen stellten dazu mit Recht fest, daß dies eine Diskriminierung ihrer Sprache auf dem Schulsektor bedeute, da „die deutschnationalistische Hetze und das allgemeine politische Klima in Kärnten... (dafür sorgen), daß die Anmeldung zum zweisprachigen Unterricht fast zur unüberwindlichen Hürde für die sozial abhängige slowenische Bevölkerung wird, die unter solchen Verhältnissen dem Recht zur Anmeldung lieber entsagt.“¹¹⁾

Ebenfalls im März 1959 verabschiedete das österreichische Parlament ein Gesetz über den Gebrauch des Slowenischen als Amtssprache in den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens mit slowenischer und gemischt-sprachiger Bevölkerung. Obwohl es 9 derartige Bezirke gibt, wurde das Slowenische lediglich in 3 von ihnen zugelassen und auch hier nur in sehr eingeschränkter Maße (nämlich bloß unter Zufühnung eines Dolmetschers).

Zum eigentlichen Objekt der deutsch-nationalen Propaganda des Heimat-Dienstes wurde aber in der Folge das 1957 eingerichtete slowenische Gymnasium in Klagenfurt. Sich der Tatsache wohl bewußt, welche eminente Bedeutung der Existenz einer Intelligenzschicht für den Bewußtwerdungsprozeß und den Selbsterhaltungswillen einer ethnischen Minderheit zukommt (das haben ja auch die Faschisten in Südtirol erkannt und dementsprechend gehandelt), wird dieses Gymnasium in der Propaganda dieser Kreise stets als „das große Gift“ bezeichnet und dessen Auflösung gefordert²⁾.

**Die heutige Lage:
Minderheitenfeststellung — wozu?**

Hätten also seit Ende der 30er Jahre sich alle ehemaligen antislowenischen Kreise wieder organisatorisch gefestigt, ihre alten Positionen in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder eingenommen und mit der offenen bzw. zumindest wohlwollenden Unterstützung von Verwaltung, Justiz, Presse und Parteien erste „Erfolge“ erzielt, während alle Vorschläge der Slowenen zur Durchführung der Minderheitenschutzbestimmungen des Staatsvertrags ignoriert worden³⁾, so kam die Diskriminierung der Slowenen gerade auch in den seit 1951 durchgeführten 3 Volkszählungen deutlich genug zum Ausdruck und führt damit das ständige deutsch-nationale Geschrei von einer angeblichen drohenden „Slowenisierung Kärntens“ völlig ad absurdum. Wurden nämlich 1951 — also zu einem Zeitpunkt, da die Rechte der Slowenen noch relativ gesichert waren und die antislowenische Propaganda noch nicht offen agieren konnte — noch 43.179 Sprachslowenen gezählt, so verringerte sich ihre Zahl 1961 auf 25.472 und 1971 auf nur mehr 20.972! Als besonders gravierend muß es dabei bezeichnet werden, daß bei diesen Volkszählungen der Begriff der „windischen“

Sprachzugehörigkeit verwendet wurde, also jeder Begriff, der in der Zwischenkriegszeit zum Zweck der Aufspaltung der Slowenen in „landesverräterische Nationalslowenen“ und „heimatfreie und assimilierungswillige Slowenen“ erfunden worden war und bei der NS-Volkszählung von 1939 erstmals offizielle Verwendung fand.

Die Slowenen stellten dabei zu allen Volkszählungen fest, daß sie durch „eine Reihe von Unkorrektheiten“ sowie die „verschiedensten Methoden des Druckes“ keine richtigen Zahlen ermittelt hätten und daher „nicht als Grundlage für wie immer geartete Schlüsse über den ethnischen Stand in Kärnten“ genommen werden könnten⁴⁾.

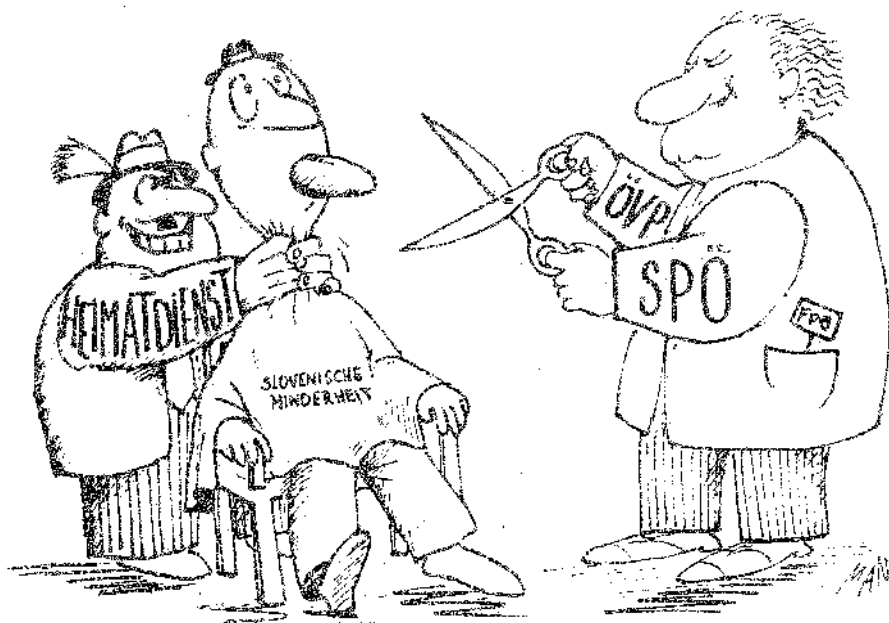
Zu den eigentlichen Höhepunkten des Volkstumskampfes wurden aber die beiden Erinnerungsfriern an die „Kärntner Volksabstimmung“ im Oktober 1960 und 1970: bei diesen Gelegenheiten wurde die Verbreitung der Freund-Feind-Ideologie, des ingroup-outgroup-Denkens, die Eintönigkeit der Bevölkerung in „gute“ (sich zum Deutschtum bekennende) und „böse“ (sich zum Slowenentum bekennende) Kärntner, die Heroisierung des „Abwehrkampfes“ von 1918/19, jedesmal zu einer nationalen Psychose hochgesteigert⁵⁾.

Als ein Beispiel jener nationalistischen und chauvinistischen Atmosphäre, die das heutige gesellschaftliche und politische Leben Kärntens charakterisiert, jenes politischen Klimas, in dem sich die Parteien an „nationaler Haltung“ gegenseitig zu überbieten versuchen, mag die Tatsache genügen, daß sich der SPO-Landeschef Wagner zusätzlich der letzten Landtagswahlen von 1975 bemüht hat, in der Öffentlichkeit zu erklären, er sei in seiner Jugend ein begeisterter und 100%iger Hitlerjunge gewesen — um mit diesem „Bekennnis“ allfällige Bedenken wegen zu wenig „nationaler“ und „heimatfreier“ Gesinnung seiner Person und Partei zu widerlegen. Na-

tionalist gewesen zu sein, stellt in Kärnten für einen Politiker längst kein Negativum mehr dar, im Gegenteil, es gehört eher zum „guten Ton“.

Es mag Sie den, von der Südtiroler Situation ausgehenden, die Kärntner Minderheitenproblematik beurteilenden Betrachter auf den ersten Blick einigermaßen verwunderlich, ja unverständlich sein, warum die Kärntner Slowenen — eine Minderheitenfeststellung — also die Forderung, daß zuerst ihre Zahl und ihr Siedlungsgebiet „einwandfrei“ geklärt werden müßten, bevor ihnen bestimmte Rechte zuerkannt werden könnten — ganz entschieden ablehnen, und zwar mit Recht, wie wir glauben. Ohne hier das Problem, nach welchen Kriterien (ob nach dem Prinzip des „subjektiven Bekenntnisses“, der „objektiven Merkmale“ oder eines kombinierten Systems dieser beiden Prinzipien) die Zuordnung oder Nichtzuordnung zu einer bestimmten Minderheit erfolgen soll, näher zu erörtern, so kann jedenfalls nicht bestritten werden, daß die bei einer auf dem subjektiven Bekenntnisprinzip basierenden Minderheitenfeststellung entscheidende Frage — nämlich ob sich jeder Angehörige der Minderheit auch tatsächlich „frei“ als solcher deklarieren kann — von einer Reihe historischer, sozialpsychologischer, politischer, sozioökonomischer und kultureller Faktoren abhängt. Gerade diese Faktoren aber sind es, die es für den Fall der Kärntner Slowenen (dies etwa ganz zum Unterschied von der spezifischen Situation in Südtirol) mehr als berechtigt erscheinen lassen, eine Regelung ihrer Minderheitenrechte von einer vorhergehenden Minderheitenfeststellung abhängig zu machen, als eine minderheitenfeindliche Maßnahme und Vorgangsweise abzulehnen.

Wurden einige dieser Gründe bereits aus der von uns gegebenen, kurzen historischen Darstellung der Slowenenfrage Kärntens ersichtlich, so muß für jeden unvoreingenommenen Beobachter die Tatsache, daß eine derartige Minderheitenfeststellung seit jeher eine Forderung der deutsch-nationalen und antislowenischen Kreise des Kärntner-Heimat-Dienstes ist, allein schon für sich genügend Anlaß zu Bedenken geben. Ein weiteres Indiz für die Untauglichkeit einer derartigen Vorgangsweise bilden aber auch alle seit 1945 durchgeführten Volkszählungen selbst. Man wird nämlich kaum — wollte man den Volkszählungsergebnissen von 1951 (43.179 Sprachslowenen) bis 1971 (20.972 Sprachslowenen) realen Wert beimessen — behaupten können, die Abnahme der Slowenen um mehr als 50% innerhalb eines Zeitraumes von 20 Jahren sei als das Ergebnis eines „natürlichen Prozesses“ zu interpretieren; dies umso weniger als es sich bei den Slowenen in Kärnten (nicht anders als bei den Südtirolern) nicht bloß um eine „Sprachminderheit“ (wie dies z.B. auch die Zigeuner, anderssprachige Gruppen in Großstädten wie etwa die Tschechen in Wien usw. sind), sondern um eine „Volksgruppe“ (im Sinne Th. Weiters) handelt, die seit Jahrhund-



Minderheitenfeststellung auf einen Blick.

ten autochthon in einem bestimmten Gebiet lebt und daher durch eine gewisse Kontinuität in Bezug auf Siedlung, innere soziale Gliederung, Heimat- und Gruppenbewußtsein gekennzeichnet ist. Eben auf Grund dieser Tatsache haben die Kärntner Slowenen in ihren Stellungnahmen wiederholt darauf hingewiesen, daß eine Minderheitenfeststellung unnötig und das Gebiet mit slowenisch- und gemischt-sprachiger Bevölkerung in Südkärnten ohnehin bekannt sei, so wie es bekannt war, als Himmler 1942 dessen „Eindeutschung“ anordnete, und wie es ebenso als bekannt vorausgesetzt wurde, als Österreich den Slowenen ausaußen- und innenpolitischen Gründen mit der Schulverordnung vom Oktober 1942 großzügige Rechte einräumte²⁾.

Das Wesentliche aber ist, daß die Rechte der Slowenen nicht bloß durch die Aktivitäten des Kärntner-Hemal-Dienstes gefährdet sind, der vorgibt, die „Einheit und Freiheit Kärntens“ zu schützen — eine Einheit, die von niemand in Frage gestellt wird und eine Freiheit, die durch niemand mehr bedroht ist als durch die Existenz des Hemal-Dienstes selbst³⁾ — sondern daß die Diskriminierung der slowenischen Bevölkerung in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur (Süd-)Kärntens selbst begründet ist. Kärnten ist eines jener unterentwickelten Randgebiete des europäischen Kapitalismus, das gekennzeichnet ist durch einen überproportional hohen Anteil des Fremdenverkehrs und der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung, durch die Vöberschaft von Klein- und Mittelbetrieben, durch hohe Quoten der Auswanderung wegen der chronischen Arbeitslosigkeit, durch eine von den verantwortlichen Landespolitikern im Interesse des Auslandskapitals betriebene Struktur- und Wirtschaftspolitik (vor allem des bundesrepublikanischen, da dieses, als eines der potentesten in Europa, sich am stärksten „aufdrängt“ und andererseits wegen seines germanisatorischen Nebeneffekts in Kärnten auch am willkommensten ist!). Der die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnende Klassengegensatz ist aber hier — wie in allen „Minderheitsgebieten“ Europas — durch den nationalen Gegensatz verdeckt und überlagert. Die Slowenen Kärntens befinden sich dabei durchwegs auf der untersten sozialen Stufenleiter (Kleinbauern Arbeiter, ländliches Proletariat, ein wenig Fremdenverkehrsbetriebe), nationale und soziale Unterdrückung erscheinen ihnen damit als unmittelbar identisch.

Allin schon auf Grund dieses Sichgegenüberstehens einer „prestigeärmeren“ Minderheit und einer „prestige-reicheren“ Mehrheit — und dieses unterschiedliche Prestige überträgt sich ganz automatisch auf die von ihnen gesprochene Sprache — ergibt sich ein starker assimilatorischer Druck auf die sozial unterprivilegierte slowenische Minderheit. Betrachtet man weiters die Schule nicht nur als eine der wichtigsten Instanzen politischen, sprachlicher und kultureller Sozialisa-

tion, sondern Bildung und Schule für Arbeiter- und Bauernkinder auch als eine der wichtigsten Vorbedingungen für einen möglichen sozialen Aufstieg, so ist es leicht verständlich, daß slowenische Eltern ihre Kinder „freiwillig“ nicht in eine slowenische, sondern in eine deutsche Schule schicken, um ihnen damit in sozusagen „kompensatorischer“ Weise diese Vorbedingungen zu ermöglichen⁴⁾.

Das verstärkte Wiederaufleben autonomistischer und separatistischer Bewegungen in genau jenen Gebieten Europas, wo die Auswirkungen der kapitalistischen Krise mit ethnischen Gegensätzen zusammenreffen (Slowenen in Österreich und Italien, Korsen und Brezonen in Frankreich, Flamen in Belgien, Iren in Großbritannien usw.), zeigt ganz allgemein eines deutlich: daß die Lösung von Minderheitenproblemen aufs engste verbunden ist mit der Schaffung nicht nur formaler, sondern tatsächlich auch materieller Gleichheit aller Staatsbürger, d.h. daß die Unterdrückung und Diskriminierung rassistischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten nichts anderes ist als eine besondere Form der allgemeinen Unterdrückung und Diskriminierung der sozialen Unterklassen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Eine Lösung innerhalb dieser bestehenden Gesellschaftsordnung dürfte daher immer bloß eine „provisorische“ sein, da die bürgerlichen Parteien gezwungen sein werden, diese aus der kapitalistischen Krise resultierenden sozialen Konflikte oder eine sich eventuell herausbildende Zusammenarbeit der sozialen Unterklassen über die nationalen und ethnischen Grenzen hinweg mit einer „Forcierung des Volkstumskampfes“ zu beantworten und zu kompensieren, um nach dem altbewährten Herrschaftsprinzip des „divide et impera“ ihre Position zu retten. Dies dürfte — trotz Autonomiestatut und Paket — auch für die Südtirolfrage zutreffen.

Anmerkungen:

¹⁾ vgl. C. Gatterer, S. 135f.

²⁾ Th. Veiter, S. 411.

³⁾ Die Südtiroler und die Slowenen waren — wenn auch mit einigen Unterschieden — Opfer der nationalsozialistischen Volkstums- und Umsiedlungspolitik.

⁴⁾ Es ist bezeichnend, daß der Großteil der Literatur über die Südtiroler Autonomie diesen innenpolitischen Aspekt (Bildung des centro-sinistra, des Zurückdrängens des extrem zentralistischen, autonomen- und minderheitensindlichen Kurses der Democrazia Cristiana sowie die nunmehr endlich erfolgende Verwirklichung des bereits in der Verfassung von 1947 verankerten „regionalismo“ unter dem Druck der Arbeiterbewegung und der Linksparteien usw.) und dessen Auswirkungen auf die Südtirolfrage kaum beachtet (wobei hier das Pariser Abkommen, die bilateralen Verhandlungen, die UNO-Debatte und der Terrorismus keineswegs unterbewertet werden sollen).

⁵⁾ In diesem Sinn formulierte O. Bauer den Begriff der „geschichtslosen Nationen“ so: „Geschichtslos nennen wir diese Nationen ... darum, weil ihre nationale Kultur in jenen Zeitaltern, in dem bloß die herrschenden Klassen die Träger einer solchen Kultur waren, keine Geschichte, keine Weiterentwicklung kennt“ (S. 181). Eine Geschichte des slowenischen Volkes

aus historisch-materialistischer Sicht gibt das Buch von E. Kardelj.

⁶⁾ W. Lukar (II), S. 36, als ein Beispiel der Auswirkungen der „Herrnssprache“ und der „Sklavensprache“ auf die Sprachentwicklung selbst bei den einzelnen Völkern; vgl. etwa die Tatsache, daß nach der Eroberung Englands durch die (französischsprachigen) Normannen im Jahre 1066 für die Bezeichnung des Fleisches von ox, calx, sheep und pig (Schaf, Ziege, Schwein) also Worte germanischer Ursprungs) sich die Worte boaf, veal, mutton und pork (also Worte romanischen Ursprungs) herausbildeten (das Fleisch dieser Tiere kam aber nur von den Eseln der „Herrn“ und nicht der „Sklaven“).

⁷⁾ Dazu schreibt Th. Veiter: „Jedenfalls war es in Kärnten bis 1918 ein absolutes Handicap für den Aufstieg in einen gehobenen Beruf außer dem des Priesters, Kaufmanns, Beamten und Redaktors, katholisch in der Tat ... und Slowene dem nationalen Bekenntnis nach zu sein“ (S. 409); und ganz allgemein zum Problem Minderheiten und soziale Klassenlage: „Nahzu überall in Europas Minderheitsgebieten gibt es ein Sozialprestigegefälle ... vor allem ein solches häufliger Herkunft im Verhältnis zu sprachlich herrschendem Volkstum“ (S. 369f.).

⁸⁾ zit. nach Th. Veiter, S. 420.

⁹⁾ zit. nach E. Kardelj, S. 168; es ist bezeichnend, wie die Argumentationen der Herrschenden im Laufe der Geschichte immer dieselben geblieben sind: auch heute wird es solange keine wirkliche Gleichberechtigung geben, solange die Arbeiterklasse die „vollzogenen Tatsachen“, nämlich die historisch entstandenen kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, anerkennt.

¹⁰⁾ Der Ausdruck stammt von dem nun „Wahlstrichrührer“ gewordenen, reaktionären Dichter F. Heibel, der nach der Revolution von 1848 folgendes Gedicht schrieb: „Auch die Bedientenbäcker rüchten / Am Bau, den jeder bei geglaubt: Die Tschechen und Polacken schütteln: Ihr struppiges Korymbenhaupl.“ (Der Verfasser dieses Artikels ist sich dieser bewußt, daß die soziale und nationale Problematik der österreichischen Reichshälfte hier nur in ihren wesentlichen Grundzügen dargestellt wird; auf eine Darstellung dieses Problems in der ungarischen Reichshälfte — die sog. „Magyarisierungsbestrebungen“ — wurde hier ganz verzichtet).

¹¹⁾ Die Slowenen in Kärnten, S. 7.

¹²⁾ E. Kardelj, S. 166.

¹³⁾ Kärnten — Ein Almanzeichen, S. 29.

¹⁴⁾ Th. Veiter, S. 278.

¹⁵⁾ Lediglich die Sozialdemokraten traten 1924 aus dem Heimabund wegen dessen offen antislowenischer und deutschnationaler Politik aus.

¹⁶⁾ Es war dies die gleiche Zielsetzung, die der Faschismus in Südtirol mit dem Bene di Rinasceita Agraria verfolgte.

¹⁷⁾ Die Nazis verwendeten dabei zum ersten Mal die Unterscheidung von „windischer“ und „slowenischer“ Sprache bei einer Volkszählung. Über das Sichbekennen zur einen oder anderen Sprache waren folgende politische Konsequenzen angekündigt worden: „Das wesentliche Merkmal der Bezeichnung als Windischer ist das ethische Bekenntnis zu Führer und Reich sowie der Wille ... mit dem deutschen Volk gemeinsam zu leben. Nationalslowenen sind alle jene, denen ihr slowenisches Volkstum vor der Lebensgemeinschaft mit den Deutschen geht, die eine Eigenständigkeit anstreben“ (zit. nach H. Haas, S. 91). Es war daher nicht verwunderlich, daß sich von den 44.000 Sprachslowenen bloß 8.500 als Nationalslowenen und alle übrigen als Windische bekannten.

¹⁸⁾ Zit. nach K. Stuhlpfarrer, S. 41. Eine Fragestellung drängt sich angesichts dieser rassistischen und unethischen Anordnung unwillkürlich auf: nämlich ob sie nicht letztlich auch von der heimlichen Angst (mit)diskutiert wurde, auch diese Sloweninkinder könnten bei anstehen-

der Schelbildung zur Wissens- und Kulturarbeit des „arischen Herrenmenschen“ aufsteigen, daß es also nach Rasse, sozialer Herkunft bzw. nicht höher- und nicht wertiger Menschen, und Völker gebe - wenn nur allen die gleichen Möglichkeiten und Chancen gegeben wären!"

- 21) Die Slovenen in Kärnten, S. 17
- 22) zit. nach Th. Veiter, S. 186
- 23) vgl. Die Slovenen in Kärnten, S. 15
- 24) zit. nach Th. Veiter, S. 710f.
- 25) Die Slovenen in Kärnten, S. 10
- 26) Vgl. den Artikel „Wissen ist Gift“ in: Zur Lage der Kärntner Slovenen (Unternehmensschrift des Klubs slowenischer Studenten in Wien) Nr. 1/1975, S. 2: die anti-slowenischen Parolen haben sich in ihrer Radikalität über den Umsturz nach 1945 „gehapt“; man spricht nicht mehr vom „deutschen Herrenmenschen“, sondern „nur“ mehr vom „deutschen Kärntnerium“, nicht mehr von einer Schulbildung nach dem Prinzip „Lesen, Rechnen, Zehngoltschul“, sondern „nur“ mehr von „Gift“.

27) So wurde etwa das Memorandum der Slovenen vom 11.10.1955 zur Durchführung der Minderheitenschutzbestimmungen des Bundes noch von keiner österreichischen Bundesregierung beantwortet.

28) Die Slovenen in Kärnten, S. 8f.

29) Die Ideologie des „Abwehrkampfes“ ist für Kienka eine ähnliche politische Integrationsfunktion wie „Land oben“ für Tiro und die zu diesem Zweck vorgenommenen „Kultschaffungen“ der historischen Ereignisse sind ebenso beziehungsreich behauptet die Kärntner Historiker, das deutschsprachige Kärnten sei 1918/19 „wie ein Mann“ aufgestanden, um die Jugoslawen aus dem Lande zu vertreiben und dieser Abwehrkampf sei entscheidend gewesen für den Verbleib Kärntens bei Österreich, so sehen die Tatsachen freilich anders aus: ein Abwehrkampf betrafen sich auch slowenische Kärntner (s. oben, Seite 1), vor allem aber die sozialdemokratische Volkswehr. Der Abwehrkampf der übrigen im Juni 1919 mit der totalen Niederlage „der Kärntner“ endete, war für die Umsiedlung der Wiener Friedenskonferenz eher belanglos.

In der finalen Geschichtsschreibung hingegen wird der „Heldenkampf von 1809“ als ein Kampf „für Gott, Kaiser und Vaterland“ gegen die Herrschaft der Bayern und Franzosen, und die Rückkehr Tirols zu Österreich 1814 unter die „unküßliche Herrschaft des guten Kaisers Franz“ als dessen Vollendung interpretiert. Zwar war der Tiroler Freiheitskrieg wirklich großteils ein „Volkskrieg“ (wie Bayern wurden allerdings bald weggelassen und so ihre Stelle ritten nur mehr die Franzosen, da diese die Konzentration des anderssprachigen „Außenländers“ in besorgniserfüllend völlig verschwiegen wird aber zumeist die Tatsache, daß der Krieg 1809 nicht zuletzt deswegen abgebrochen werden mußte, da sich in ihm starke demokratisch-republikanische Tendenzen entwickelt hatten (Phe: eines „tätischen Alpenbundes“), Tendenzen, die Kaiser Franz und seinen Außenminister Metternich natürlich keineswegs gefördert waren und daher auf ihre Intervention hin unterdrückt wurden (die Mächtigen, Napoleon und Kaiser Franz, versündigten sich daher zur Abwehr derartigen Bestrebungen vorerst lieber mittels eines politischen Kuhhandels auf dem Rücken des Tiroler Volkes). Im übrigen bedeutete die Rückkehr zu Österreich keineswegs eine „unküßliche Herrschaft“; anstelle des bayerischen Joches hatten sich die Tiroler der böhmisches Absolutismus und Zentralismus eingehandelt, der alte Freiheitsrechte des Landes aufhob (Zwangskolonisationen usw.) und den Steuerdruck nicht beseitigte, sondern noch mehr verschärfte, so daß in breiten Teilen des Tiroler Volkes berechtigter Unmut entstand.

- 30) Vgl. Die Slovenen in Kärnten, S. 10f.
- 31) In Art. 7 (Punkt 5) des österreichischen Staatsvertrages ist dies Verbot jener Or-

ganisationen vorgesehen „die vorant abziehen der Erösischen oder Slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte zu nehmen“.

- 32) Vgl. dazu die Ausführungen Th. Veiters: „Die Deutschkärntner lernen bewußt nicht slowenisch“ (es wird als inferior angesehen), ebenso wenig findet - auf weniger rühmlichen Annahmen... - irgend wo ein Gespräch zwischen ihnen und den Nationalistenslowen statt, denen man es aber sehr übel nimmt, wenn sie... in der Öffentlichkeit untereinander die slowenische Sprache statt der deutschen Muttersprache gebrauchen... Kärntner schämen sich vor allem junge Slowenen, die je mit der Zeit gehen wollen, in Anwesenheit von Angehörigen des Mehrheitsvolkes ihre Sprache zu gebrauchen... Sie werden oft genug als „Fetterschen“ (Schlingensiefel) bezeichnet, denn man sie Windische... so schwierig für gewöhnlich ein etwas abschätziger Unterton mit, wie wenn der Korrekturen von den Italienern als den „Watschen“ (S. 60f.)

VERWENDETE LITERATUR:

- Claus Gehrard, Im Kampf gegen Rom, Wien/Göteborg/Frankfurt 1968

- Theodor Veiter, Das Recht der Volksgruppen und Sprachminderheiten in Österreich, Wien/Stuttgart 1970
- Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907
- Walter Lukan, Zur nationalen Frage eines kleinen Volkes (I) und (II); in: Österreichische Osthefte 1973 Heft 4 und 1974 Heft 1
- Edward Kerdelj, Die Viertheilung - Nationale Frage der Slovenen, Wien 1971
- Die Slovenen in Kärnten (Slovenki v Koroškem), herausgegeben vom Zentralverband slowenischer Organisationen in Kärnten (Zveza slovenskih organizacij v Koroškem) und Rat der Kärntner Slovenen (Narodni svet Koroških Slovencev), Ferlach/Dobrovolje 1974
- Kärnten - Ein Almanach, herausgegeben vom Informations- und Pressedienst der Österreichischen Widerstandsbewegung, Wien 1974
- Hans Haas, Kärntner Slovenen - Geschichte als politische Information; in: Zeitgeschichte 1975 Heft 3
- Karl Stuhlpmayer, Germanisierung in Kärnten; im Neuen Forum 1972 Heft 226/277
- Zur Lage der Kärntner Slovenen (Unternehmensschrift des Klubs slowenischer Studenten in Wien) 1975 Heft 1

4. Prämierung der besten Doktorarbeiten mit dem Preis des Verbandes der Industriellen der Autonomen Provinz Bozen

Betrifft die Neodoktoren der akademischen Jahre 1973-74 und 1974-75

ART 1 - Um das Interesse der Jugend für die ökonomischen Probleme zu wecken, veranstaltet der Industriellenverband der Autonomen Provinz Bozen unter der Mithilfe anwesigen Neodoktoren, die in den akademischen Jahren 1973-74 und 1974-75 promovierten oder promovieren werden einen Wettbewerb unter den Doktorarbeiten. Thema der Doktorarbeiten müssen die Wirtschafts- und die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der Provinz oder die wirtschaftlichen Probleme der Industriebetriebe sein. Dissertationen auf technischem Gebiet sind zugelassen, falls sie für die Lokalindustrie interessante Argumente zum Gegenstand haben.

ART 2 - Die Doktorarbeit in dreifacher Abschrift, belegt mit der Bestätigung über den erlangten Doktorgrad und der Ansässigkeitsbescheinigung, alles vom Sekretariat der Universität, bei der das Doktoraterlangt wurde, begleitet, muß mittels eingeschriebener Sendung bis spätestens 31. Mai 1976 beim Verband der Industriellen der Autonomen Provinz Bozen - Wettbewerb für Doktorarbeiten - Freiheitsstraße 13 - 39100 Bozen eintriften.

ART 3 - Die Doktorarbeiten werden unter dem Vorsitz des Präsidenten des Industriellenverbandes der Autonomen Provinz Bozen von einer Kommission beurteilt. Zur Verleihung gelangen folgende Preise:

für den Erstklassifizierten	L. 500.000 + Goldmedaille
für den Zweiklassifizierten	L. 300.000 + Silbermedaille
für den Drittklassifizierten	L. 200.000 + Erinnerungsplakette
für den Viertklassifizierten	L. 150.000 + Erinnerungsplakette
für den Fünftklassifizierten	L. 100.000 + Erinnerungsplakette

Die Kommission kann weitere Dissertationen lobend hervorheben.

ART 4 - Um beim akademischen Nachwuchs eine besondere Vertiefung in die aktuellen wirtschaftlich-sozialen Probleme unseres Landes zu erreichen, wurde für diese Ausgabe des Wettbewerbs eine Sondersektion eingerichtet.

Dieser Sektion sind Dissertationen oder Forschungen monographischer Natur von Neodoktoren zum Thema der Restrukturierung des „Semmerthal“-Viertels in Bozen vorbehalten. Die Neodoktoren dürfen bei Lebensabschluss nicht älter als 35 Jahre sein. Bei dieser Sondersektion kommen folgende Preise zur Verleihung:

für den Erstklassifizierten	L. 500.000 + Goldmedaille
für den Zweiklassifizierten	L. 300.000 + Silbermedaille

Die Kommission kann weitere Dissertationen lobend hervorheben, und im Falle von besonders guten Arbeiten eine Veröffentlichung derselben vorsehen.

Obgenannte Sektion wird nach dem verschiedenen Ing. Bruno Polvarini benannt werden. Ing. Bruno Polvarini war für lange Jahre der Präsident der Sektion Bauunternehmer unseres Verbandes, und der Verband der Industriellen der Autonomen Provinz Bozen gedankt durch die Einrichtung eines Wettbewerbs unter Arbeitern, die zur Lösung eines Problems, das von ganz besonderem Interesse für unsere Gemeinschaft ist, beitragen und von der Provinz Bozen anwesigen Akademikern verliert wurden, dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Die Teilnehmer dieses obgenannten Wettbewerbs müssen die Arbeiten zusammen mit einer Ansässigkeitsbescheinigung einer Gemeinde der Provinz Bozen in vierfacher Ausführung vorlegen.

ART 5 - Die von der Kommission mit Stimmenmehrheit getroffenen Entscheidungen sind endgültig und unanfechtbar.

ART 6 - Der Verband der Industriellen der Autonomen Provinz Bozen behält sich sämtliche Veröffentlichungsrechte der prämierten Arbeiten vor.

ART 7 - Die zur Wettbewerbsteilnahme eingesandten Arbeiten werden nicht zurückgeschickt.

ART 8 - Die Einsendung der Arbeiten verpflichtet den Wettbewerbsteilnehmer zur Einhaltung der vorliegenden Wettbewerbsbedingungen.

Minderheitenprobleme und die Situation in Südtirol

Max Haller und Leopold Steurer führten das folgende Gespräch mit Claus Gatterer.

Claus Gatterer, geboren 1924 in Sexten, studierte Geschichte und Philosophie in Padua. Seit 1946 als Journalist und Schriftsteller tätig, zunächst in Innsbruck und Salzburg, anschließend in Wien. 1959 bis 1961 Stellvertreter der Chefredaktion beim „Express“ Wien. Von 1961 bis 1967 Ressortchef Ausland „Die Presse“, Wien. Seit 1964 Mitarbeiter von „Die Zeit“, Hamburg.

1971–1973 außenpolitischer Kommentator im Österreichischen Rundfunk, seit 1974 Leiter des politischen Magazins „Teleobjektiv“ im Österreichischen Fernsehen.

In seinen Publikationen profilierte sich Gatterer als Minderheitenexperte und ausgezeichnete Kenner der Situation in Südtirol und Italien.

Er veröffentlichte folgende Bücher:
„Unter seinem Galgen stand Österreich“ — Cesare Ballisti, Portrait eines Hochverraters, Europa-Verlag 1967
„Im Kampf gegen Rom“. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Europa-Verlag 1968
„Schöne Welt — böse Leute“. Kindheit in Südtirol, Molden-Verlag 1969
„Erbfeindschaft Italien—Österreich“, Europa-Verlag 1972.

F. Betrachtet man die europäische Minderheitenszene, so kann man in den verschiedenen Ländern, z.B. Spanien, Frankreich, Belgien, Italien, Österreich, feststellen, daß sich in den Minderheitengebieten verstärkte Bewegungen und separatistische Tendenzen bemerkbar machen. Worauf ist das zurückzuführen?

A. Ich sehe darin einen ganz natürlichen Prozeß. Wir haben in den Jahren zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg sehr viel rhetorische Minderheitenschutzproklamationen von Seiten der großen Nationalstaaten gehabt, in der Praxis aber überall eine Unterdrückung der Minderheiten, und das Jahr 1945 hat weitgehend das Jahr Null für fast alle Minderheiten bedeutet. In der Zwischenkriegszeit gibt es einmal die Iren, die ja selbständig geworden sind, und andererseits die Basken, die in der kurzen Zeit der Spanischen Republik einen fast selbständig-autonomen Staat erhielten, der dann vom Franco-Faschismus im Namen des kastilischen Zentralismus niedergewalzt wurde. Daraus erklärt sich der starke Widerstand der Basken heute, sowohl in Spanien als auch in Frankreich.

— 1945 hat praktisch eine einzige Minderheit profitiert, und das waren die Südtiroler.

— 1954, in einer neuen Phase, kam es durch das Londoner Memorandum die Italiener in Istrien und die Slowenen in Italien dazu.

Aber die Prozesse, die da zusammenwirken, sind im wesentlichen drei:

1. In der ersten Phase, nach dem ersten Weltkrieg, können wir ein eindeutiges Überwiegen des sogenannten Völkerrechts über das Menschenrecht feststellen, denn das eigentliche Minderheitenrecht ist ja das Menschenrecht. In dieser Phase gab es die Aussiedlung, Umsiedlungen, die Massennationalisierung, usw.

2. Die nationalen „risorgimenti“ begannen in dem Moment zugunsten der Minderheiten in Europa zurückzuwirken, als ein „risorgimentaler Nationalismus“ in der Dritten Welt aktuell wurde (Entkolonialisierung



- Befreiungskriege). Dies ist ein sehr interessantes Phänomen, z.B. die Südtiroler haben sich auf Algerien und auf Zypern bezogen. In Briefen an die UNO von Seiten Südtiroler Terroristen heißt es: „In einer Zeit, wo jeder Negerstamm seine Unabhängigkeit bekommt, muß auch das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol angewendet werden“.

3. Das dritte wichtige Phänomen ist der Zusammenschluß in wirtschaftliche Großräume: EG auf der einen, Comecon auf der anderen Seite. Die notwendige innere Regionalisierung und Minderheitenproblematik wirken zusammen und lösen die grie-

chen Impulse in die selben Richtungen aus. Das erleben wir in den verschiedensten europäischen Ländern, z.B. Korsika, Bretagne, Baskenland, Sizilien, Sardinien, Friaul, usw. Zudem ist noch eines festzuhalten: das Minderheitenproblem hält sich überhaupt nicht an die Blockgrenze in Europa. Es ist in Osteuropa genauso virulent wie bei uns. Ein anderes Problem zeigt, mit welchem Bewußtsein der Minderheitenkampf geführt wird: nämlich die sogenannte Entdeckung der Großmuttersprache und ihre Reaktivierung (bei eingedeutschten Kärntner Slowenen ein sehr häufig zu beobachtendes Phänomen, ebenso z.B. im Elsaß und bei den Juden in der UdSSR).

F.: Die Minderheitengebiete sind z.T. ökonomisch doch sehr unterentwickelt und bekommen daher die momentane Wirtschaftskrise doppelt zu spüren. Bekommt die Problematik durch das Zusammenreffen von nationalem und sozialem Konflikt nicht eine besondere Virulenz?

A.: Ich glaube, das hat mit der Krise nicht sehr viel zu tun, denn die Minderheitenprobleme sind erst so richtig in den Jahren des Wohlstandes akut geworden. Es ist zwar wahr, daß diese Minderheitengebiete mehr oder weniger unterentwickelt sind, im Rahmen der nationalen Räume. Sicher bekommen die Minderheiten die ökonomische Unterdrückung von Seiten der Staatsnationen zu spüren und sehen den höheren Lebensstandard derselben, doch gilt dies genauso für die bürgerliche Schicht innerhalb der Minderheit selbst. Im Baskenland z.B. erklärt sich daraus die Abspaltung der linken ETA, die einen systematischen Versuch von marxistischer Klassen- und nationaler Befreiungspolitik darstellt.

F.: Die nationalen und politischen Strömungen innerhalb der Minderheiten sind vielfältig und daraus resultieren verschiedene Verhaltensweisen gegenüber dem Staat und natürlich auch gegenüber den Parteien der Staatsnation...

A.: Minderheit ist nicht gleich Minderheit. Wir haben unter vielen europäischen Minderheiten, besonders unter den nachösterreichischen Nationalitäten, das Bestreben, sich in Einheitsparteien zu organisieren, die von den bürgerlichen Schichten getragen werden. Natürlich glauben diese bürgerlichen Träger solcher Parteien, mit der Lösung ihrer bürgerlichen Probleme, d.h. kapitalistischen Probleme, seien auch die Probleme der Minderheit gelöst. Gegen solche Scheinlösungen sind Oppositionsgruppen entstanden. Jedoch wird jedes oppositionelle Verhalten als Verrat gebrandmarkt und als Schwächung der nationalen Einheit verfolgt. Siehe das Verhalten der SVP gegenüber den kleinen Oppositionsgruppen. Meiner Meinung nach haben gerade diese Oppositionsgruppen eine ungemein wichtige Bedeutung

im Leben der Minderheit. Ohne diese Opposition gibt es überhaupt keine geistige Aktivierung und wir haben in Südtirol eine außerordentliche geistige Stabilität, die dazu führt, daß sogar sämtliche Traditionswerte nach und nach zum Teil gelassen, weil diese Traditionswerte nur noch tradiert werden und nicht mehr bewußt sind. Und die ganze Südtiroler Philosophie läßt sich reduzieren auf einen einzigen Satz von Erich Kofler: „Herr, laß uns deutsch sein!“

E.: Können Sie diesen national-territorialen Anspruch konkretisieren?

A.: Ja, z.B. Raffaele, der Inmarchia erster Generalsekretär der Partei war und den man ocht zu einem Hochverräter an der Volksgemeinschaft gestempelt hat. Sehr interessant ist ja auch der Fall von Diehl, der vom nationalen Mitglied der Volkspartei zur Sozialdemokratie Übergewechsel ist. Wobei ich darin keinen Widerspruch sehe, da Diehl immer schon der Vertreter der Kleinbauern und Kleinbürger war. Als Vertreter dieser Schichten hat er offensichtlich erkannt, daß soziale und nationale Frage ineinander greifen, daß eben beide Fragen sich ein miteinander lösen lassen. Er hat zumindest immer Signale gesetzt, die aber die Partei, die ja Interessenvertreterin des Groß- und Mittelbürgerturns ist, nicht begriffen wollte.

F.: Sie haben in Ihrem Buch „Der Kampf gegen Rom“ einen sogenannten europäischen Katalog aufgestellt. Neben den Forderungen nach Abbau des Zentralismus Hinwendung zum Regionalismus und zur Basisdemokratie, sagen Sie, daß ein möglichst hohes Maß an Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit für alle zu schaffen sei, damit soziale Gegensätze nicht als Vorwand für nationale Konflikte (und umgekehrt) eingesetzt werden können. Kann man sagen, daß dieser Punkt für Südtirol im Moment sehr relevant ist?

A.: Sicher. Sicher einer der wichtigsten. Wir haben in Südtirol immer noch eine Situation, in der jederzeit ein soziales Problem zu einem Volkstumsproblem umgewandelt werden kann, in dem soziale Auseinandersetzungen als Volkstumskampf ausgetragen werden und zwar von beiden Seiten. Im Kampf um die „Sonnentrallhäuser“ in Bozen sehe ich die Wiederholung des alten, sehr ungenuten, Spieles. In einer gewissen Weise hilft auch das Problem des Proportens hier hinein, das gerade in Südtirol in einer sehr starren Weise interpretiert wird. Wenn z.B. für die Besetzung eines Postens die Wahl besteht zwischen einem „blöden“ Südtiroler oder einem „geschickten“ Italiener, dann bekommt der „blöde“ Südtiroler den Posten nur, weil er eben ein Südtiroler ist. Dasselbe gilt auch für die umgekehrte Seite.

F.: In diesem Zusammenhang der sozialen Auseinandersetzung ist auch die Arbeitnehmerfrage, gewerkschaftliche Organisation, Politisierung der

Arbeiter von sehr großer Bedeutung. Ist die SVP gezwungen, den Arbeitern mehr Spielraum zu lassen?

A.: Die Widersprüche innerhalb der SVP, die bisher die Interessen der Hoteliers, der Unternehmer und größeren Bauern vertreten hat, treten in einem verstärkten Maße zutage. Alle paar Jahre, so in Intervallen, kommt die Arbeitnehmerfrage, wie ein gewisses Schnaggelein, aufs Tapet, da gründet man etwas, macht eine Tagung, Magnago hält eine Rede... und man verißt wieder alles, aber jedesmal stellt sich die Frage dringender und dann kommt noch die Furcht vor der KPI. Man hat auch in der SVP eingesehen, daß der Arbeiter in der Einsamkeit der Wahlzelle KPI wählen kann, und jetzt sitzt der Sichel-Hammer-Schreck dem Südtiroler Bürgerturn im Genick.

F.: Hier kann man auch das Bragger-Interview vom letzten Sommer anschneiden. Was sagen Sie dazu?

A.: Bragger hat mit seinem Selbstbestimmungs-Interview, wenn man es so nennen kann, sicher eine vor allem im bäuerlichen Milieu weit verbreitete Volkstimmung zum Ausdruck gebracht. Ob er das aus taktischen oder langfristig strategischen Gründen getan hat, läßt sich meiner Meinung nach heute noch nicht beurteilen. Ich wür-

de dazu neigen, eine Absprache mit der DC anzuschließen, obwohl sie durchaus möglich wäre. Ich würde sagen, der innenpolitische Kontext, nämlich Stärkung der DC, ist eindeutig gegeben. Die DC könnte nämlich wieder eine nationale Welle auslösen, indem sie, wie schon 1948, behauptet: wenn die KPI an die Regierung kommt, dann ist Südtirol für uns verloren. Ähnlich haben bereits 1918 die nationalen und faschistischen Kreise argumentiert. 1945 mußte die KPI in verschiedenen Fragen, unter anderem auch in der Südtirolfrage, eine ziemlich intensive Haltung einnehmen, um nicht in den Ruch zu kommen, wegen der KPI seien die Grenzen des Vorkriegs gefährdet. Man kann also annehmen, daß die DC bei der nächsten Wahl nicht zögern wird, dieses Argument zu verwenden. Andererseits zeigen die Erklärungen von Magnago und Bragger von einer angeblichen Gefährdung der autonomen Rechte Südtirols durch die Kommunisten nur wieder einmal, daß die Südtiroler von der italienischen Innenpolitik so gut wie keine Ahnung haben, daß sie nicht wissen, daß seit 1945 die KPI die wirklich konsequent regionalistische Partei ist, und daß sie in den von ihr verwalteten Regionen einen sehr vernünftigen Regionalismus, der bis an den Rand des Föderalismus geht, praktiziert.

Joseph Torggler

Anmerkungen zur Südtirolpolitik der KPI

„Man kann nicht vom ideologischen Kapital leben“ (Benigno Zaccagnini)

1.

Seit den großen Wahlerfolgen der Kommunisten bei den italienischen Regional- und Gemeindevahlen vom 15./16. Juni 1975 ist eine Regierungsbeteiligung der KPI in greifbare Nähe gerückt. Es übertracht daher nicht, daß in dem Führungsgremium der SVP der historische Kompromiß und der in absehbarer Zukunft eintretende Fall einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten diskutiert wird. Den Auftakt hierzu bildete das von Senator Dr. Peter Bruggen am 26. Juni 1975 vor dem Parteianschluß gehaltenes Referat „Über die politische Lage in Italien nach den Wahlen vom 15.6.1975 und deren mögliche Auswirkungen auf Südtirol“. Die Südtiroler Öffentlichkeit informierte zunächst das Trentiner DC-Blatt „L'Adige“, dem Bruggen am 5. August ein Interview gewährt hatte, über die Ansichten des SVP-Senators, die darauf

hinausliefen, „daß wir Südtiroler die Selbstbestimmung verlangen könnten, wenn die Kommunisten oder eine Volksfrontregierung in Italien an die Macht kommen sollten“²⁾.

Dr. Bruggen begründete seine Forderung in erster Linie nicht volkstumspolitisch, sondern ideologisch, wobei er seiner „Sorge hinsichtlich der internen Entwicklung besonders in der Arbeiterschaft Ausdruck (verlieh)“³⁾.

Außer dem Rückgriff auf die Selbstbestimmung gibt es für Bruggen noch folgende Alternativen: „Die SVP könnte sich im Falle einer Übernahme der Regierungsmacht in Italien durch die Kommunisten zu einem harten Widerstand gegen die neuen Machthaber entschließen. In diesem Falle würde eine Volksfrontregierung in Rom Mittel und Wege finden, um unsere Sonderautonomie zu schmälern und auf harten Kurs gegen uns schalten, bis wir den Widerstand aufgeben. Dabei erhebt sich die Frage, ob die Südtiroler noch forstande wären, den entsprechenden Widerstand mit Erfolg durch-

zuhalten. Als weitere Alternative kommt noch ein Einlenken der Südtiroler auf das Ideogut der neuen Machthaber in Frage. In diesem Falle bestünde für die Erhaltung der autonomen Rechte keine besondere Gefahr, denn die Südtiroler wären ja dann vertrauenswürdig. Es erhebt sich jedoch die wichtige Frage, ob die Erhaltung und Pflege der Wesenswerte der Südtiroler mit dem kommunistischen Ideogut vereinbar wären. Wir müßten dann bereit sein, so manche Werte preiszugeben, für deren Erhaltung wir lange Jahrzehnte gekämpft haben.“)

Diese „Alternativen“ zur Selbstbestimmung klingen so skeptisch, daß sie kaum als echte und reale Entscheidungsmöglichkeiten für die SVP und für Südtirol gemeint sein können.

Nach Brugger dürfte die zweite Alternative aus ideologischen Gründen auszuschließen sein, während die erste Alternative zwar ideologisch geboten, jedoch überaus riskant wäre, so daß die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes letztlich der einzige Ausweg bliebe.

Andero, dem gemäßigten Flügel der SVP zuzurechnende Politiker, wie Magnago und Riz, dramatisieren die Situation weit weniger; aber auch sie sind der Meinung, daß die SVP mit einer Regierung, an der die Kommunisten beteiligt sind, nicht zusammenarbeiten könnte und daher in Opposition gehen müßte.

Demnach will die SVP das tatsächliche Verhalten der „neuen Machthaber“ nicht erst abwarten, um daraus die Konsequenzen für ihr politisches Handeln zu ziehen. Sie bezieht vielmehr a priori eine Position, die emotional nicht begründbar ist und deren ideologische Wurzeln in den Klasseninteressen unserer konservativen Mittelschichten zu suchen sind. Jetzt ist nicht mehr so sehr das Volkstum in Gefahr als das Schmarotzertum der Kapitalgewaltigen, das auf Ausbeutung der Lohnabhängigen beruht. Durch eine anhaltende und massive, von den Massenmedien mitgetragene antikommunistische Kampagne tut die SVP-Führung alles, um mit der ideologischen Waffe des Antikommunismus ihre politische Monopolstellung innerhalb der deutschsprachigen Minderheit im Dienste der herrschenden Klasse aufrecht zu halten. Sie kann sich dabei auf die DC, die in der Italienischen Volksgruppe unserer Provinz vorherrscht, sowie auf die ausländischen Parteiapparate der ÖVP und CSU stützen, die ihrerseits wieder Ausdruck mächtiger monopolistischer Kapitalinteressen sind.

Da heute in Italien die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Land die „via italiana al socialismo“ schon recht bald einschlagen wird, immer größer wird, ist die Frage, wie sich ein italienischer sozialistischer Staat gegenüber den ethnischen Minderheiten verhalten wird, durchaus berechtigt, ja sie muß von deren politischen Vertretern gestellt und aufgrund von Analysen, die sich nicht auf die Feststellung kommunistischer Wahlerfol-

ge beschränken, sondern die gesamte politische Kultur Irabiens, insbesondere der KPI, mit einbeziehen, beantwortet werden. Was die KPI betrifft, müßte man sich also fragen, was für eine Minderheiten- und Südtirolpolitik diese Partei bisher betrieben, ob sie uns bekämpft oder sich für unsere Rechte eingesetzt habe.

Es fällt auf, daß diese Fragen von SVP-Seite überhaupt nicht gestellt werden, obwohl deren Beantwortung für das Verhältnis zu den Kommunisten entscheidend sein müßte, unter der Voraussetzung, daß man der politischen Vernunft und nicht einer abgestandenen Ideologie folgt, die den Verfallsprozess der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr länger verschleiern kann.

Die dem Antikommunismus und christdemokratischen Integralismus verfallenen SVP-Politiker wollen weder aus der Geschichte der KPI Lehren ziehen noch wahrhaben, daß der italienische Weg zum Sozialismus, wie er von der KPI angestrebt wird, das widersprüchliche und politische Pluralismus nicht nur als Möglichkeit einschließt, sondern als Notwendigkeit voraussetzt.

2.

Die kommunistischen Parteien der großen südeuropäischen Länder (Italien, Frankreich, Spanien) sind sich heute darüber einig, daß Strategie und Taktik der Großen Oktoberrevolution von 1917, die zum Aufbau des Sozialismus in Osteuropa angewandt wurden, auf westeuropäische Verhältnisse nicht übertragbar sind. Es ist für diese Parteien völlig undenkbar, daß der Sozialismus im Westen nach dem Modell der Sowjet-Union und der anderen osteuropäischen und asiatischen Länder verwirklicht werden kann“).

Die italienischen Kommunisten waren die ersten, die, bereits in den

Anfängen der Partei mit Gramsci als Theoretiker und politischem Führer, dieser ein eigenes nationales Profil gaben, das sich organisch in die nationale und westeuropäische politische und kulturelle Tradition einfügte.

Gramscis und Togliattis Lehre vom Polyzentrismus berücksichtigt die nationalen Eigenheiten der Völker und führt zur Erkenntnis, daß in Westeuropa Freiheit, Demokratie und Sozialismus untrennbare Elemente und Formate eines jeden progressiven politischen, ökonomischen und kulturellen Prozesses sind. „Es kann“, so Berlinguer, „keinen realen Fortschritt hin zum Sozialismus geben, wenn er nicht zugleich eine konsequente Entwicklung der Demokratie und der Fortführung dieser Entwicklung ist, die das Proletariat fest in seine Hände genommen hat.“)

Daß die italienischen Kommunisten keine Feinde, sondern unerlässliche Vorhelfer einer progressiven Demokratie und ihrer Fortbauer sind, haben sie seit der Resistenza immer wieder unter Beweis gestellt. Ein bereichendes Zeugnis davon legt auch ihre Minderheitenpolitik, die Südtirolpolitik nicht ausgenommen, ab.

Sergio Salvi, der bekannte Verfasser des kämpferischen Buches „Le lingue tagliate“), das auch die „Dolomiten“ mit einem hohen Lob bedachte, bezeichnete die KPI in einem Leserbrief („Il Poi e le minoranze linguistiche“) an die kommunistische Kulturzeitschrift „Rinascita“ vom 13.6.1975 „als einzige, im Rahmen der Verfassung sich bewegende politische Kraft, die bewiesen hat, daß sie sich den Problemen der Minderheiten nicht entziehen will“).

... Wenn die in den Artikeln 3 und 6 der Verfassung vorgesehene linguistische Demokratie in unserem Lande noch nicht existiert, so ist daran vor allem die DC schuld und diejenigen, die das Land in diesen letzten 28 Jah-



ren regiert haben. Sie sind die Zungenabschneider der sprachlichen Minderheiten.“)

Und mit diesen „Zungenabschneidern“ hat die SVP bis heute sowohl in Rom als auch in der Region und der Provinz eng zusammengearbeitet. Sie ging immer wieder betriebl nach Rom und war immer nur darauf bedacht, Zugeständnisse für die eigene Volksgruppe zu erwirken, während sie sich um die anderen sprachlichen Minderheiten in Italien auch dann, wenn sie hierzu die Möglichkeit gehabt hätte, wie unter der Regierung Andreotti, nicht kümmerte“).

3.

Trotz der Enttäuschung über das Gruber-De Gasperi-Abkommen (1946) und trotz der hartnäckigen Vorkhaltung der im Sonderstatut von 1948 verankerten Rechte der Südtiroler Minderheit durch die DC hat die SVP die antiautonomistische und minderheitenfeindliche Politik der DC-Regierungen stets vorbehaltlos unterstützt.

Sogar als De Gasperi im Wahljahr 1953 in einer zu Trient gehaltenen Rede „keine Bedenken trag, sich zum Nutzen der faschistischen Unterdrückungspolitik zu machen; ... als er wiederholt den Klassengeist des italienischen Volksteils gegen die Deutschen Südtirols aufrief und die ‚italienischen Proletarier‘ gegen die ‚deutschen signori‘ ausspielte“, fühlte man sich zwar „bis in das Innerste verletzt“), stimmte aber aus weltanschaulich-ideologischen Gründen unter Hintansetzung der vollklichen Interessen sowohl für das an faschistische Machenschaften erinnernde Wahlgesetz der sogenannten legge „traffa“¹⁹⁾ als auch für De Gasperis achte und letzte Regierung, ohne dafür Bedingungen gestellt zu haben.

„Man hat sich heute in Rom offenbar schon daran gewöhnt“, schrieb das einzige damalige Oppositionsblatt „Der Südtiroler“, „daß die Männer der Volkspartei, wenn sie auch manchmal ein bißchen börgeln, letztlich doch aus ‚weltanschaulichen‘ Gründen mit der Democrazia Cristiana durch dick und dünn gehen.“²⁰⁾

4.

Den Tatbestand, daß namhafte Linkssozialisten und die KPI sich für die Rechte der Südtiroler Volksgruppe einsetzen und die minderheitenfeindliche Politik der DC-Regierungen scharf kritisierten, nahmen die SVP-Politiker überhaupt nicht zur Kenntnis, um bei den DC-Gewaltigen ja keinen Austoß zu erregen.

Die südtirolfreundliche Haltung bekannter sozialistischer Politiker, vor allem aus dem Trentino, hat Claus Gatterer in seinem Buch „Im Kampf gegen Rom“ ausreichend belegt, während hinsichtlich der Südtirolpolitik der KPI seine Belege lückenhaft und seine Urteile nicht immer objektiv sind²¹⁾.

M.e. legt Gatterer viel zu wenig Gewicht auf die Unterscheidung zwischen den persönlichen Überzeugun-

gen linker Politiker und der Linken, die ihre Partei vertritt. Diese können mitunter sehr wohl auseinanderklaffen, ein Umstand, der bei den intern meistens zerstrittenen Sozialisten tatsächlich zutrifft, was mit sich bringt, daß eine einheitliche, und kontinuierliche Parteilinie in der Südtirolpolitik der Sozialisten nicht feststellbar ist. Daß jedoch der Parteilinie eine weit größere Bedeutung zukommt als den für die Partei oft unmaßgeblichen Einzelmeinungen, wird kaum jemand bestreiten wollen.

5.

Im Gegensatz zu den Sozialisten können die Kommunisten in ihrer Minderheiten- und Südtirolpolitik auf eine Parteilinie verweisen, die von Anfang an und später ab 1948 in verstärktem Maße betont autonom- und minderheitenfreundlich war.

Der unlängst verstorbene Florentiner Historiker Ernesto Ragionieri hat darauf hingewiesen²²⁾, daß die KPI ihre federativ-regionalistischen Traditionen habe, wobei er sich auf Gramsci, Grieco, Longo und Togliatti als Kronzeugen beruft. Diese Traditionen seien nie erloschen, wenn auch in der KPI der Resistenz- und der Verfassungsgebenden Versammlung zwischen 1943 und 1948 die Probleme der Bündnispolitik der drei Massenparteien (DC, KPI, PSI) im Vordergrund der öffentlichen Debatten standen, während institutionelle Neuerungen höchstens parteiintern diskutiert wurden. Damals war es einer der Führer der Aktionspartei, der Sarde Emilio Lussu der an diese Traditionen der KPI anknüpfend, während einer Debatte in der Konstituante, Nitti, der die Autonomie ein Narretei („folia“) genannt hatte, zurechtwies: „E‘ tanto poco pazza, che il-partito del cervello più freddo d‘Europa, intendo il Partito Comunista, nel suo terzo Congresso Nazionale Italiano tenuto nel 1926 a Lione, impostò il problema dell‘antifascismo e della libertà in Italia su un terreno federalistico. E allora erano in vita, e liberi, Gramsci e Togliatti, e tutti i giovani che formano quello che è oggi lo stato maggiore eroico del Partito Comunista. Per trasformare lo Stato fascista monarchico in regime di libertà e democrazia, essi, i comunisti, facevano appello a motivi federalistici! Io debbo pensare che allora il federalismo fosse sentito e come motivo agitatorio e come un‘esigenza politica.“²³⁾

Nach dem Ausschluß der Linksparteien aus der Regierung (1947) und dem großen Wahlsieg der DC vom 18.4.1948, der ihr eine absolute Mehrheit im Parlament sicherte, wurden die institutionellen Probleme für die KPI wieder wichtig, ja von existenzieller Bedeutung. Nun wurde auf Einlösung der Verfassungsversprechen durch die DC-Regierungen, in erster Linie auf die Realisierung der sozialen Grundrechte und auf die Errichtung der autonomen Regionen gedrängt. Auch als die Region Trentino-Tiroler Etschland 1948 zwar formell errichtet worden war, die Regierung jedoch den Erlaß der Durch-

führungsbestimmungen auf die lange Bank schob, forderte die KPI alle demokratischen Kräfte zum Kampf für die Rechte der Südtiroler auf.

6.

Die KPI wollte und sollte in Südtirol nicht eine „italienische“ Partei bleiben, sondern vielmehr die Avantgarde auch der deutschsprachigen Südtiroler im Kampf um deren Rechte als nationale Minderheit werden. Zu diesem Zweck wurde in Bozen eine *Autonoma Landesorganisation Südtirols* gegründet, die auch um deutschsprachige Mitglieder warb. Außerdem war man bemüht, außerhalb der Partei den demokratisch gesinnten Südtirolern, welche die SVP ablehnten, in jeder erdenklichen Weise zu helfen.

Nach dem vollständigen Zusammenbruch der Sozialdemokratischen Partei Südtirols, die das Debakel der 1948er Wahlen nicht überstand, wurde ein um den „Südtiroler“ (1951–53) sich bildender Kreis zum Kristallisationspunkt einer von der KPI gestützten deutschsprachigen Opposition.²⁴⁾

Im Geleitwort zur ersten Nummer der Zeitschrift wurden alle „sozialgesinnten und verantwortungsbewußten Südtiroler“ zur Mitarbeit eingeladen, „insoweit es ihnen bisher versagt war, im freien Spiel und Widerstreit der Meinungen aufbauende, gesunde Kritik zu üben.“²⁵⁾

Die Einheitspartei wurde mit Argumenten bekämpft, die bis heute ihre volle Gültigkeit bewahrt haben. Im Leitartikel der Ausgabe des „Südtiroler“ vom 5.3.1952 mit der Überschrift „Kritische Betrachtungen zur 5. Landesversammlung der SVP“ heißt es u.a.: „Wir erleben es ja auf Schritt und Tritt in den Verwaltungen, in den Schulen, in der Presse, überall stoßen wir auf das Monopol der ‚einen und einzigen Partei‘ des Landes. Dabei vertritt diese Partei keineswegs alle Schichten unseres Volkes, vielmehr hat sich ihre ganze Struktur in gewisse Interessenrichtungen hin verwachsen; das ganze Parteigefüge ist mehr und mehr in den Dienst der besitzenden Bevölkerungsteile gestellt worden. Auf die Leitung der Partei haben die Arbeiter, Kleinbauern, Pächter, Kleingewerbetreibenden und Handwerker keinen nennenswerten Einfluß. Denn der Großbauer wird nicht die Belange der Kleinbauern und Pächter, der Kapitalist nicht die der Kleingewerbetreibenden und Handwerker, der Arbeitgeber nicht die der Arbeiter wohl vertreten können. In der Tat liegt den Exponenten der SVP ein sozialer Ausgleich und eine soziale Neuordnung nicht so sehr am Herzen wie die Erhaltung der wirtschaftlichen Machtstellung der Südtiroler Besitzer- und Kapitalistenklasse. Daher ist es zu verstehen, wenn die SVP unter dem Deckmantel der gemeinsamen Weltanschauung parteipolitische Bindungen mit der Democrazia Cristiana eingeht, die das Großkapital und den Großgrundbesitz vertritt.“²⁶⁾

Mit Hilfe des „Südtiroler“ bildeten sich anläßlich der Südtiroler Gemeindevahlen vom 25. Mai 1952 die ersten

oppositionellen Gruppen, die unabhängige Listen aufstellten. Ihren größten Erfolg hatten die „Unabhängigen“ in Meran zu verzeichnen, wo sie rund 1000 Stimmen auf sich vereinigen konnten und zwei Mandate errangen.

7.

Weniger Glück hatte die deutschsprachige Opposition bei den Landtagswahlen vom 16. November 1952, zu welchen eine geschlossene deutschsprachige Liste („Wahlgemeinschaft des Bundes der Südtiroler“) mit dem Listenzeichen „Selbstverwaltung - Gerechtigkeit“, die vom Gewerkschafter und Buchdrukker Silvio Flor angeführt wurde, aufgestellt worden war. „Unsere Wahlgemeinschaft“, schrieb Flor im „Südtiroler“, „hat den Zweck, jenen Schichten des Südtiroler Volkes eine Vertretung zu sichern, die in der Liste der SVP gar nicht oder ungenügend berücksichtigt wurden: den Arbeitern, den Handwerkern, den Klein- und Mittelbauern, sowie den Rückständlern. Alle Fragen, die diese Gruppen betreffen, fanden in den abgelaufenen vier Jahren keine oder eine ungenügende Berücksichtigung im Landtag. Unsere Wahlgemeinschaft hat auch den Zweck, eine deutschsprachige Liste aufzustellen, die nicht mit der Regierung zusammenhängt, wie die SVP, deren Abgeordnete und Senatoren in Rom regelmäßig mit der Democrazia Cristiana zusammengehen und so die Feinde der Selbstverwaltung Südtirols unterstützen.“²⁰⁾

Die Wahlgemeinschaft hatte ein ausführliches Programm vorgelegt, das sich in folgende vier Punkte gliederte:

1. Die kompromißlose Durchführung des Pariser Abkommens
2. Die vollständige Verwirklichung der Verfassung
3. Die Anwendung und Verbesserung des Autonomiestatutes
4. Die soziale Gerechtigkeit²¹⁾

Das magere Ergebnis der Landtagswahlen (für die Liste „Selbstverwaltung & Gerechtigkeit“ wurden 666 Stimmen abgegeben) hatte die Auflösung der Wahlgemeinschaft zur Folge, sowie die Einstellung des Erscheinens des „Südtiroler“, der nur noch kurze Zeit dahinvegetierte.

Damit war für die KPI das Experiment einer Südtiroler Opposition zur SVP gescheitert.

Von nun an wurde in verstärktem Maße um Mitglieder für die Partei geworben. 1953 wurde der auch deutschsprechende, in Minderheitenfragen erfahrene Giorgio Jaksetić als Parteisekretär nach Bozen berufen, wo er, von Josef Stecher als Vize-Sekretär unterstützt, die Autonome Landesorganisation Südtirol der KPI auf neue organisatorische Grundlagen stellte, mit dem Ziel, die Partei für die Südtiroler attraktiver zu machen. Es wurden deutschsprachige Sektionen errichtet, in allen leitenden Gremien der Partei waren die Südtiroler, gemessen an dem Mitgliederstand, überproportional vertreten. Mit Erfolg arbeitete man daran, die auch bei den italienischen

Genossen weit verbreiteten nationalen Vorurteile gegenüber den Südtirolern abzubauen, was sich u.a. bald schon in den Gemeindevahlen und schließlich auch in den Landtagswahlen dahingehend auswirkte, daß die deutschsprachigen Gemeinderats- und Landtagskandidaten der KPI sich nicht bloß mit einer Statistenrolle bescheiden mußten, vielmehr eine ganz konkrete Chance hatten, auch mit den Stimmen der Italiener gewählt zu werden.

Zur Unterstützung der Parteiarbeit wurde das „Südtiroler Pamorama - Zeitung der Südtiroler Werktätigen“ herausgegeben, eine Zeitung, die bis heute das Parteiorgan der Südtiroler Kommunisten geblieben ist.

8.

Während die DC-Regierungen von ihrer minderheitenfeindlichen Politik nicht abgingen und ihren aus dem Autonomiestatut sich ergebenden Verpflichtungen nicht nachkamen, wuchs die KPI immer mehr in die Rolle einer Hüterin der Verfassung hinein, die sich auch energisch für die Rechte der Minderheiten einsetzte.

Am 22. Jänner 1956 hielt der KPI-Senator Mauro Scoccimarro in Bozen eine programmatische Rede, in der er die Grundzüge der kommunistischen Politik zur Südtirolfrage darlegte, die in drei Punkten zusammengefaßt werden können:

1. Die Autonomie, die Freiheit und der Fortschritt der nationalen Minderheit sind ein Problem des politischen Kampfes: sie sind keine „Konzession“ der Regierung, sondern eine Errungenschaft des Volkes.

2. Im Kampfe um die Autonomie braucht die nationale Minderheit Verbündete: diese können die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen völkischen Kräfte sein.

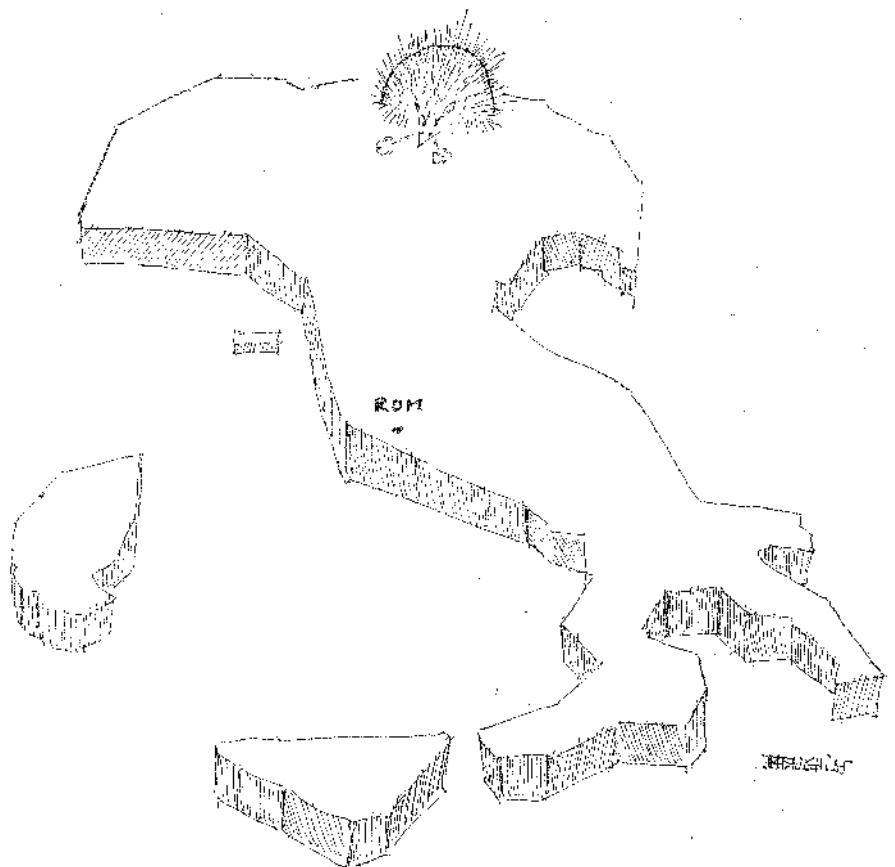
3. Der politische Kampf wird geführt und entwickelt sich aufgrund „der Erlaubung der Massen.“²²⁾

9.

Das von Scoccimarro vorgeschlagene Bündnis der Südtiroler Minderheit mit der Arbeiterklasse Italiens ist bis heute noch nicht verwirklicht worden, hat aber an Aktualität gewonnen. Allmählich setzt sich auch bei den Südtiroler Werktätigen die Erkenntnis durch, daß die nationalen, kulturellen und sozioökonomischen Interessen der Minderheit unzertrennbar zusammenhängen und daß der ethnische Standpunkt nicht verabschießt werden darf, um ihm alles andere zu opfern.

Die Autonome Landesorganisation der KPI in Südtirol liefert ein Modell dafür, wie Südtiroler und Italiener im Zeichen der Einheit der Arbeiterklasse einen gemeinsamen Kampf für die Autonomie und gegen den Nationalismus und Antikommunismus zu führen vermöchten und noch führen.

Die Linie der kommunistischen Politik in Südtirol hat sich seit Scoccimarros Bozner Rede nur geringfügig geändert. Wie damals stehen die Kommunisten auch heute in vorderster Front im Kampf gegen den Faschismus und Nationalismus, im Kampf für die Rechte der Minderheit, für die Anwendung der Zweisprachigkeit und des ethnischen Proportions, für eine rasche und gerechte Definition



der Durchführungsbestimmungen des neuen Autonomiestatutes.

Wie sehr die DC, die weltanschauliche Schwesterpartei der SVP, die Südtiroler Autonomie behindert hat, läßt sich durch Fakten tausendfach belegen, die Annahme jedoch, daß die KPI als Regierungspartei zu einer Gefahr für unsere Autonomie werden könnte, beruht entweder auf Ignoranz oder böswilliger Unterstellung durch den Klassenfeind.

Anmerkungen:

- 1) Das Referat Bruggers wurde vollständig vom „Volksboten“ am 13.8.1975 auf S. 7 und 10 abgedruckt.
- 2) „Bolomiten“, 8.8.1975 - Nr. 175, S. 5
- 3) Ebenda.
- 4) Ebenda.
- 5) Vgl. hierzu Enrico Berlinguer: „Democrazia e socialismo in Europa“ in „Note per

la preparazione del congresso annuale della Sezione (1975-1976)“

- 6) Ebenda.
- 7) Sergio Sabbi, La Lingua tagliata. Storia delle minoranze linguistiche in Italia, Milano 1975.
- 8) „Kronstadt“ 13.6.1975, n. 24, p. 31
- 9) Ebenda.
- 10) Vgl. hierzu auch Sabbi, „La SVP è obiettivamente un partito egoista“. Si è sempre disinteressata delle altre minoranze d'Italia anche quando reggano nei suoi voti il governo di centro-destra. Di An domanda se avrebbe potuto ottenere qualcosa.“ (Le lingue tagliate, p. 247)
- 11) Vgl. „Attoide Degasperis Südtirolpolitik“ in „Osterrichten“ vom 24.2.8.1974, S. 3
- 12) Vgl. „Das neue Wahlgesetz — eine Gefahr für unsere Autonomie“ in „Der Südtiroler“ vom 11.4.1951, S. 1
- 13) „Der Südtiroler“, 5.7.1963, S. 1 („Südtiroler Abgeordnete stimmen für Degasperis“)
- 14) Vgl. vor allem „Im Kampf gegen Rom —

Stirger, Minderheiten und Autonomie in Italien“, Wien 1956, S. 103 ff.

- 15) Ernesto Ragionieri, Il Partito Comunista Italia e l'Avvento della Regione in Italia / Regioni e Stato dalla Costituzione alla Costituzione / A cura di Massimo Legnani, Bologna 1975, S. 243 ff.
- 16) Ebenda, S. 277
- 17) Die erste Nummer des „Südtiroler“, den den Untertitel „Zeitschrift für Politik / Wirtschaft und Kultur“ trug und am 1. und 15. jeden Monats erscheinen sollte, kam am 3. Oktober 1951 heraus. Wegen finanzieller Schwierigkeiten konnte „Der Südtiroler“ die Erscheinungstermine jedoch nicht einhalten.
- 18) „Der Südtiroler“, 2. Oktober 1951, Nr. 1, S. 1
- 19) „Der Südtiroler“, 5. März 1952, Nr. 3, S. 1
- 20) „Der Südtiroler“, 25. Oktober 1952, Nr. 13, S. 1
- 21) „Der Südtiroler“, 17. November 1952, Nr. 14, S. 1
- 22) Die kommunistische Politik in Südtirol / Rede von Mauro Seccinardo / gehalten am 22.1.1956, Bozen o. J., S. 7

Siegfried Stuffer

Die Südtiroler Linke — offene Probleme

Es ist nicht leicht und in vielerlei Hinsicht riskant, zur Linken in Südtirol Aussagen zu machen, die den tagespolitischen Horizont überschreiten und auf allgemeine Fragen ideologischer, strategischer und taktischer Natur eine Antwort geben zu wollen. Dies beruht auf der Komplexität der Faktoren geschichtlicher, ethnischer, strukturell-sozialer und überbauungs-ideologischer Art.

Die ausgesprochenen Gedanken können infolgedessen nur einseitig, ergänzungsbedürftig und vorläufig sein; sie verstehen sich mehr als Anregung, denn als abgeschlossene Thesen. Sie verzichten deshalb auch auf einen wissenschaftlichen Apparat.

Ober ist das Wort der Linken in Südtirol gefallen. Schon dieser Ausdruck vermag in unser Thema einzuführen. Während man im internen Sprachgebrauch (ich meine inner-südtirolischen) häufig und unbedenklich von der Südtiroler Linken spricht, stößt diese Bezeichnung nach außen auf Schwierigkeiten. Mag dies vielleicht aus taktischen Gründen bei den Gesprächspartnern der Linken im deutschsprachigen Ausland noch akzeptiert werden (bei Sozialdemokraten ist die Zustimmung vielleicht auch qualitativer Natur), so trifft sie bei der italienischen Linke oft auf Unverständnis und Widerspruch. Letzterer Tatbestand läßt sich eklatant am (fehlenden) Verhältnis zwischen italienischen nationalen Linksparteien sowie deren lokalen Ablegern und den deutschsprachigen Oppositionsparteien feststellen. Ich habe hier die in der lokalen Öffentlichkeit übliche Terminologie gebraucht; auch sie wird vom Selbstverständnis der bezeichneten Kräfte in Frage gestellt.

Während sich Lokalverbände großer nationaler Linksparteien als autonome Landesorganisationen verstehen, welche auf provinzieller Ebene nicht als „italienische“ Gruppierungen bezeichnet werden wollen (als Beispiel ist die PCI-KPI zu nennen, während beim PSI der bevorstehende Kongreß, wie man vernahmen kann, einen weiteren Schub in diese Richtung bringen soll), fühlen sich lokale Linksparteien wie SIP und SPS als authentische und legitime Vertretung der Interessen des Südtiroler Volkes in Übereinstimmung mit Geschichte und Entwicklungsprozeß. Auf eine kurze und oberflächliche Formel gebracht könnte man sagen: während die einen glauben, daß die zunehmende Emanzipation und der Nachholprozeß, welche zu einem Bewußtwerden und Wahrnehmen der Interessen breiter Südtiroler Volkskreise führen, diese folgerichtig in die Reihen italienischer Linkskräfte zum gemeinsamen Kampf unter einheitlicher Leitung führen müsse, sagen die anderen, daß die Herausbildung einer autonomen Südtiroler Linken historisch legitimiert und korrekt und somit unerheblich für die Entwicklung einer Südtiroler Arbeiterklasse sei; diese eigene Identität sei unverzichtbar und schließe nach Überwindung einer historischen Ungleichzeitigkeit durch geeignete Maßnahmen ein Bündnis mit der lokalen und nationalen italienischen Arbeiterklasse ein. Beide berufen sich auf den proletarischen Internationalismus. Die einen sehen in ihm die Forderung nach sofortiger Einheit der Arbeiterbewegung, die anderen interpretieren, daß nur der bewußte, auch national und kulturell emanzipierte Südtiroler Arbeiter, der selbst diese Einheit wün-

sche und anstrebe, zu einer echten Einheit fähig und willens sei.

Diese Problematik auf politischer Ebene wirkt sich selbstverständlich auf die gewerkschaftliche aus; es ergeben sich ähnliche Schwierigkeiten, auch wenn sie dort durch die einfachere Ausgangslage leichter überwunden werden können.

Die dargestellten Positionen wurden hier ohne Belwerk und opportunistische Verzerrungen, wie sie in der Wirklichkeit oft präsent sind, aufgezeigt. Es ist klar, daß viele Gruppen und auch Einzelpersonen auf dieser Problematik ihr Süppchen kochen zwecks Verfolgung eigener Zielvorstellungen. Das bürgerliche Lager andererseits basiert ganze Gegenstrategien auf diese Probleme; in der eigenen politischen Identitätsfindung braucht es sich ja nicht zu plagen: die SVP, dort DC — schön säuberlich getrennt nach außen, für den nötigen Kitt und Zusammenhalt sorgen Wirtschaft und Kapital, die ja bekanntlich keine Nationalität besitzen.

Dazu illustrativ ein weiteres Beispiel: während auf der bürgerlichen Alpen-Internationalen die SVP gleichwertig neben CDU/CSU, ÖVP und DC sitzen darf, erhebt sich auf Sitzungen der sozialistischen Alpen-Internationalen die Frage nach dem Status der Vertreter Südtiroler sozialistischer Parteien; oder: ständliche SVP-Gruppen (SVP-Jugend usw.) und SVP-bhörige Organisationen haben intensiven Kontakt offizieller Natur mit ähnlichen Organisationen derselben weltanschaulichen Richtung im deutschsprachigen Ausland — ähnlich offizielle Beziehungen von Südtiroler Linken, die sich in nationalen Linksorganisationen befinden, bedürfen zweifellos der Approbation von Zentralstellen. Auf Gewerkschaftsebene bezogen zum Beispiel: das heftige Tauziehen zwischen Strömungen um Gewerkschaftspositionen, das sich von staatlichem Raum her eindeutig auf die Provinz Bozen auswirkt, inwieweit berücksichtigt dieses ständige Ge-rangel die politischen Positionen von

Mitgliedern, die vielleicht bei Südtiroler Oppositionsparteien eingeschrieben sind, bzw. bestehen klare Abmachungen oder wenigstens Rücksichtnahmen zwischen den Gewerkschaftsleitungen und den Südtiroler Oppositionsparteien in bezug auf Fraktionspräsenz bei der Erarbeitung der Gewerkschaftspolitik?

Die Beispiele zeigen, daß bedeutende Fragen einer substantiellen Lösung harren. Es ist nicht die Aufgabe des Schreibers, eine Richtung vorzuzeigen, er will nur Aspekte herausheben.

Ein Aspekt ist folgender: Tatsache ist, daß das Verhältnis der italienischen Linkskräfte zur Autonomiefrage zumindest in der Vergangenheit über eine taktische Formalität kaum hinausgegangen ist. Gleichmaßen war der politische Einfluß der Südtiroler Linken auf die Entwicklung unseres Landes und auf das Spannungsfeld Italienisch-nationale und Südtiroler nationale Interessen bis dato unerheblich. Diese Aussage muß vertieft und differenziert werden.

Eine Durchsicht der Südtirolerliteratur, nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der tendenziell fortschrittlichen und linksoffenen, ergibt die Einsicht, daß in wichtigen Phasen der Südtirol-Geschichte dieses Jahrhunderts, besonders vor und nach dem Ersten Weltkrieg, ein Einfluß einer organisierten Linken auf die Ereignisse in Südtirol kaum feststellbar ist. Südtiroler sozialistische Kräfte, die bis in die ersten zwanziger Jahre dokumentiert sind, lösen sich plötzlich in ein politisches Nichts auf. Nach der Liquidierung des Gewerkschaftshauses und Einstellung der linken Zeitung sowie Entziehung der Existenzbasis durch die Faschisten sind die Linken in Südtirol wie vom Erdboden verschwunden. Hier erreichte faschistische Ideologegesellschaftliche und nationale Eroberungspolitik ein totales und einheitliches Ergebnis. Das Südtiroler Bürgertum hat dem ziemlich tatenlos und mit Klassenfreude erfüllt zugesehen. Nirgendwo wird in der bürgerlichen Südtirol-Literatur auf diese größte aller Gemeinheiten hingewiesen. Nach dieser radikalen Verdrängung der gesellschaftlichen Basis jeder Arbeiterbewegung hatten lediglich bürgerliche Kräfte das Sagen. Auch Leopold Steiner kann in seiner objektiven und gründlichen Arbeit über das politische Schicksal Südtirols im Beziehungsgelecht Berlin-Rom in den zwanziger und dreißiger Jahren nirgendwo einen linksrelevanten Einfluß feststellen. Nur der Bürgerliche Renz Nicolussi scheint Beziehungen zur österreichischen Sozialdemokratie gehabt zu haben. Die Massen der Südtiroler Erwerbslosen und Armen waren absolutes Manipulationsobjekt nationalsozialistisch-faschistischer Beziehungen, bzw. Verführungen. Tragisch kommt dies zum Ausdruck bei der Option, wo das faschistische Italien hauptsächlich das Interesse zeigt, die Masse der Südtiroler Minderbemittelten, vor allem Erwerbslosen, loszuwerden.

Was die Masse der einwandernden Italienischen Unterproletarier und

Proletarier, die hier eine objektive Mission in Erfüllung faschistischer und imperialistischer Zielvorstellungen zu erfüllen hatten, anbelangt, ist klar, daß von positiven historischen Funktionen in linker Hinsicht in Südtirol nicht gesprochen werden kann. An dieser Belastung leidet die italienische Arbeiterklasse in Südtirol noch heute. Sie bedarf der Entwicklung der Südtiroler Arbeiterbewegung und eines Ausgleichs mit dieser, um ihre schwere geschichtliche Hypothek loszuwerden. Dazu braucht es viel Geduld und Einsicht auf beiden Seiten, vor allem die Überwindung von Führungs- und Überlegenheitsansprüchen auf der einen und paternalistischen Rollenvorstellungen auf der anderen Seite. Völlig negativ wäre die geheime oder offene Hoffnung, die sich keineswegs auf eine Volksguppe beschränkt, den Sozialismus in Südtirol rein mit staatlichen legislativen oder exekutiven Mitteln einführen zu können. Die tagspolitischen Fragen dürfen nie unter Außerachtlassung des geschichtlichen ethnisch-politischen und strukturellen Hintergrunds gesehen und gelöst werden.

Das bürgerliche Lager wirft der Linken in Südtirol bei jeder Gelegenheit ins Gesicht, daß auf sie in Existenzfragen der Autonomie und der berechtigten nationalen Ansprüche des Südtiroler Volkes (wie Volkswohnbau, ethnischer Proporz usw.) kein Verlaß sei. Wie ich bereits ausführte, wird diese Polemik durch die objektiven historischen Umstände (die koloniale und allgemein retardierte Bewußtlosigkeit der Südtiroler — passive Autonomiehaltung — und die historische Belastung durch Faschismus und DC-Nachkriegsregierungen der italienischen lokalen Arbeiterklasse) scheinbar gestützt. Der Pseudo-Vorwurf kann nur dann aus der Welt geschafft werden (indem er auf seine Hintergründe hin demaskiert wird), wenn die innere Gegnerschaft zur Autonomie oder optimistischer gesagt die Ansätze zu einer Autonomienotwendigkeit in der italienischen lokalen Arbeiterklasse ausgebaut und vertieft werden, sodaß es unmöglich wird, dieses politische Po-

Schreibbüro

Inge Gualtieri

39012 Meran, Manzonistraße 11

Telefon 0473/3 35 11 Büro
0473/2 13 33 Priv.

Übernimmt Reinschrift
von Doktorarbeiten.

tenzial (der Autonomiefrage) nur taktisch oder rein instrumentell zu sehen oder auch im politischen Alltag einzusetzen, gleichzeitig aber auf der anderen Seite nur nationale Befehlsempfänger zu sein. Dies erfordert, daß man momentane Schwierigkeiten und Verzögerungen auf sich nimmt und die Klärung von wichtigen Fragen nicht nur der Tagespolitik oder reiner Wahlrhetorik überläßt, sondern prinzipiell ins Auge faßt. Das langfristige Ziel muß das Interesse und die gesellschaftspolitischen Bedürfnisse der gesamten Arbeiterklasse unseres Landes sein und nicht die Verteidigung dieser oder jener eroberten Positionen. Die linken Zielvorstellungen, es muß wiederholt werden, waren völlig belanglos für das Schicksal unseres Landes in Vergangenheit und Gegenwart; wir müssen dafür sorgen, daß es in Zukunft nicht so bleibt. Das geopolitische soziale und wirtschaftliche Interesse Südtirols und auch das historisch begründete erlaubt keine Deutschnähelei noch Italianitätskomplexe (das alte Tirol war immer eine mehrsprachige Realität), sondern fordert nach gerechtem Ausgleich, aktiver Autonomiehaltung und Brückenfunktion. Deswegen Kampf jedem Nationalismus, Legalismus und Revanchismus! Die werktätige Bevölkerung Südtirols hat eine gesellschaftliche Perspektive in Richtung Zukunft; wird sie sie — trotz der vielen Gefahren und Schwierigkeiten — bald verwirklichen können?

Staatsprüfungen 1976

Am 20. April bzw. am 15. November 1976 beginnt die erste bzw. zweite Session der Staatsprüfung 1976 (Esami di Stato di abilitazione all'esercizio professionale). Die Gesuche um Teilnahme sind innerhalb 3. April bzw. 23. Oktober 1976 an die gewünschte Universität einzureichen.

Dem Gesuch sind folgende Dokumente beizufügen:

- Original-Diplom oder notariell beglaubigte Kopie;
- Bescheinigung der Universität, an der das Doktorat erreicht wurde, daß der Kandidat noch nie zur Staatsprüfung angetreten ist;
- Einzahlungsbcheinigung der Prüfungsgebühren in Höhe von 6000 Lira;
- Einzahlungsbcheinigung über den Betrag

von 3000 Lira, der an das Ökonomet der Universität einzuzahlen ist

Kandidaten für die Staatsprüfung in Medizin müssen außerdem eine Besätigung über die abgelegte Praxis (tirocinio) beilegen.

An folgenden Universitäten kann die Staatsprüfung in deutscher Sprache abgelegt werden:

- Handelswissenschaften und Architektur: Venedig;
- Versicherungsmathematik und Statistik: Rom;
- Land- und Forstwirtschaft: Florenz;
- Medizin, Chemie, Pharmazie, Technik, Veterinärmedizin: Bologna.

Die genaue Ausschreibung (Gazzetta Ufficiale Nr. 27 vom 30.1.1976) kann im Sekretariat der Südtiroler Hochschülerenschaft eingeholt werden.

die randbemerkung versuch einer analyse

1. der context

man würde den randbemerkungen des herrn x, die sich jeden dienstags pünktlich in den „dolomiten“ präsentieren, sicher nicht gerecht werden, faßte man sie als isoliertes phänomen auf, als rubrik unter rubriken, als stimme eben eines journalisten unter vielen anderen, es ist dies die einzige spalte der „dolomiten“, wo ein redaktionsmitglied stellung nimmt zu den verschiedensten themen, wo es nicht so sehr auf die nachricht ankommt, sondern mehr auf bewertung und beurteilung von ereignissen & standpunkten, in dieser rubrik zeichnet sich auch deutlicher als sonstwo die linie der zeitung ab, die in anderen artikeln oft viel unterschwelliger zum ausdruck kommt & diese linie und die des herrn x ist so ziemlich die gleiche.

daß herr x ein tonangebender redakteur ist, kann man schon daraus erschen, daß er der einzige kommentator ist, der zu so allgemeinen themen stellung nehmen kann & daß sich die schriftleitung oft schützend vor ihn stellt.

weil sich hier die richtung der „dolomiten“ am deutlichsten abzeichnet, weil hier die offenkundige stellungnahme die latente überwiegt, wird die kritik an der zeitung von seiten der leser oft zu einer kritik an ihren randbemerkungen — auch wenn der leserbriefschreiber oft das gefühl haben mag, eben den herrn x & nicht die zeitung zu kritisieren, die randbemerkung ist so konzipiert als propaganda-werkzeug, das nicht unbedingt mit der zeitung identifiziert wird & somit als auffangbecken einer kritik der „dolomiten“ dienen kann.

2. die linie

vorausschicken möchte ich hier, daß ich hier nur versuchen will, einige charakteristische dinge zur linie zu sagen & darzustellen, eine generelle kri-

tik an derselben ist hier weder beabsichtigt noch möglich (ich werde das später noch ausführlicher begründen) — was mich aber nicht hindern soll, einige widersprüche aufzuzeigen.

redet herr x von der „konservativen seite“, so bezieht er sich darauf mit „wir“¹⁾, an anderer stelle zählt er sich — & auch die angesprochenen leser? — zu den „bieder(n) bzw. bürger(n)“²⁾ wird der „meisterredner“ ploner angegriffen, „weil dieser, noch jung & unerfahren, nicht allein dem kommunismus, sondern ebenso dem sozialismus den kampf ansagte“, so scheint es dem kommentator x, daß ploners erfahrung jense seines kritikers „um ein bedeutendes überragt“³⁾ mit dieser absage an kommunismus & sozialismus, mit der aufforderung, „daß sich das bürgertum gegen kommunismus & sozialismus abzugrenzen habe“ hat ploner auch in den augen der redaktion „etwas richtiges gesagt“, kann er nun sein, „wer er will“⁴⁾.

dabei ist die bürgerliche schattierung des sozialismus „eine seiner eckigsten“⁵⁾ ihr gegenüber steht eine gesellschaftsordnung, „die noch aus alten kräften gespeist wird, am vorbildlichsten ist sie noch immer im bäuerlichen bereich, wo einfach gearbeitet, geholfen & am wenigsten gequatscht wird“⁶⁾ & nachdem der glossator x im bäuerlichen bereich die bürgerlichen ideale am besten verwirklicht sieht, „... haben (wir) uns zum sprachrohr hart betroffener bauern gemacht...“⁷⁾, wenigstens sobald es um eine fremdenverkehrstechnische nutzung des bodens geht, dann will er „schonungslos aufdecken, welche interessen hinter den meisten straßenbauern stecken...“⁸⁾, denn die „vieldiskutierten arbeitsplätze... bestehen darin, daß unsre bauernburschen bestenfalls ein wenig schlechter spielen können, im übrigen aber die blls für die aktionäre schmieren oder wechsfahrtsbün-

gen den hinterm auf den sesselstift schieben dürfen.“⁹⁾

der widerspruch ist flagrant: während die bürgerlichen ideale im bäuerlichen bereich am vorbildlichsten verwirklicht sind, divergieren die interessen von bürgerlichen aktionären einerseits & bauern & bäuerlichen arbeitskräften andererseits, wenn zum andern das bürgerliche ideal der nicht hinterfragten leistung als bäuerliches suggeriert wird durch die bemerkung, daß es im bäuerlichen bereich „am vorbildlichsten“ verwirklicht ist¹⁰⁾, so widerspricht das dem anspruch „schonungslos auf(zu)decken, welche interessen hinter den meisten straßenbauern stecken...“¹¹⁾, wenn sie gegen die bauern gerichtet sind, der appell, sich mit dem bürgerlichen ideal zu identifizieren, wird zum suggestiven aufruf an falsch verstandene religiosität: „wir brauchen... nur ein wirklich gelebtes christentum, das genügt volk auf — & hat in tirol auch immer genügt“¹²⁾.

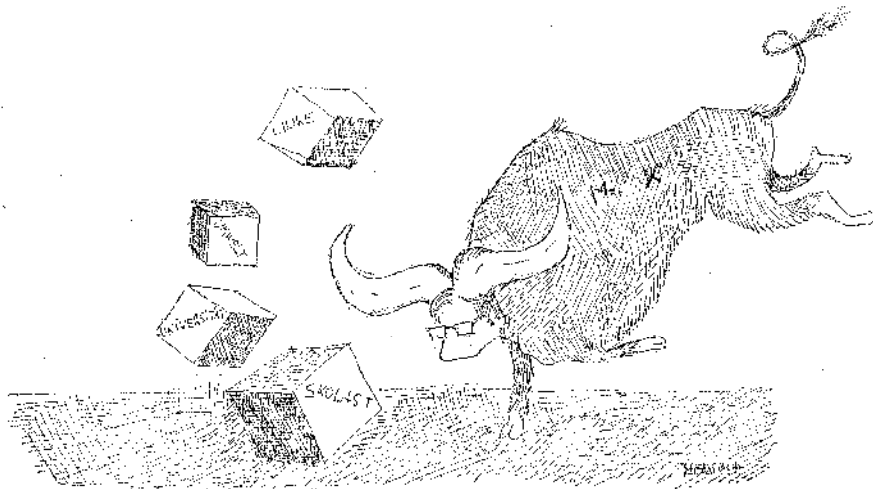
daß die interessen der arbeiter nicht vertreten werden, wird nur sehr indirekt zum ausdruck gebracht: einerseits sind da die oben angeführten absagen an den sozialismus & andererseits sieht da die behauptung, daß sei seinem „umsichgreifen begriffe wie streik, krankfeiern, immer häufiger zerstörte familien“¹³⁾ bekannt seien, da es nun die arbeiter sind, die streiken (wieso um sie das eigentlich?) & krankfeiern, statt daß „einfach gearbeitet, geholfen & am wenigsten gequatscht wird“¹⁴⁾, wird diesen eine absage erteilt.

die hier wiedergegebenen ideologischen stellungnahmen sind sehr grob, die verwendeten begriffe unscharf, zum teil stark emotional vorbesetzt & wenig differenziert, ich werde darauf noch unter punkt 4 „sprache & argumentation“ eingehen, diese begriffe, die x zur darstellung seiner position benutzt, sind nun aber für eine ideologiekritik völlig ungeeignet, einem konservativen konservatismus oder einem kommunisten kommunismus vorzuwerfen hat wenig sinn, weil sich beide mit den jeweiligen begriffen identifizieren, sie also nicht als vorwurf empfinden, sondern sich höchstens darüber erbittern, daß der kritiker sich nicht auch identifiziert, folglich kann eine kritik nur an sachefragen ansetzen, an stellungnahmen zu konkreten problemen & im falle eines mediums zusätzlich an der aufbereitung der information.

haben die obigen zitate dazu gedient, einen ungefähren interessenvertretungsanspruch zu analysieren, so wären noch die konkreten stellungnahmen einer kritik zu unterziehen, so ist x etwa gegen die chescheidung, gegen die emanzipation der frau & streik, gegen krankfeiern und für die „vorbildliche“ altösterreichische schule, für den schutz der berglandschaft usw.¹⁵⁾, dies alles aufzuzählen & zu diskutieren kann aber nicht die absicht & aufgabe dieser abhandlung sein.

3. die anonymität

die anonymität des glossators, in verschiedenen leserbriefen angeprangert,



Mr. X. Diskussion führend

wurde von der schreibern immer mit dem hinweis begründet, daß das eben bei glossen so üblich sei. die tatsachenhaftigkeit des arguments ist offensichtlich. die anonymität deckt den schreiber, der nicht den mit hat mit dem namen einzustehen für das, was er schreibt, der sich „unpopularität, spott & anfeindung“¹⁾ ausgesetzt sieht. diese anonymität, die nur der redaktion, nicht aber dem leserbrietschreiber, zugestanden wird, ist aber auch sonst sehr bequem: es ist nicht ein bestimmter journalist, der für den artikel gerade zu stehen hat, aber auch nicht die gesamte redaktion. letztere kann den signierenden buchstaben vorschieben & sich dann distanzieren oder verteidigen — grad wie sie es braucht; sie kann sich hinter einem buchstaben verstecken & ihn gegen einen neuen austauschen, sobald der alte verschlissen ist.

4. sprache & argumentation

die randbemerkungen sind rede, gesprochenes wort & in der rhetorischen ausformulierung an einen zuhörer gerichtet. dabei geht es dem glossator nicht um kritische reflexion, sondern darum, die emotionen des hörers zu mobilisieren. dem entsprechend ist die sprache reich an suggestiven reizwörtern, denen ein höher emotionsgehalt zukommt & die gefühlsmäßige zustimmung oder ablehnung hervorzurufen — unabhängig von einer argumentation (z.b. „fortschrittspostel“, „die guten roten“, „biedere(n) bozner bürger“, „schizinkus“, „ragout der räte“ oder „blödsinniger gondelluff“). differenzierendes denken ist in solchen begriffen nicht möglich — & wie wir sehen werden — auch nicht erwünscht. zutage tritt offenes vorurteil, das ergebnis ist unverhehlene polemik.

als signifikantes beispiel wollen wir eine randbemerkung²⁾ herausheben, die von der redaktion als ein „sachlicher disput wie viele andere in unserem blatt“³⁾ bezeichnet worden ist. da steht:

„und ist es sofall, daß „sozi“ einen wenig vertrauenswürdigen klang hat — oder hat er sich das wegen seiner unglaubwürdigkeit selbst zuzuschreiben?“

nachdem x das wort „sozi“ als abwertend herausgestrichen oder zu einem solchen gemacht hat, zieht er damit über die beiden deutschen linksparteien her, da heißt es von der sps: „da gibt es einen kader von militanten marxisten, die sich als „sozis“ bezeichnen...“

hier wird die abwertung zur klimax gesteigert. die begriffe „kader“ & „militante marxisten“ sind dermaßen negativ vorbesetzt, daß sogar noch das „wenig vertrauenswürdig“ wort „sozi“ als tarnung erhalten kann. auf die sps bezogen schreibt er: „und die dielt-sozis sind — wie jeder weiß — wegen ihrer südtiroler nibelungentzue zum antipaketler dielt zu sozi-mitgliedschaft gekommen wie der pontius ins credo“. hier spekuliert man mit dem ressentiment der paketheffiwörter, mit der bereitschaft sich über die „südti-

roler nibelungentzue“ der paketge-ner lustig zu machen & über den kurswechsel der partei zu schamanzeln da er „... wie jeder weiß...“ so unerwartet kam wie der „pontius ins credo“.

dies sachliche auseinandersetzung mit den beiden parteien wird nicht erbracht, sie wird auch gar nicht angestrebt; die taktik des stichens und polemischeres macht an keiner stelle einem eingehen auf argumente und tatsachen platz. lächerlichmachen setzt widerlegen.

... die sozis sind jusos und umgekehrt...“

die identifizierung der „sozis“ mit den negativ besetzten „jusos“ resultiert wohl eher dem unwillen als dem unvermögen zu differenzieren. & von hier ist es nur noch ein kleiner schritt bis zur rhetorischen frage, ob man denn „wirklich“ glauben könne, „daß zwischen dem sozialismus & dem kommunismus so große unterschiede bestehen?“ daß sich mit so undifferenzierten begriffen keine vernünftige diskussion führen läßt, ist klar: unterscheiden sich doch schon die ziele von spd, spö & psi ganz entschieden.

„wir brauchen nur ein wirklich geliebtes christentum, das genügt vol lauf... — & hat in tirol auch immer genügt. familie, schule & arbeitsmoral sind bei uns zu einer zeit schon hochstehend gewesen, als man das wort sozialismus noch gar nicht kannte.“

hier werden zunächst wertneutrale begriffe wie „familie, schule & arbeitsmoral“ mit dem positiv besetzten adjektiv „hochstehend“ dem christentum zu- & dem sozialismus abgesprochen & die vorgangsweise mit der längeren tradition des christentums gerechtfertigt.

„wohl aber kennen wir seit seinem (des sozialismus) unsicheren begriffe wie streik, krankfeiern, immer häufiger zerstörte familien...“

sind oben eine reihe von begriffen positiv dem christentum zugesprochen worden, so werden hier sehr negativ bewertete begriffe dem sozialismus assoziiert, womit „christentum“ und „sozialismus“ selbst positiv bzw. negativ bewertet werden. begründet wird diese begriffszuordnung überhaupt nicht. da z.b. zerstörte familien wohl ein weltweites phänomen sind & deshalb nicht so ohne weiteres einer bestimmten ideologie angelastet werden können, muß man annehmen, daß herr x mit dieser häufung negativer begriffe bewußt einen strohmann aufstellen will, der sich dann dankbar niedermachen läßt. sie ist selbst emotional & dient nur dazu, andere begriffe wieder emotional zu besetzen; das ist rhetorik überster art.

5. die glosse

die randbemerkungen des herrn x sind glossen im üblichen sinn des wortes: es sind polemische randbemerkungen, die die redaktion als „sachliche dispute“ verkaufen möchte. sie ersetzen in den „dolomiten“ einen essay; statt reflexion finden wir emotion & sachlichkeit wird ersetzt durch polemik. nicht sachliche, logische argumentation

mit klaren begriffen finden wir, es wird jede kritik zur harte, jede aufforderung zur predigt & der prophet selbst zum märtyrer, der „spott & anfeindung“⁴⁾ auf sich nimmt.

6. die kompetenz

daß die zeit der universaltäten vorbei ist, hat sich längst herumgesprochen. um so mehr nimmt es wunder, daß da die kommentator zu einem sehr breiten spektrum von themen stellung nimmt. handelt es sich da um die aleragoa-autobahn oder um das landesarchiv, um meran 2000 oder die mitbestimmungsregeln in den schulen, um die elbe pasolinis, einen straßenbau oder einen naturpark, um eine ideologiediskussion, die inszenierung des andreas-hefer-filmes von pluch oder um die freilichtspiele im unterland; immer ist herr x kompetent zu beurteilen wie die dinge stehen & was da geschehen mußte, & daß seine stellungnahmen nicht zuletzt wegen ungenügender sachkenntnis oft so unsachlich wirken ist eine nur allzu plausible tatsache.

fußnoten:

- 1) zum bsp. „beirungelalten“ dol. 22. dez. 75
- 2) randbem. „jedel sol der mensch...“ dol. 16. dez. 75
- 3) randbem. „veder ein sadter hotel“ dol. 27. nov. 75
- 4) randbem. „bitanz; eher duster“ dol. 30. dez. 75
- 5) randbem. „sennere prochtensien“ dol. 9. dez. 75
- 6) randbem. „zurückdelegieren“ 11. nov. 75
- 7) „beirungelalten“ di. 23. dez. 75
- 8) vergl. 2), 3), 2), 2), 2), 6), 7);
- 9) vergl. 3), 3), 3), 5), 6), 7).

p.s. alle behandelten randbemerkungen sind von den monaten nov.—dez. 75. diese beiden monate sind signifikant nur deshalb, weil sie zufällig ausgewählt wurden.

*Mann
und
Frau*

[-]-EHE es zu spat ist & sonstiges konkret

von schonweger matthias

Druck meran
alle rechte beim autor und herausgeber
matthias schonweger
in allen buchhandlungen erhältlich
135 seiten 3,900 lire

Ordentliche Lehrbefähigungskurse '75/76 Kritik und Ausblick

Das Unbehagen war allgemein, es bezog sich sowohl auf Inhalte als auf Methoden, auf die fachliche wie die personelle Kuragestaltung, auf das bürokratische Brimborium und die ministeriellen Verordnungen für den Prüfungsmodus; schließlich aber wurde geschwiegen, auf die Abschlußprüfung gepaukt; man kam durch, ging nach Hause mit der Bestätigung, daß man für das Lehren qualifiziert sei, und warstelt in der Schule weiter, alleingelassen nach wie vor.

Man könnte die Kurse als lästige Pflicht über sich ergehen lassen, als unumgängliche Karrierestufe; man könnte sich mit den Kursen, so wie sie waren, abfinden, wenn man sie nicht so nötig hätte. Angesichts des gegenwärtigen Standes der Lehrerbildung durch die Hochschule können wir auf weiterführende, didaktisch ergänzende Studien gar nicht verzichten. Diese Ausbildung steht bekanntlich durchaus keine speziell orientierte, situationsangepasste Vorbereitung dar für die Unterrichtsarbeit, weder pädagogisch noch fachdidaktisch. Die inhaltliche Ausrichtung des Studiums (insbesondere des Doktoratsstudiums an ausländischen Universitäten) ist kaum auf den Schulbedarf zugeschnitten. Im geisteswissenschaftlichen Fach beispielsweise bilden vergangene Epochen immer noch Schwerpunkte, ermüdende, unnütze Detailkenntnisse werden gehäuft, konzeptuelle und kritische Grundlagenforschung bleibt ausgespart. Alte Klagen. Die Universität versteht sich immer noch hauptsächlich als Stätte der Forschung, ist Elfenbeinturm elitärer Wissenschaft. Didaktiker zu sein, erachten gewisse Universitätslehrer immer noch als unter ihrer Würde. Daß sich darin seit einigen Jahren vielerorts ein Wandel anbahnt, war in den Lehrbefähigungskursen, die von Universitätsprofessoren gehalten wurden, nicht zu spüren.

Niemand leugnet, daß eine gediegene fachwissenschaftliche Ausbildung auch für den späteren Lehrer notwendig sei. Sie ist sein Arbeitskapital. Die Hauptschwierigkeit im Unterricht ist das didaktische Umsetzen von Eigenwissen über das Unterrichtsgespräch in Fremd- (Schüler-)Wissen. Das Eigenwissen sollte der Universitätsabgänger, zu großen Teilen wenigstens, mitbringen; das didaktische Umsetzen zu erleichtern, dafür Kriterien und Methoden zu erarbeiten, sollten die Lehrbefähigungskurse dienen; möchte man zumindest meinen. Die Kurse boten statt dessen zu fast vier Fünfteln summarische Wiederholung umfassender Stoffgebiete und vertieften dann bestehende Strukturfehler, anstatt für Defizite aufzukommen.

Umfassende Stoffvermittlung mag zum Teil gerechtfertigt erscheinen, wenn man den Umstand in Rechnung stellt, daß im italienischen Ausbildungsbzw. Lehrbereich Deckung zwischen Studien- und Unterrichtsfächern nicht notwendig ist; man durchaus Lächer, die man nicht studiert hat, lehren darf. Eine Rechtfertigung für die fast ausschließlich stoffvermittelnde Gestaltung der Kurse daraus abzuleiten, verbietet sich schon aus der einfachen Überlegung, daß in einem gedrängten Lehrgang eine Fachausbildung ex novo ohnehin nicht machbar ist. Sie war auch nirgends angestrebt; die Dozenten gingen augenscheinlich von einer vagen Absicht des Auffrischens des Universitätslehrstoffes aus und brachten, was sie gerade im Repertoire führten bzw. bereits seit Jahrzehnten führen. Daß die Dozentenauswahl und damit der Lehrstoff mehr improvisiert als programmiert war, dem Zufall (der Verhinderung wegen Urlaub heißen konnte) oder den Präferenzen irgendwelcher Professoren überlassen blieb, ging vor allem aus der im Juli kurzfristig angesetzten Vorbesprechung bzw. Programmdiskussion zwischen Kursteilnehmern und bereits verpflichteten Dozenten hervor. Von effektiver Einflußnahme konnte dabei nicht die Rede sein. Die Dozenten boten entweder keine Alternativprogramme an oder verzichteten ganz darauf, sich auf ein Programm festzulegen, was bei den Kursen dazu führte, daß in konfus assoziativer Manier Daten- und Faktenwissen ausgebreitet wurde, was eventuell der Selbstbestätigung des Professors dienen konnte, für uns Lehrer jedoch von keinem Nutzen war. Anfragen und Wünsche (z.B. nach einer Linguistik-Vorlesung) wurden sofort negativ beschieden: dafür sei kein Dozent aufzutreiben. Beteraden mußte auch der Umstand der weitgehenden Zusammenlegung von Klasse 40 (Sekundarschule) und 41 (Mittelschule). Was Mittelschullehrern z.B. eine parforcejagd-ähnliche Einführung in die österreichische Dekadenzdichtung fruchten könnte, wurde nicht gefragt. Bei verschiedenen Lehrveranstaltungen schien vor allem das Konzept der Plansollbefüllung obzuwalten, des Abwickelens der gesetzlich verordneten Stundenzahl je Fach. Man teilte uns mit, was man so zufällig bei sich hatte, niemand fragte nach dem, was wir brauchen.

Die Inhalte der Lehrveranstaltungen waren Repetition von an der Universität Gehörtem, fast zur Gänze, z.B. Germanistik: Barock gleich bei zwei Lehrern, beschränkt auf die Lyrik. Einführung in den barocken Roman (Grim-

melshausen), was im Unterricht sehr zugute käme, war nicht zu haben. Dann folgte wieder Lyrik, der junge Goethe (zum wievielten Mal?). Dazwischen etwas Mittelalter — rasch, rasch; dann österreichische Dekadenzdichtung. Für die Mittelschullehrer gab's noch etwas mittelalterliches Mysterienspiel. Schließlich Aufsatzlehre: die einzige Lehrveranstaltung im germanistischen Teil, die aus der Praxis heraus praktische Probleme verbalisierte. In der Geschichtsvorlesungen wurden Daten, Daten, Daten angeboten, vermischt mit einigen niveaulosen Angriffen auf alles und jeden (Habermas, Mitscherlich, Freud, Rohrer usw.) bzw. Schilderungen von Weltkrieg-II-Erlebnissen des Professors.

In der methodischen Kursgestaltung gab es neben der utergeribigen, unergiebigen Vorlesungspraxis (von den Lehrern dann als Frontalunterricht reflektiert) minimal die Möglichkeit des Gruppenarbeitens, didaktisches Novum oder Alibi für Modernität. Weil aber schlecht vorbereitet und zumeist dilettantisch angegangen, konnten auch hier kaum zufriedenstellende Resultate erbracht werden. Bei Gedichtinterpretationen sollte beispielsweise ohne irgendwelche Hilfsmittel, nach einem unwissenschaftlichen, wirkungslosen Deutungsverfahren gearbeitet werden. Die Ergebnisauswertung fiel aus Zeitgründen, d.h. weil der Professor das Gespräch zumeist monopolisierte, vielfach aus. Einzig eine in Gruppen erarbeitete Schlußbuchkritik im Bürgerkunde-Kurs brachte uns Gewinn.

Die Zielsetzung der Lehrveranstaltungen war vorwiegend kursformant, d.h. auf die Abschlußprüfung hingepilzt und dieser untergeordnet, im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen, die gerade dem Kurs selbst größeres Gewicht verleihen. Aus eigener Machtvollkommenheit errichteten die Dozenten Planziele, die der Kandidat erreichen sollte. Dies verhinderte eine Kommunikation der Kursteilnehmer untereinander, jeder strebte geradlinig auf die Abschlußprüfung zu. Deutsch ist ein Fach in Krise (und was wäre nicht in Krise an der Schule?); die Fachliteratur befiehlt uns darüber, in unserer Berufspraxis stoßen wir Tag für Tag auf diese Problematik, sich häufende Konfliktsituationen, gerade im Literaturunterricht, sind ein Indiz. Wir unterrichten nur noch mit schlechtem Gewissen, im Bewußtsein, daß Reformen notwendig, ja dringlich. Gerade die Lehrbefähigungskurse, möchte man meinen, seien das geeignete Forum für Grundsatzdiskussion, für Lehrplangorschung. Allein hier war diese Krisensituation noch unbekannt, hier herrschte eitel Harmonie. Unbehagen und Unzufriedenheit konnten so gut wie gar nicht artikuliert werden. Die Dozenten von jenseits des Brenners durften das Gefühl mit nach Hause nehmen, bei der deutschen Minderheit nach dem Rechten gesehen und kulturelle Entwicklungshilfe geleistet zu haben.

Ich möchte mich nicht auf eine destruktive Kritik beschränken; sie ist

einfach. Die Kurse boten Angriffsflächen genug. Was wir Lehrer brauchen und was in Zukunft bei der Organisation von Lehrbefähigungskursen berücksichtigt werden sollte, ist im folgenden kurz zu skizzieren.

Wir brauchen methodische Schulung, weniger Inhalte; wenn Inhalte, dann sicherlich nicht abgestandene Universitätsgelehrsamkeit und Historismus im dritten Aufguß. Inhalte und Methoden, die beiden Kategorien lassen sich weder in der Didaktiktheorie noch in der Unterrichtspraxis trennen. (Die moderne Didaktikliteratur ist dafür teilweise ein negatives Beispiel, indem sie häufig Methodendiskussion losgelöst von der über die Lehrinhalte führt und damit in verbalen Leerlauf steckenbleibt.) Methode resultiert aus Inhalt, Inhalt aus Methode. Wenn Lehrbefähigungskurse Inhalte anbieten wollen, dann neue Inhalte, Wissensgebiete, die im Unterricht von Nutzen sind und unsere Kenntnisse ergänzen bzw. erweitern. Für die Literaturpflege wäre endlich Einführung in neues und neuestes literarisches Schaffen zu verlangen, verbunden natürlich mit methodischen Hinweisen über die Transfermöglichkeit im Unterricht. Was die ältere Literatur anbelangt, so sollte man Neubewertungsversuche der modernen Forschung berücksichtigen. Das Mittelalter braucht nicht aus den Lehrplänen verbannt zu werden. Nur muß der Blickwinkel der Präsentation wechseln. Es genügt nicht, die sozialen Hintergründe des literarischen Schaffens im Mittelalter ein wenig zu skizzieren; Walther friert und bettelt um ein Loch, als armer Hund von Sängern durch die Lande ziehend. Das alles ist bis zum Überdruß wiederholt worden, ein altes Unterrichtsklischee. Wenn schon Mittelalter, dann auch Mittelalter-Rezeption im 19. und 20. Jahrhundert: Moralisierende Umdeutung von Walthers Liebeslyrik in der jungen Germanistik; Mißbrauch literarischer Bilder und Figuren, um Systeme zu stabilisieren, als Identifikationsschemata für Bourgeoisie und preußisches Herrscherhaus. Wenn Nibelungenlied, dann auch Wagners Neudeutung im Ring, wenn Siegfried, dann auch Hitler als barmherzigschmiedender Nibelungenheld. Im Fach Geschichte wäre natürlich eine Vorlesung über Gegenwartsgeschichte mit speziellem Bezug auf Südtirol zu verlangen.

Unzulänglichkeit und Realitätsferne der Kurse kamen vor allem im Hinblick auf die für jeden Lehrer primäre Frage der didaktischen Methode zum Tragen. Viele der Dozenten kannten weder die Schule an sich noch speziell unsere Schule, weder ihre Lehrpläne und Gesetze noch ihre Unterrichtssituation. Bis auf eine tendenziöse und ungerechte Polemik gegen die Bestimmungen, in den italienischen Lehrplänen Staatsbürgerkunde und Soziologie gegenüber Geschichte anzuführen, wurde das Thema auch nicht weiter problematisiert. Ein Lehrbefähigungskurs, der effiziente Hilfe anbieten will, mußte aber gerade aus dieser unserer

Situation heraus konzipiert werden, sowohl inhaltlich wie methodisch. Unsere Schulrealität ist nicht zu trennen von unserer politischen Realität, die die einer deutschen Minderheit im italienischen Staat bzw. einer italienischen Minderheit im südtirolischen Gebiet ist; hinzu kommen die ladinischen Täler mit ihren Besonderheiten in Sprache und Schulwesen. Die zweite Unterrichtssprache ist in der Regel nicht gleichzusetzen mit einer gewöhnlichen Fremdsprache (z.B. Englisch an Österreichs Schulen), sollte es zumindest nicht sein. Wir sind der italienischen Schulgesetzgebung global unterstellt, wenn auch im Rahmen der Autonomie Modifikationen vorgenommen werden: unsere Lehrpläne sind weitgehend mit den italienischen identisch und wie jene einer umfassenden Reform bedürftig. Wo sonst als bei einem Lehrbefähigungskurs wäre der Ort für angewandte Kurrikulumforschung gewesen? Zumindest hätte kooperative Ausarbeitung von Vorschlägen angeregt werden können. Zwar war bei einem Dozenten die Möglichkeit gegeben, als Abschlußprüfung einen Lehrplan zu entwerfen; zweckdienlicher wäre eine solche Arbeit aber während des Kurses gewesen, wo durch Diskussion unmittelbarer Nutzen für einen größeren Teilnehmerkreis hätte erzielt werden können.

Da die Schule Einfluß nimmt und nehmen muß auf das sich durch Berührung mit dem Italienischen stark verändernde Südtiroler Deutsch, wäre das Sprachproblem und die Sprechersituation eines der naheliegendsten Themen für Forschungsarbeit im Rahmen eines Lehrbefähigungskurses. Es genügt nicht, die Überfremdung durch Italianismen zu beklagen; für die praktische Arbeit in der Schule sollten endlich Richtlinien geschaffen werden. Konkret: wie verhalte ich mich als Lehrer gegenüber Neuwörtern, die meine Schüler ganz selbstverständlich gebrauchen? Die Kurse hätten können bzw. könnten in Zukunft Gelegenheit bieten, solche Fragen zumindest zu diskutieren, wenn nicht gar eine vorläufige Absprache unter Lehrern zu treffen, was an Italianismen toleriert werden dürfe. Unbedingt müßten die Italienischlehrer dabei konsultiert und zur Mitarbeit gewonnen werden. Mit dieser flüchtigen Berührung eines sprachwissenschaftlichen Themas kam einer der schwächsten Punkte der Kurse zur Sprache: die Grammatik. Linguistikkenntnisse sind bei den Südtiroler Lehrern im Durchschnitt gering; aber selbst eine gute Fachausbildung bewahrt vor Schwierigkeiten im Unterricht nicht. Neben der Frage des Umsetzens von Fachwissen in leicht faßlichen Grammatikunterricht bzw. des Einübens in den grammatikalisch korrekten Sprachgebrauch sind die Fragen der durch soziale (Dialekt — gehobene Umgangssprache) und ethnische Schichtung resultierenden und komplizierten Sprachbarrieren zu berücksichtigen. Solche und andere Probleme der Grammatik wurden in den Kursen dadurch umgangen, daß man

überhaupt keine Vorlesungen oder Übungen in diesem Fach ansetzte. In unserer speziellen Situation, die ja nicht nur gekennzeichnet ist durch Unsicherheiten, die aus der Überfremdung durch das Italienische erwachsen, sondern noch viel stärker durch allgemeine Kommunikationshemmung der Dialekt Sprecher (was sich auf die schulische Leistung negativ auswirkt), wäre eine kontrastive Grammatik, wie sie für verschiedene deutsche Dialektgebiete bereits geschaffen wurde (vgl. U. Ammon, Dialekt, soziale Ungleichheit und Schule, Weinheim und Basel 1973, 154 ff) von großer Hilfe. Für den Anfang genügten Beispielsammlungen auf Arbeitsblättern; als Muster könnte die Publikationsserie „Arbeitsreihen Deutsch“ (Klett Verlag) dienen. Die Zusammenstellung dorariger Lehrhefte wäre eine lohnende, konstruktive Aufgabe für einen Lehrbefähigungskurs; brauchbarer jedenfalls als eine halb improvisierte schriftliche Arbeit über irgendein fernliegendes Thema, die im Archiv landet und wodurch ein Nachweis der Lehrqualifikation schwerlich erbracht werden kann. Damit ist bereits auf einen Gegenstand Bezug genommen, der bei einem Lehrbefähigungskurs unbedingt zentral sein muß: das Schulbuch. In Südtirol ein Problem, das bisher nur Scheinlösungen erfahren hat. Wir beziehen unsere Schulbücher fast sämtlich aus dem deutschen Raum, neuerdings verstärkt aus der Bundesrepublik. Schön gebildete, technisch perfekte Lehrhefte. Jedem auch nur einigermaßen bewußten Lehrer wird sehr bald klar, daß sie nicht ausreichen, daß sie ergänzungsbedürftig sind. Das österreichische oder bundesdeutsche Schulbuch, angefangen natürlich bei den Geschichtsbüchern, aber selbst ein simples Rechtschreibkundebuch, u.zw. wegen der aus einem fremden Alltag gegriffenen Beispielsätze, spiegelt eine Realität, die nicht die unsere ist. Man unterschätze die Negativwirkung beim Schüler nicht; ein nationaler Minderwertigkeitskomplex oder eine Ablehnung des Schulbuches kann längerfristig die Folge sein. Keinem obskurantistischen Provinzialismus soll hier das Wort geredet sein; eine Orientierung nach draußen wird schon rein aus Gründen der Sprache immer notwendig bleiben. Jedoch gilt es endlich, dem kulturellen Kolonialismus entgegenzuwirken und aus eigenem eigenes zu bauen. Natürlich sind wir weder wissenschaftlich noch finanziell in der Lage, uns für jeden Fachbereich ein eigenes Schulbuch zu schaffen, wir werden es vermutlich auch nie sein. Zunächst sollten in einem Lehrbefähigungskurs die im Unterricht verwendeten Bücher einer kritischen Analyse unterzogen werden (was im Bürgerkunde-Kurs auch geschehen ist), im Hinblick vor allem auf die Implikationen, die sich aus den Elementen fremde Lebensweise, fremde Mentalität, fremde Anschauungen ergeben. Hierauf wären im Projektstudium neue Ansätze zu suchen; etwa das Zusammenstellen von Arbeitsblättern für spezielle Bereiche wie Gram-

matik, Literatur, Medienkunde. Besonders gravierend ist das Fehlen eines eigenen Geschichtsbuches für Südtirol.

Eine Diskussion, wie wir deutsche und italienische Südtiroler zu einem Lehr- bzw. Lernbuch kommen könnten, das endlich unsere Geschichte, insbesondere die der letzten hundert Jahre, behandelt, wäre ungleich nützlicher gewesen als stundenlanges Aubbörsen von heruntergeladenen Fakten aus der römischen Geschichte. Niemandem scheint es aufzufallen, daß der Südtiroler Schüler seine Volksgeschichte in keinem der Geschichtsbücher, aus denen er lernen muß, wiederfindet, daß ihm stets fremde Wirklichkeiten als Identifikationsmuster angeboten werden. Warum versucht man nicht, Claus Gatterer, dem wir für sein „Im Kampf gegen Rom“ nicht genug danken können, für ein derartiges Projekt zu gewinnen?

Von der Notwendigkeit, Lehrpläne zu diskutieren und neu zu programmieren, war oben mehrfach die Rede. Eine solche Problematik kam den Innsbrucker und Wiener Herren nicht entfallen in den Sinn. Literatur ist jedenfalls und fraglos schöne Literatur, jeder hat damit einverstanden zu sein. (Die außerordentlichen Lehramtskurse wagten hier Neuerungen; es wurde eine Vorlesung über Trivialliteratur gehalten). Themen für Forschungen, die man durchführen könnte und müßte: Grundsatzdiskussion über Sinn und Zweck des Literaturunterrichts überhaupt, über die Bewertungskriterien von literarischen Erzeugnissen; Projektstudium über die Notwendigkeit und Möglichkeit, den weiten Bereich der Trivialliteratur in den Deutschunterricht einzubauen; Bestandsaufnahme und Bewertung des literarischen Schaffens in Südtirol.

Der Hinweis, alle diese Projekte seien im Rahmen eines Lehrbefähigungskurses technisch nicht zu bewältigen, hält nicht stich. In den italienischen Kursen wurden beispielsweise Seminararbeiten geschrieben und von den Teilnehmern diskutiert. Warum nicht bei uns? Vor allen Dingen muß die Rolle des Dozenten neu konzipiert werden. Eine erste Forderung wäre, daß nur Kräfte mit Schulerfahrung verpflichtet werden sollen; unter den Universitätsprofessoren sollen nur solche ausgewählt werden, die sich in der Schulpädagogik umgesehen und geforscht haben. Der Kursleiter soll weit mehr die Funktion des Leiters, Einführenden und Koordinators der verschiedenen Forschungsvorhaben als die des Wissensvermittlers einnehmen. Befürchtet man Niveauverlust, wenn sich die Kurse nicht mehr mit Namen von etablierten Universtitätsgrößen schmücken? Der Weg wäre frei für wirkliche Arbeiten, und das bedeutet Niveauerhöhung. An die Stelle von Konzeptionslosigkeit, Verlegenheitslösungen und Zufallsdozenten sollte treten: Erstellung eines situativen Arbeitsmodells, das die Möglichkeiten bietet, kooperativ zu forschen, Bedürfnisse und Schwierigkeiten zu formulieren, Lösungen zu finden.

Peter Gsietner

Zu den Angriffen gegen die Südtiroler Arbeitermittelschule

Statement zu der von der SH veranstalteten Forumsdiskussion im Gemeindefaal in Bozen am 24.1.1976 (leicht veränderte Fassung)

Voraus schicken möchte ich etwas zu meiner Position, von der aus ich hier argumentiere: Im Schuljahr 1974/75 war ich als Assistent vom Psychologischen Institut der Universität Innsbruck gemeinsam mit einem Kollegen offiziell vom Schulamt Bozen als wissenschaftlicher und pädagogischer Berater für die Arbeitermittelschule eingesetzt und damit auch für einen Teil der Lehrerfortbildungsseminare zuständig. Das war eine ehrenvolle Aufgabe. Das sei deshalb betont.

-- weil wir einerseits in diesem Schuljahr für diese Aufgaben nicht mehr herangezogen wurden -- aus Gründen, die mir von offizieller Seite her nie dargelegt wurden,

-- weil wir für die damalige Arbeit das zugesagte Geld vom Schulamt bis heute nicht erhalten haben -- deshalb also eine „ehrenvolle“ Aufgabe.

Aufgrund der Betreuung im vorigen Jahr kenne ich die Situation der Südtiroler Arbeitermittelschule recht gut; und zwar nicht nur von außen, sondern auch von innen: d.h. ich habe mehrfach mit Lehrkräften Unterrichtseinheiten ausgearbeitet, war dann beim Unterricht selbst anwesend und habe ihn auch teilweise -- um die Objektivität der Auswertung mit den Lehrern zu erhöhen -- auf Torband aufgenommen.

Ich glaube, es ist wichtig, dies alles hervorzuheben, weil gerade der Artikel in den „Dolomiten“ vom 16.1.1976 zeigt, daß Leute über die Arbeitermittelschule schreiben, bei denen ich ernstlich zweifle, ob sie die Realität in diesen Kursen überhaupt kennen. Das Thema selbst, die Arbeiterbildung, halte ich für viel zu wichtig, als daß es verantwortbar wäre, mit globalen Unterscheidungen, Anschuldigungen und Diffamierungen in einem öffentlichen Medium zu agieren. Die Arbeitermittelschule ist wichtig, weil sie etwas dazu beitragen kann, daß das Recht auf Bildung und Ausbildung von einer breiteren Schicht der Bevölkerung wahrgenommen werden kann. Daß dies ein demokratisches Recht ist, steht außer Frage; und daß die Arbeitermittelschule in diesem Sinne einen Beitrag zur Demokratisierung leisten kann, ist am Widerstand derer ersichtlich, die den Aufbau der Arbeiterkurse behindern bzw. die dort Lehrenden und Lernenden diffamieren.

Aus meiner Kenntnis der Kurse möchte ich den Anschuldigungen, den Warn- und Unkenrufen, den immer und überall Schwarz- bzw. Rosaheern folgendes entgegen halten: (Ich beschrän-

ke mich dabei auf zwei Punkte, nachdem sich die Arbeiter-Schüler selbst schon in mehreren Schreiben und Le-sechreiben zur Wehr gesetzt haben.)

1. Das „Organisationskomitee 150 Stunden Arbeiterschule“:

Meiner Erfahrung nach ist im Schuljahr 1974/75 dem Schulamt weder gelungen, ein Konzept für die Durchführung dieser Kurse zu entwickeln noch konkrete Vorstellungen für die Lehrerweiterbildungsseminare bekannt zu geben. Sicher ist das Schulamt damit überfordert gewesen. Aber man sollte das dann auch offen zugeben und nicht davon sprechen, daß die Lehrerweiterbildungsangebote ausgeschlagen hätten.

Faktisch war es jedenfalls so, daß es vielfach den Organisatoren vom Schulamt nicht einmal geblüht ist, die Lehrer zum gleichen Zeitpunkt am gleichen Ort zu versammeln. Wenn es dennoch einmal zu einem Informationsaustausch zwischen den Lehrern bei gemeinsamen Treffen gekommen ist, so ist dies nicht zuletzt ein Verdienst des „Organisationskomitees“, das sich wenigstens bemüht hat, die klaffende Organisationslücke zu stopfen und das auch inhaltliche Vorstellungen von einer Weiterbildung entwickelte. Daß dieses Organisationskomitee sämtliche Initiativen in der Hand hat bzw. koordiniert, mag den Mitarbeitern des Komitees zwar schmeicheln, trifft aber nicht den wahren Sachverhalt. Dieser stellt sich nämlich so dar: Die Arbeitermittelschule schwebt heute immer noch am Rande der pädagogischen Abgründe. Es weiß noch niemand konkret, welche Lehrer für welche Aufgaben wie auszubilden sind. In dieser totalen Unsicherheit beginnt sich wenigstens eine Einsicht durchzusetzen: Ein Mittelschulkurs für Arbeiter kann auf keinem Fall das sein, was die Mittelschule für pubertierende Jugendliche ist. Die Konsequenzen aus dieser Einsicht sind weitreichend, sie zu ziehen kann nicht nur eine Sache des guten Willens einiger Lehrer sein.

2. Die unterrichtenden Lehrkräfte:

Den Lehrern wird in den „Dolomiten“ unterstellt, daß sie eine „ideologisch homogenen Block“ bilden (gemeint ist natürlich ein Linksblock) und daraus wird kühn gefolgert, daß sich alle Schüler ihrer Meinung anschließen müssen, daß die Schüler manipuliert zur Masse werden usw. Kurz gesagt: Der Untergang des Abendlandes scheint

wieder einmal in greifbare Nähe gerückt.

Ich kam dazu aus meiner Erfahrung nur sagen: In einem unterscheiden sich die Lehrer sicher nicht von ihren übrigen Kollegen: Bei jedem Treffen gab es unter den anwesenden Lehrern so viele unterschiedliche Meinungen wie Köpfe. In anderen Dingen meine ich doch Unterschiede feststellen zu können: Wenn jemals Pädagogen die Forderung, ihren Unterricht an den Interessen und Bedürfnissen der Teilnehmer auszurichten, ernst gemeint haben, dann waren es wohl die Lehrer der Arbeiterkurse. Daß in diesem Bemühen die eine oder andere Unterrichtsstände regelrecht daneben gegangen ist, zeigt letztlich ja auch nur, daß die Lehrer effektiv vor neue Aufgaben gestellt waren.

Denn was heißt „teilnehmerorientierter Unterricht“? -- eine pädagogische Forderung, die von den „Dokumenten“ unsinnigerweise in „teilnehmerorientierte Allgemeinbildung“ umgedeutet wurde: Das heißt, daß es dem Lehrer gelingen muß, Teilnehmerinteressen und -bedürfnisse als solche wahrzunehmen, ihnen zur Artikulation zu verhelfen und sie zur Diskussion zu stellen und sie schließlich auch mit seinen inhaltlichen Vorstellungen von Unterricht zu konfrontieren. Dies ist ein demokratisches Prinzip, ein Aushandlungsprozeß, bei dem die Diskussion ein wesentliches Element ist.

Und nur dadurch, durch die Realisierung des teilnehmerorientierten Unterrichts, kommt die echte Meinungs Vielfalt, kommen Pluralität und kritisches Bewußtsein in die Schule herein -- und nicht dadurch, daß man Lehrer, die man politisch links oder rechts einstufen kann, nach einem Zufallsprinzip über die Schulen verteilt; und auch nicht dadurch, daß man den Lehrern bis ins Detail vorschreibt, was alles zur „Meinungsvielfalt“ gehört.

So wird auf einmal klar, weshalb in den Kursen so vielfältige Themen aufgefaßt sind. Ich nenne einige: Die einen wollten wissen, wie man einen Erlagschein ausfüllt, die anderen, welches die wichtigsten Freundesverkehrsorte von Südtirol sind; die einen wollten wissen, wie der Gewerkschaftersatzungsgesetz ist, die anderen, wie es zum politischen Umsturz in Portugal kam; die einen wollten wissen, wodurch sich eigentlich die verschiedenen Gewerkschaftsbünde unterscheiden, die anderen, in wessen Interesse die Einführung der Fußgängerzone in S. war; die einen wollten Informationen über ihren Lohnstreifen, die anderen wollten wissen, was man dagegen tun kann, daß immer alles teurer wird; die einen wollten den Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus erklärt bekommen, die anderen die Hauptstädte von Europa usw. usw.

Hier liegt auch die unbewältigte Schwierigkeit der Kurse begraben: In Anbetracht dieser Vielfalt von Teilnehmerinteressen (und aufgrund der Tatsache, daß der Lehrer heute weniger denn je ein Universalgenie ist), muß

es gelingen, Interessen auszugleichen und eine Einigung darüber herbeizuführen, was für alle Kursteilnehmer wichtig ist zu lernen. Dann fallen also Entscheidungen über Lernziele. Sie werden je nach Teilnehmer und Lehrer verschieden sein.

Ich komme zum Schluß. Welche Perspektiven und Konsequenzen zeichnen sich ab?

Es geht nicht um den Ruf nach der starken Hand (oder dem starken Mann), nicht um den Ruf nach stärkerer Kontrolle durch Schulfamr und Direktoren. Der Ruf nach einem verpflichtenden Lehrplan, der Lehrziele bis ins Detail vorschreibt (so wie das Modell, das das Pädagogische Staatsinstitut in München vertritt). Hier genügen die „programmatistischen Richtlinien“ einstweilen völlig. Der Ruf muß in eine andere Richtung gehen: in die Richtung der besseren Qualifizierung und Weiterbildung der unterrichtenden Lehrer, der sozialen Ausbildung für

diese schwierige und unartige Aufgabe -- die nicht identisch ist mit der traditionellen Erwachsenenbildung! Die Lehrer brauchen Hilfe, Unterstützung und pädagogische Betreuung, und zwar dort, wo sich der Unterricht abspielt: in der Schule.

Zum Beispiel: Hilfe von pädagogischen Fachleuten bei der Formulierung von Jahresplänen und konkreten Lernzielen, Unterstützung bei der didaktischen Umsetzung, bei der Materialsuche und methodischen Aufbereitung und nicht zuletzt eine Betreuung bei der realistischen Einschätzung und Überprüfung, ob die Ziele erreicht werden sind. In diesem Beratungsprozeß und dem anschließenden Informationsaustausch findet die Qualifizierung und Weiterbildung statt. Alles andere nützt den Lehrern herzlich wenig. Alles andere hält sie und damit auch indirekt die Südtiroler Arbeiterschaft weiterhin in Abhängigkeit und Unmündigkeit.

Leserbrief

Der erste Schrei

Bei der Lektüre des letzten „Skolasten“ bin ich eingeschlafen, gleich nach brixen (norbert o. kasars stadtbilder). Ich hatte dann einen ungenuten Traum. Ich war auf dem Tschötscher Hübel, der Südwind trieb Wolken herauf, die den Vollmond immer wieder verdeckten, im Windschatten des Klosters stand ein korinthisches Gerüst. Endlich wurde mir klar, daß es sich um eine Malerstaffelei mit darübergespauertem Regenschirm und davorsitzendem Künstler handelte. Dier und gesohrt saß er da und malte mit spitzem Pinsel und noch spitzerer Verachtung ein apokalyptisches Bild. Im jahlen Mondlicht sah ich das Bild: eine Stadt voller Pfaffen, Nonnen, Schafe und Kleinkinder. Während über die Pfaffen und Schafe sich zumindest am Boden aufhielten, flatterten die Nonnen wild in den Lüften herum, saßen auf Dachrinnen und Leitungsdrähten und hackten den Speck und Würste essenden, Kleinkindern den Speck und die Würste vor der Nase weg, so daß diese ganz ab-

gemagert waren, wie der Maler selber. Gerade diese nicht einmal einjährigen, dünnen Kinder in nassen Windeln gaben dem Bild eine zusätzliche Schreckhaftigkeit.

Aber aus dem Hintergrund kam Licht und Wärme in das düstere Bild, dort stand der Thron der Apokalypse. Auf dem Thron befand sich nicht das Lamn, selbiges befand sich im Wappon ober dem Bild, sondern der Stall zu Bethlehem. -- Ach nein, es war nicht der Stall zu Bethlehem, jetzt begriff ich es erst, es war die Geburt des Künstlers. Dort lag es nackt, naß und nabelschnurbestückt und tat seinen ersten Schrei.

Dann war es wieder finster, ich hatte ausgeträumt.

Mein armes Gedächtnis behält nur die wichtigsten Sachen. Deswegen wird dieser erste Schrei noch in meinen Ohren klingen, wenn ich Bild und Traum schon längst vergessen haben werde.

Wolfgang Raffner

Camping Villaggio San Francesco

30020 Pario S. Margherita di Caorle (VE)
Tel. (0421) 8 90 37 - 8 90 98

sucht

Saisonpersonal für Empfangs- und Kassabüro

vorzugsweise Handels- oder Sprachstudenten(innen).

Verdienst nach Vereinbarung zwischen 220.000 und 300.000 Lire pro Monat plus Unterkunft.

klausen

fuer behaut aster *

noch war es nacht da beutete es einen noblen herin auf dem fuhrwerk zwischen faessern & saechen hin & her verschlafen lag das loch & sperrig an dessen ende die kapuziner bereits betend muenter waren. der freunde hoch stolz stehend bei ihnen die messe dann zog er an der pforte die glocke. er war bis auf die halskrause in die e in schwarzer spitzbart stach ganz schwarz & die engen hosen wiesen ihn sehr als mann aus. aus dem neemel zog er ein stueck pergament & ueber gab es mitsamt einem unfoermligen kasten dem bedaechtigten ploertner. es wachte einen resenkrauz bis der wied erkam & der mann ins innere bat. ins kastenfuertel war edles kirchenges chloer gebettet & auf dem pergament stunden gruete vom fernen bruder gab riel. dem spanier behielten die patres so lange als gast bis er nach stockfisch roch.

auf einem stein saß ein mann die beine uebergeschlagen den kopf in ein e hand gelogt & daruber fiel sein lan ges welliges haar. er simierte dachte di esen spacten fruehling zu ende nahm aus dem lederbeutel sein zeichenzeug skizzierte warf auf's papier tar recht ge nialisch ... zu seinen fuchsen lag das e ingeklamnte jewel des mittelalters da s gerade beim ausklagen war. oben das genic am werke urhartlehrt von ihm unten die bankloetzchenstadt die sich einen püffeling drum schrie nur sein gefolge & das pretzige getue hatten wübel gemacht in den gasbue usern besonders. da auf dem stein hat er frieden bis ihm ein paar rotzuben mit kirschkernen gezielt begpucken & verjagen.

stockdünke nacht war es so finster daß sogar die kapuziner tief schliefen zwischen pajm & sext. da sprante ein roß mit geklapper vors kloster einer

sprang ab haengte sich reißend an die glocke fluchte gottserbarmllich, das s schlaffe schlarfen der pauernschlapper auf dem gang klang ruh. heiß recht langsam & die kuechenlatetnische grub. formel des bruders war ein stachel mehr im zorn des wilden reiters. in seiner seißkalten zelle zitterte vor erregung der pater mit der spitzen nase seiner geieser sippe & dem fuchs igen bart aus der kapuze heraus. das k onnte nun dauern die franzosen faekel ten nie solang das konnte nun dauern bis der guardian geweckt den segen ge spendet die erlaubnis gegeben. schlafe nd mußte er sich stellen bis er gerufen wurde gebetsfetzen soldatengeschrei z erruß ihm den schaedel -- endlich -- er wetzte kuttenflatternd davon einen eisigen weihwassertropfen auf der glu ehenden stirn ein roß vorm haus dra uf warf er sich auf & davon das land war gerettet.

bozen

befolichte botenbüben der mezonati sehen kracmorseelen. b. ist der sitz fu er alles & der stundenplan der aemte r wird so unterschiedlich abgesessen daß dem mann aus sexten langlaufers oder pütsch mit seinem stempelpapier der lauf der behoerden zum spießbrat pschleichen wird. um den verdiplatz herum & auch darauf werden frische s arner buben verdröben in einigen nob erkaisipen bligen sich die stammatische reaktionärer unverbesserlicher weltve rbeasserer das vogelhaus hat spruenge & ist sitz fuer vökellei waehrend die kat bedrale der sitz des stierheiligsten herz en jesu ist. der verkehr rauscht es rau schu das rauschgift die talfer mit lieb endem volk auf dem rasen des bettes: dom im auge des keuschen zuechtigen x. untergrundlichtschesnes gelichter u oz halbhoerig von der kaufmannschaft hingenommen. ein sommerhaus am rit

ten dem geplagten geldschefflern wenn der porphyrkessel in sonnetlicher glut erslickt. b. ist dafür im winter saukalt & meistens schneefrei. verkehrsverbin dungen nach ueberalbin. flugplatz. bo he streikraten aber das trifft eher die walschen. das grausame krankenkhaus mitten in den krach des zentrums gese tzt & in moritzing das leere monster. von hier aus wird regiert: diktatur der hauptstadt nicht nur des althetikonze rns wegen diktatur in allen zipfeleien. hier beiaehlen mit zarten fingern hea ute die tauglichkeit der zuechtigere hi er vollzieht sich postenwirtschaft & ka hhandel mit dem menschenpotential d es heiligen landes hier wird das volk vertreiben & getreten verschaukelt verg aukelt verraten & fuer 30 silberne fue nfhunderter verkauft. hohe preise sie hend im hundertreck vor allargleichen gemoesestaenden. preisverleihungen je

der sorte januskopfkultur: hie welsch hie tuetsch. billiugustisch ausgerichtet. messe im erntenzeichen danach konze rt unsrer geliedeten freunde & hock ey. laubenkoenige aufgeblasene laubtr oesche hinter schreibmaschinen laubt roesche bespotten umen (= symboltrae chtiger bahnhofsbrunnen). advokaten winkeldadvokaten steuereintreiber verb rechthatz superkonkurse kauffhausstoff treppen unterfuehrungen verfuehrungen verschuldete verkehrsbetriebe & andere auch. industrie mit blauen flocken versicherte gelder goldener boden. gewalttaetigkeit der schloess er runderaum & faschistischer stein. (zeit) in der mitte. gewalt der kultur im soelenbraen der ral. sophia haucht ihr frauenherz aus. walther von geisti gen schnornren bedraengt findet in se iner matmaßlichen heimat keine ruhe nicht mehr ... b.

Sozialkritisches Volkslied — ja oder nein?

Der Beitrag von Irmaud Mair und der Brief von Elisabeth Brugger sind der Anfang eines Versuches, die Diskussion um das Volkslied, oder besser, um die Volkslieder in Südtirol auf eine hinreichend wissenschaftliche Basis zu bringen. Diese Diskussion soll allerdings nicht nur ein Anliegen der Spezialisten sein, sondern das Interesse aller kulturell aktiven Mitbürger werden, um dem allseits anwachsenden Ausverkauf kultureller Werte Einhalt zu gebieten und die dafür Verantwortlichen daran zu hindern, ihr unwürdiges Spiel weiterzutreiben.

I.

Die Volk-Welle ist immer noch ganz groß, in Europa und in Amerika. Liedersammlungen schießen wie Pilze aus dem Boden, je älter die einzelnen Lieder, umso besser, am liebsten hätte man altgermanische Kriegslieder. Bei uns ist das etwas anders: nicht, daß die Welle nicht ihre Opfer gefordert hätte; aber wir haben doch immerhin unsere Heimatgruppen, unsere AVS-Sänger und — nicht zu vergessen — unsere Meisterjodler, die gute alte Heimatlieder auf Platten multinationaler Firmen singen (wirklich nur ein reiner Zufall?). Und nur wenige fragen nach dem politischen und sozialen Wert solcher „Volkskultur“. Es ist Zeit, diesen Dornröschenschlaf — notfalls mit Gewalt — zu unterbrechen.

Die Situation ist bei uns heute schon so weit fortgeschritten, daß von einem lebendigen Volkslied kaum die Rede sein kann. Dazu fehlen zum Großteil die wirtschaftlichen Grundbedingungen: die bäuerliche Kultur ist in einem unauffaltbaren Verfall begriffen, und andere Klassen sind bei uns kaum halbwegs hinreichend ausgeprägt, auch die Arbeiterklasse nicht; und diese letztere, die an und für sich in der Lage wäre, eine organische Kultur aufzubauen, hat wegen der Mehrsprachigkeit Schwierigkeiten. Heute werden die Volkslieder größtenteils nur „ausgeführt“, d.h. funktionsungebunden nachgesungen, ganz wie ein von der Kulturindustrie hergestellter Schlager. Die Variationsformeln sind verlorengegangen; und so haben wir in den besten Fällen eine genaue, statisch-treue, aber singungsmäßig verfälschte Reproduktion, in den anderen Fällen Änderungen, die in jeder Hinsicht eine Verarmung des Materials darstellen.

Eine Bestandsaufnahme erscheint also dringend notwendig, wenn wir statt lebendigen Pflanzen nicht lauter entwurzelte Schnittblumen, wengleich in einer kostbaren Vase, (sprich: gute Ausführung) haben wollen.

Fragen wir nach den Gründen des

Erfolges der Volk-Welle, können wir eine Reihe von Antworten erhalten, die, verschiedene Ebenen analysierend, fast alle auf zwei zurückzuführen sind. Beide sind zwar noch nicht genügend geprüft und wissenschaftlich untermauert, versprechen aber gute Resultate, wenn sie konsequent durchstudiert werden. Die erste besagt, daß in Krisenzeiten, oder in Zeiten abnorm großen Wachstums, die Träger der kulturellen Entwicklung ihr Material aus der Vergangenheit beziehen. Die zweite behauptet, daß jede politische Bewegung in der Geschichte nach Vorläutern sucht und das entsprechende Material umfunktioniert, oder einfach nur nach ihm Ausschau hält (siehe das Interesse der Romantiker für das Mittelalter und das der linksorientierten Historiker für die Spartakus-Bewegung (Kowaliov) oder die Bauernkriege (Cantunori, Macek)).

Die Kulturindustrie hat auf ihre Art versucht, diese Welle, die reelle Wünsche der unteren Klassen enthielt, politisch zu „entschärfen“ und kommerziell aufzublasen. Die Produkte kennen wir alle: „waschechte Tiroler Lieder“, Lederhosenkultur, Mir-sein-mir-Ideologie, Schützenfeste, Trachtenfeiern und anderer kultureller Unfug, Regisseure: Platten-Mullis, Fremdenverkehrsvereine, Jungscharen, Verbraucher: ahnungslose Touristen und, natürlich, das Volk. Auch Rundfunk und Fernsehen spielen brav mit.

Solches rasierte der Philosoph Theodor W. Adorno, als er, vor ungefähr 30 Jahren, nach dem Wert der Volkskultur befragt, antwortete: „Es handelt sich ausschließlich um Abfallprodukte der Kultur der herrschenden Klassen. Dabei kann das benutzte Material durchaus gut sein. Entscheidend ist die einschleifende Funktion, die es in der heutigen Für-das-Volk-Kultur erhält.“)

Es ist nicht zweckmäßig, diese Phänomene ganz einfach zu umgehen. Tagtäglich werden wir mit ihnen konfrontiert und außerdem wissen die Herrschenden um die lähmende Funktion, die solche „Kultur“ auf die unteren Klassen ausübt. Was nun für sie recht ist, ist für die unteren Klassen nur billig. Eine pünktliche und tiefgreifende Analyse dieser Phänomene ist deshalb unerlässlich. Ein Volk, eine Interessengruppe eine Klasse, die die kulturelle Fähigkeit des Sich-so-Erkennens und mit ihr die Fähigkeit der Standortbestimmung ihrer selbst verlieren, sind auf lange Zeit hinaus ungefährliche Beute ihrer Gegner.

Daß solche Kultur nicht sozialkritisches ist, braucht wohl nicht eigens hervorgehoben zu werden. Wie steht es aber mit der Kultur, genauer, mit

den Liedern, die unsere Ahnen sangen? Waren sie zur damaligen Zeit sozialkritisches, halfen sie dem damaligen Volk zu seinem Selbstverständnis?

Und eine zweite Frage drängt sich auf: Ist eine „politische“ Lektüre der Volkslieder vom wissenschaftlichen Standpunkt her vertretbar, oder grober Unfug? Handelt es sich um eine gewalttätige Heutigens-in-das-Material-Hineininterpretation?

II.

In ihrem Brief scheint Elisabeth Brugger letztere Meinung zu vertreten, indem sie Irmaud Mair „politische Polemik“ anklagt und einige Thesen vorlegt, die ich im folgenden einzeln (aber die Lupe nehmen möchte). Damit möchte ich zeigen, wie unhaltbar diese Thesen sind: schon ihre Aufstellung zeugt nicht nur von mangelndem Fachwissen, sondern auch von einer, sagen wir, groben Oberflächlichkeit. Ihre politische Überzeugung tritt einigermaßen klar zutage; sie interessiert uns hier aber nur am Rande und ein Wort mehr darüber wäre wohl am Platz.

Doch nun zu den einzelnen Argumenten. Da treffen wir zunächst „unsere schönen Volkslieder, die im Alpenverein gesungen worden“. Das ist doch etwas allgemein gehalten, wie? Wenn man genauer hinsieht, entdeckt man da alles mögliche: Bergsteigerlieder, die kaum als Volkslieder einstufbar sind (auch wenn das Radio sie dazu abgespielt hat: Pulverschnee und Gipfelwind, Wir kommen aus den Bergen usw.), Wanderlieder z.T. aus Mittel- und Norddeutschland importiert, dazu vielleicht ein NS-Lied (oder wenigstens NS-Bearbeitung: Riesige Berge) und so weiter, alles fein säuberlich kritiklos dahergesungen, entweder schmalzig, heimatlich, einschleifend oder draufgängerisch-anturbar-schenhaft oder endlich mit „Hanzl-Lang-Effekt“.

Das ist traurige Wahrheit. Aber warum sollten die Leute auch anders singen? Es fehlt dazu ja jedes „Interesse“, das Mitten-drin-Sein, das allein eine gute Interpretation garantiert. Denn über den Tod des Volksliedes bei uns haben wir schon gesprochen; dies schließt allerdings eine Wiedergeburt aus der Asche nicht aus.

Weiters werden das „Horst-Wessel-Lied“ und „Giovinezza“ als Revolutionslieder hingestellt, was doch heute kaum vertretbar ist. Denn NS-Regime und Faschismus waren keine revolutionären Regierungen und ihre Lieder keine Volkslieder, sondern Lieder für das Volk. Der Marschrhythmus ist kein Zufall. Und es bleibt mir unklar, wie E. Brugger in diesen groben Fehler hat fallen können.

Und nun kommen wir zum zentralen Problem: sind Volkslieder sozialkritisches und ist eine „politische“ Lektüre angebracht, notwendig oder auszuschließen? Darf, mit anderen Worten, der Forscher seine kulturellen und politischen Überzeugungen bei der Forschung mitspielen lassen, könnte er überhaupt das Gegenteil tun?

Hier soll nur der Versuch einer Antwort gemacht werden: die Diskussion bleibt offen.

III.

Die bäuerliche Lebensweise, der der Großteil unserer Volkslieder entspringt, war eine äußerst harte: die Bevölkerung war stets im Kampf um das Überleben, das Lebensminimum und konnte sich deshalb unproduktive Kultur gar nicht leisten. Feste, Feiern, Kirchentage, Tanz, Märchen und Fabeln gehörten da ebenso dazu wie die harte alltägliche Arbeit, sie machten diese erträglich und sinnvoll. Oder: wer kennt nicht die pädagogische Funktion der Wiegenlieder, die nur heute gesammelt werden, während sie, wie Roberto Leydi¹⁾ aufzeigt, von den Frauen des Volkes laut gesungen wurden und nicht so sehr ein an das Kind gerichtetes Lied waren, sondern ein Versuch der Frau, sich und ihre soziale Position zu verstehen? Und alle kennen wir die pädagogischen Spiele (hopsa hopsa Reiter, Das ist der Däumchen usw.), eine erste Bildung und Erziehung zum Rhythmus, der in der oft kollektiv verrichteten Arbeit eine große Rolle spielte (man denke an das Dreschen, das Holzhacken usw.). Auch die „Liebeslieder“ des Volkes kennen keine unmittelbare Verhätschung. Was nicht heißt, sie unterlägen keiner Stilisierung und Formalisierung. Es gibt keinen härteren Maßstab als die tägliche Notwendigkeit und den täglichen Gebrauch: was dieser Probe nicht standhielt wurde fallengelassen, oft werden Lieder auch unfunktioniert oder den Ansprüchen gemäß geändert. Dabei ist zu bemerken, daß dafür weniger geografische als soziale Motive verantwortlich zu machen sind. Oft kann gar nicht von Liedern gesprochen werden, sondern eher von Motivkomplexen, die zum Teil dauernd in Bewegung sind, oder wenigstens wären, bis das Lied auf eine Platte gesungen wird. Ein Beispiel dafür ist „La lega“ (siehe dazu die Ausführungen des CD Lame und der Sandia Mantovani). Das gleiche Motiv haben kürzlich Feministinnen unfunktioniert: ein gutes Beispiel für lebendige Volksmusik.

Wie gesagt, in solcher Kultur gibt es keinen Platz für unnützen Tand oder nutzlose Ästhetik. Alles hat seinen Sinn und Zweck. Deshalb ist es nicht verfehlt, das Volkslied auch dann sozialkritisch zu nennen, wenn von Politik nicht direkt die Rede ist, denn das passiert relativ selten, denn nur sehr selten sprechen und singen Volksvertreter, die diesen Namen auch verdienen, mit rein theoretisch-politischer Sprache. Jedenfalls war das in den Bauernkulturen des Mittelalters und der Neuzeit so.

E. Brugger und alle, die denken wie sie, sollten versuchen, die Liedersammlung des Quellmalz in dieser Perspektive zu lesen. Sie würden zu erstaunlichen Resultaten kommen.

Wie verhält sich nun der Forscher, der sich dieser Kultur nähert? Wird er, wenn er die obigen Überlegungen

aufser acht läßt und einfach nur „Lieder sucht“, überhaupt an ein Ziel kommen?

Die Praxis lehrt, daß der Forscher sich ein Forschungsziel stellen muß, einen Vergleichspunkt setzen, den er mit dem Material, das neu hinzukommt, vergleichen wird und mit ihm in dialektischer Beziehung steht. Dieser Punkt kann diverse Namen haben. Der Treffendste scheint mir „Idealtypus“ (Max Weber 1907)²⁾. Außerdem ist es auch so, daß der Forscher, wenn er es auch wollte, den Bürger, den Politiker gar nicht obliegen kann.

Wer von objektiver Wissenschaft träumt oder andere davon träumen lassen möchte, ist selber genauso engagiert, wie der, der sich dieser Tatsache bewußt ist.

Hier soll nicht einer ideologischen Pseudowissenschaft das Wort geredet werden (wie etwa die NS-Rassenbiologie oder die Stalin-Marsche (Lingdistik), nur sollte E. Brugger wissen, daß, wenn sie Volkslieder lieber politisiert hätte, dies genauso eine politische Entscheidung ist, und zwar in eine ziemlich bestimmte Richtung. Was ich an einer solchen Entscheidung kritisiere, ist nicht die Richtung der politischen Haltung, denn wir leben ja in einem pluralistischen Staat, sondern den Versuch, sich hinter einer „neutral bis wissenschaftlichen Position zu verstecken“ (Weber 1907 ebenda).

Ich möchte an dieser Stelle, als Beispiel, wie man es machen könnte, die Arbeitsweise dreier italienischer Ethnomusikologen angeben. Es handelt sich um Diego Carpitella, Roberto Leydi und Pietro Sassu, alle drei geistige Schüler des Anthropologen Ernesto De Martino. Ihre Methode ist eine klare Abgabe an die „neutrale Wissenschaft“, wie auch an eine falsche Politisierung, die nur die Oberfläche behandelt und so kaum Resultate bringen kann, etwa nach dem Prinzip „Ach, das hier ist eine magische Entzade, von Politik ist da nicht die Rede, also weg damit!“.

Die oben genannten Forscher, besonders Sassu, heben die Bedeutung einer formalen und stilistischen Analyse auf allen Ebenen (Text, Melodie, Rhythmus usw.) hervor. Weiters müssen Funktion und Funktionswandel analysiert werden. Dazu ist viel musikalisches, sprachtechnisches und anthropologisches Fachwissen notwendig, aber nicht weniger wichtig ist ein klares politisches und kulturelles Grundkonzept. Dies sollte auch überlegen, wer ein Volkslied singt. Schon eine andere Singweise kann es seines ganzen Inhaltes berauben (ein banales Beispiel: man versuche das Lied von den zwei Königskindern oder „Wie schön ist auf den Höhen“ zu einer Götten Marschmelodie zu singen).

IV.

Zum Abschluß noch ein paar kurze Bemerkungen zu einzelnen Passagen des Briefes.

Soldatenlieder sind ein besonderes Problem: es gibt sie seit es den Solda-

ten als solchen gibt. Wir können das griechische PATANA, die römischen „Carmina triumphalia“, die meisten Soldatenlieder in unseren Liederbüchern gehen auf das 16. bis 19. Jahrhundert zurück, wenigstens als Grundmotive. In ihnen spiegeln sich die Widersprüche des soldatischen Daseins: Draußengertum und Todesangst, Ehre/Verschachtung für die Vorgesetzten, Vaterlandsgeklapper und Heimatliebe, Antiklerikalismus und tiefe Frömmigkeit, behaltendes Gelächter und hilfloses Weinen. Die Rolle des Befehlshängers zwang und zwingt solches auf (vgl. die italienischen canci della mata). Es ist außerdem nicht leicht festzustellen, welche Lieder „von oben“ und welche „von unten“ kommen, da Umfunktionierung und Textänderungen sehr häufig waren und sind.

Die Anspielung auf Zustände in der UdSSR paßt genauso gut hierher wie Schokoladentorte zu Olsardinen (wer macht also politische Polemik?).

Die Anmerkung des A. Quellmalz zum Lied „An einem Sonntagmorgen“ beweist nicht die Unhaltbarkeit der These von I. Main.

Ich muß dem hinzufügen, daß die von Quellmalz angegebene Singweise mir nicht bekannt war, obwohl ich mehrere Ausführungen dieses Liedes in Seis auf Band gespielt habe. Dies zerstört allerdings an und für sich nicht die These des Autors.

NE: Da ich mich auf diesem Gebiet weiterbilden möchte, bin ich für Kritik bzw. neues Material dankbar.

Anmerkungen:

- ¹⁾ In: Dialektik des Ethnozismus, zitiert von P. Ottacombi-Ruota, „Dove va la cultura popolare“, S. 207, La Segra Editrice, Bologna 1975.
- ²⁾ R. Leydi, Canzoni popolari italiane, Mondadori.
- ³⁾ In: Gesammelte Aufsätze, Mohr, Tübingen 1922.

Minderheitentagung

Die Südtiroler Hochschülerschaft veranstaltet am Dienstag, den 13. April 1976 im Bozner Gemeindesaal eine Tagung zum Problem ethnischer Minderheiten.

Das Hauptanliegen wird dabei auf das Problem der Slowenen in Österreich gerichtet.

Es werden daran teilnehmen: Vertreter der wichtigsten Slowenenorganisationen in Österreich und Italien, sowie der bekannte Minderheitenexperte SERGIO SALVI (Autor der Bücher „Le nazioni proibite“ und „Le lingue tagliate“).

Das genaue Programm wird über Rundfunk und Tagespresse bekannt gegeben.

Besprechung: »Profil« Nr. 1-12

Seit einiger Zeit gibt es in Südtirol eine neue Zeitschrift. Das Blatt begann anfangs nur für die rund 1200 Funktionäre bestimmt, im Oktober 1974 (Gemeindevahlen) bescheiden als „Rundschreiben der Jungen Generation in der SVP“, im Sinne „einer besseren Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der SVP-Jugend (dieser Name ist heute übrigens nicht mehr erwünscht), und heißt seit August 1975 „PROFIL“.

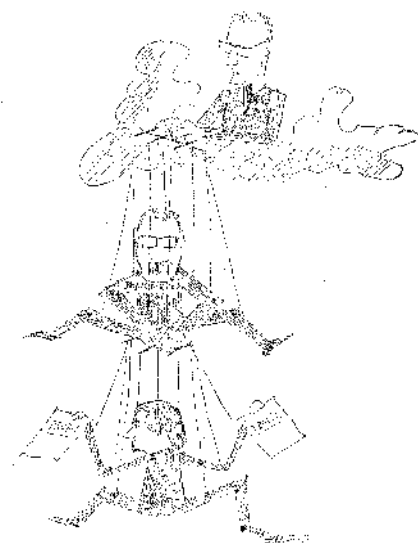
Das „Rundschreiben“ behandelt anfangs sehr parteiinterne Fragen, also z.B. mögliche Aktivitäten, Finanzierung usw. Besonders aufschlußreich sind hier die Überlegungen zur „Informationsarbeit“, weil die ja schon auch die Leitlinien von „PROFIL“ sein werden. Hören wir: „Was die Information betrifft, möchte ich hervorheben, daß in der Jungen Generation vieles geleistet worden ist, Gott sei Dank, weil nämlich in der SVP, leider Gottes, bis jetzt sehr wenig getan worden ist“, heißt sich Ortsjugendreferent Micht Ebner vernehmen. „Information und Kommunikation sind unabdingbare Elemente einer freiheitlichen Gesellschaft“, sagte JG-Boss Hans Benedikter, so ist zu lesen bei der letzten Landesversammlung zum Thema „Informationsarbeit“. Dem ist zuzustimmen, wenn man aufklärerische Information meint, die einem mündigen Bürger Kenntnisse und Materialien zur selbständigen Entscheidung vermittelt. Inwiefern die Vorstellungen von „PROFIL“ dem entsprechen, möge der Leser beurteilen.

„Johann Kofler lehnt sich abends, müde von der Arbeit, in seinem bequemen Polstersessel zurück. Am Schoß hält er einen Teller mit Wiener Schnittzel (l) und Kartoffelsalat. Während er mit der Gabel langsam einen Bissen nach dem anderen zum Mund führt, heften seine Augen am Fernsehschirm. Ob Krimi, Western, Tagesschau — das kann Hans Koller in den meisten Fällen nicht stören. Hauptsache: es flimmert und er bekommt etwas Neues zu sehen und zu hören.“ Nun beschreibt „PROFIL“ die raffinierten Methoden der modernen Werbung und ihre Auswirkungen; wie der „Weiße Riese“ von jedem Mann gekauft würde, andere Waschmittel, für die nicht so intensiv geworben würde, aber nicht, um dann die entscheidende Frage zu stellen: „Wie wüßt die Partei um mich?“ Denn „der moderne Wähler muß genauso wie der moderne Konsument (schließlich handelt es sich ja um ein und dieselbe Person) betraut werden. Die Werbung hat die Aufgabe den potentiellen Kunden mit dem zu verkaufenden Produkt (bzw. den potentiellen Wähler mit der wahlwerbenden Partei) bekannt zu machen.“ Trenn zu Dash, einzig im Edelweiß.

Mit einer Verbeugung vor der Ehrlichkeit dieser Zeitschrift, die also mit dem Ziel startet, es der Waschmittel-

reklame gleichzeitig, beginnen wir, nach Interessantem zu blättern.

Da ist einmal die Stellung zur „alten“ Generation: „Das Gewissen der Partei“, so Oswald Baccosta, solle die JG sein. Und etwas, schreibt „PROFIL“, gebe es in der JG nicht: „Kritiklos das Übernehmen und Nachleben, was von oben diktiert wird... Die Jugend kann und soll mitunter bei der Diskussion verschiedener Probleme eine andere Haltung einnehmen als die Partei. Parteiohmann Dr. Magnago hat in diesem Zusammenhang mit Recht auf die Aufgabe der JG verwiesen, durch ihre kritische Einstellung für Erneuerungen vor allem auf dem sozial-kulturellen Sektor zu



soigen. Nur durch eine vernünftige Differenzierung ist es der Jugend in der SVP möglich, jene Kreise und Schichten der Bevölkerung anzusprechen, die der Partei heute eher skeptisch gegenüberstehen.“ Hier stößt man also schon gleich auf eine der Grundfragen: bedeutet die „progressive“ Haltung der JG Opposition oder Arbeitsteilung? Die Selbstdarstellung der JG ist eindeutig: Man ist fortschrittlich, kritisch, modern, aufgeschlossen — und zwar viel mehr als „die Linken“, die „schon bei Karl Marx im 19. Jahrhundert Halt machen.“ Die SVP-Jungen sind „keine weltfremden Polit-Fantasten, sondern junge Leute, die mit beiden Beinen auf der Erde stehen. Und an die Zukunft denken. Die geht uns nämlich alle an.“ (Einer der Spitzsätze auf den von der JG verteilten Stundenplänen). Slogans der „Jungen Union“, der CDU-Jugendorganisation; man fühlt sich an die Biedenkopfpropaganda von der „neuen“ CDU erinnert. Dort, wie hier, sucht man eine alte, konservative Partei aus

dem Dunstkreis von Assoziationen wie „reaktionär“, „konservativ“ und „nicht-demokratisch“ zu lösen. Biedenkopf hat die Union vom dem Reich der Reform-Feindschaft befreit, ihr eine moderne Organisation gegeben und sie als liberale Partei präsentiert — in der Praxis aber ging es weiter mit Dreyger und Strauß. Es ging also, wie Herfmann Scheer schreibt, „nicht mehr um Erfolg durch eine erneuerte Politik, sondern um den Erfolg durch eine bessere Vermarktung der prinzipiell unveränderten Politik. Für deren zeitadäquate Durchsetzung genügt es dann, die überflüssigen ideologischen Schuppen abzustreifen, um auf die Ideologiebestandteile achten zu können, auf die es eigentlich und wesentlich ankommt.“ Ist Benedikter der Biedenkopf der SVP? Dem Anspruch der SVP, eine Sammelpartei zu sein, nach, könnten Benedikter, die JG sowie auch die sogenannten „Arbeitnehmervertreter“ aber einen eigenständigeren Kurs steuern als ihre deutschen Kollegen. Das alte Problem taucht auf: Kann es innerhalb der SVP überhaupt eine Opposition geben, kann eine Partei verschiedene, ja entgegengesetzte Interessen vertreten? Die sogenannte Partei-„Minderheit“, als deren Vertreter sich Benedikter ausgibt, brachte beim Parteikongreß eine Resolution ein, die sich so „sehr“ von der Mehrheitsresolution unterschied, daß sie zusammen mit ihr angenommen wurde; die Resolution der JG wurde nicht einmal diskutiert, obwohl sie als 3. von 9 Resolutionen eingereicht worden war...

Ob die JG eine eigenständige Linie entwickeln kann oder ob sie nur alte, konservative SVP-Politik modern und verkappt-progressiv verpackt an den Mann zu bringen versucht, werden uns die nächsten Monate und Jahre zeigen. Die organisatorische Arbeit der JG scheint getan zu sein; nun wartet man auf konkrete politische Arbeit, klar Stellungnahmen „PROFIL“ verspricht auch, das zu tun, in jeder Nummer soll ein aktuelles Thema, ein „heißes Eisen“ kritisch angepackt werden, aber, ach, das erste „Eisen“ ist die Nacktkultur! — Freilich, damit tut man niemandem weh. (Die Parteileitung protestierte trotzdem.) Doch es wird schon besser: eine kritische Stellungnahme zur Brugger-Erklärung (man ist sich bewusst, daß gerade die linken Parteien immer sehr viel Verständnis für die Autonomiebestrebungen der Südtiroler hatten), ein Artikel über das neue Buch von Harich, das allerdings etwas mißverstanden wurde (Harich „gesteht“ gar nichts), der „unerschrockene“ Klaus Stocker (weil er gegen die Diskriminierung der Jugendvertreter auf dem Kongreß protestiert hat) schreibt über „Das Recht der Südtiroler auf Arbeit in der eigenen Heimat“. In der Stellungnahme zu den Spanier-Hinrichtungen macht man es nach alter Dolomiten-Regel: man muß dreimal Sotschenizyn sagen, bevor man einmal die Folterungen in Chile erwähnen darf. Auf die Distanzierung von der Linken wird großer Wert gelegt: „Wer im Südtirol des Jahres

1975 hinter der wirtschaftlich-sozialen und politischen Entwicklung so weit nachhinkt, daß er von Begriffen ausgeht, die von der geschichtlichen Wirklichkeit längst überholt sind, hat sich als Gesprächspartner selbst disqualifiziert." Es fällt ins Auge, daß man den Anschein zu erwecken sucht, als stünden linken utopischen und konfuse Vorstellungen gegenwartsverpflichtender, konkreter Aussagen der JG gegenüber. Aber übernimmt nicht die JG also reformistische Härte, präsentiert heute das, was noch gestern von ihren eigenen Parteikollegen als zu „rot“ bekämpft wurde, und vermischt das alles zu einem nebulösen Pöhl-Potpourri?

Was gibt es weiter? Texte von Arbeitspapieren, vorgelegt von den einzelnen Bezirken, z.T. kritisch z.B. der Fanwurf des Bezirkes Pustertal: „Aktion Namensänderung“, „Die Südtiroler und ihr Fernsehen“, einiges über Sport, Berichte von Achavüller/Braunzeile zu Wirtschaftsproblemen. Manchmal muß man lächeln, so über die Titel. Sogar eine „satirische Glosse“ unterschreibt ein „Landesjugendreferent-Stellvertreter Geom.“! (Wie kommt man übrigens dazu, einen Rallemer als Ausbund des Konservatismus und der Reaktion zu verhöhnern, weil er gegen den Nudismus ist, wenn man mit Toni Ebner und womöglich auch mit Mister X in einer Partei sitzt?) Dazwischen werden Ferienstellen als Reisebegleiter angeboten — Peterlini macht das jetzt also über das Landesjugendsekretariat.

Besonders interessant für uns Ober- und Hochschüler sind die wiederholten Hinweise auf „unser“ Problem: „Die Arbeit an den Oberschulen ist für eine Partei und vor allem für die Jugendorganisation der SVP sehr schwierig. Unserer Partei stehen viele Jugendliche mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber. Das rührt z.T. von fehlender Information und vom Hauch des Konservativen, der der Partei leider zu Unrecht (sic!) anhaftet, und zum Großteil von der verleumderischen Kampagne, die linksoppositionelle Gruppen immer wieder betreiben. Diese außerparlamentarischen Agitatoren versuchen unserer Partei Dinge in die Schuhe zu schieben, für die sie gar nichts kann! Kann man auf die Position der JG zu einzelnen Schulproblemen, die laut „PROFIL“ „modern ist und nicht viele Angriffsflächen bietet“ (die JG ist übrigens auch gegen eine Uni in BZ.), hier nicht weiter eingehen, so soll doch auf diesen Punkt hingewiesen werden: an dem oft be-

schworenen „gestörten Verhältnis“ Partei-Schüler ist erstere unschuldig — „Durch eine unablässige Hetzpropaganda extremer Linksgruppen und mancher Oppositionsparteien ist in der Vergangenheit besonders in der Oberschule ein verzerrtes Feindbild der SVP und damit verbunden auch der jungen Generation entstanden.“ Nun, wenn man dafür noch keine anderen Ursachen erkennen hat, wird's wohl noch ein Weilchen so bleiben...

Schließlich noch die Haltung zu den Gewerkschaften. Daß für einen Südtiroler nur der ASGB als Gewerkschaft in Frage kommt, steht für „PROFIL“ außer Diskussion — doch wird immerhin den Vertretern einer Gewerkschaft das Wort überlassen, was auf jeden Fall zu begrüßen ist. Die JG stellt sich, so geht aus „PROFIL“ hervor, anders zu Gewerkschaftsidee überhaupt, als der große Teil der Mutterpartei, doch neben dem großen Artikel über die Gewerkschaft in der Nummer 12, dessen Titel versichert, die JG sei „nicht so verkorkst“ wie die alte, steht einer mit dem Titel „Selbst-

mord — ja oder nein“, der in gewohnter reaktionärer Weise das alte Märchen von den Arbeitern erzählt die durch ihre übertriebenen Forderungen das „freie Unternehmertum“ und „die Wirtschaft“ kaputtbrachten. Und da erweisen sich die gewerkschaftsfreundlichen Sprüche halt wieder als Bluff.

Bilanz? Benedikter sagt, er sei der größere Feind der Südtiroler Konservativen als SFP, SPS und Kommunisten zusammengenommen (bei der Diskussion auf der SE-Bude in Florenz), die JG gibt sich kritisch und progressiv. Was ist dran? Nun, man wird in Südtirol genug Gelegenheit bekommen, das unter Beweis zu stellen. Hat „PROFIL“, hat die JG den Mut, sich mit streikenden Südtiroler Arbeitern (gegen Südtiroler Unternehmer) zu solidarisieren? Wird man im Gemeinderat und Landtag gegen die „Aiten“ stimmen? Unterscheidet man sich nur in moderner Strategie und Methode oder auch inhaltlich, macht man die Einheitspartei wirklich zur Sammelpartei?

Unglücklich warten wir ab

martin abram

Kommentar zu Pepi Zoderers »Die elfte Häutung«

Das neue Bündchen Pepi Zoderers ist erschienen, es hat nicht enttäuscht, ausgemässigt ist es dem vorjährigen „'s Maul auf der Erd“ sehr ähnlich, kritisches Bewusstsein und Veränderung sind die Hauptanliegen.

Pepi Zoderer nennt seinen neuen Band: „DIE ELFTE HÄUTUNG“, erst wer sich einmal, oder tausendmal gehäutet hat, wird dem Leben auf den Grund kommen.

Zoderer hat selbstverständlich viele Mechanismen dieser Gesellschaft durchschaut und bringt dies hier zum Ausdruck, wer ihn kennt, wird in seinen Gedichten immer wieder Selbstbildnisse finden, viele seiner Gedichte gelten nicht nur für ihn, sondern für viele seiner Alters- und Geistesgenossen:

glaub mir mein sohn
ich bin mein sohn
ein antiautoritäres typ mein sohn
denn mein sohn
mach mirs nicht schwer mein sohn
und lern auch du mein sohn
in den topf zu kacken

auf dem weg zu seinen idealen merkt
der selbstkritische mensch auch immer
die schwierigkeiten, halbtheiten und un-
zulänglichkeiten seines bemügens.

mit einem engpaß
harte ich gerechnet
nicht mit einer durststrecke

in zeiten, wo sich für und wider nicht
klar abschätzen oder gegeneinander
aufrechnen lassen, hofft man eben.

und

hofft ihr vielleicht nicht
daß sich etwas ändert

oder man spielt

lauf mit mir übers feld
ich will dir ein loch in der aufgewühlten
erde zeigen

der vorliegende band ist in hochdeutscher
verfaßt, was ihn einer breiteren deut-
schen leserschaft zugänglich macht,
freilich fehlt dadurch der reiz des dia-
lekts, der sein „'s Maul auf der Erd“
so nah macht.

Zoderers sprachgebrauch und die
zeitweise absurd anmutenden gedan-
kenfolgen werden manchmal einigen le-
ser den zugang zu seinen gedichten
schwierig erscheinen lassen, doch wird
man bei näherer befaßung schock,
absurdes, zweideutigkeiten und humor
als kreative provokation empfinden.

In der mischung von deutschem und
italienischem text spiegelt sich die per-
son eines südtiroler intellektuellen wi-
der, der bereits in der zweiten sprache
schöpferisch zu werden beginnt
und sich damit neue möglichkeiten ge-
schaffen hat.

Im Camping Capalonga

(30020 Bibione Pineta, Venezia)
werden zweisprachige Telefonis-
ten und Angestellte für die Re-
ception gesucht Bewerber mit
Englischkenntnissen werden be-
vorzugt.

Weibliche Bewerberinnen haben
Vorrang.

Anfragen an die Campingsie-
lung, Telefon (0431) 4 53 41

Oskar Ausserer

Das Patriarchat

B. Bornemanns Werk ist meines Wissens der erste ernsthafte und konsequente Versuch der historischen Sexualwissenschaft, aufzuzeigen, wie der Mann die Macht im Laufe der Zeit erblich an sich binden konnte, wie er im Lauf der Geschichte sich das Weib untertan machte. „Das Ansehen der Frau, so Bornemann, ist so hoch oder so niedrig wie ihre wirtschaftliche Bedeutung.“ Seit J.J. Bachofens ‚Mutterrecht‘, E. Engels ‚Ursprung der Familie‘ und W. Reichs ‚Einbruch der sexuellen Zwangsmoral‘ ist keine ebenbürtige Abhandlung über das Sexualleben in der menschlichen Frühgeschichte geschrieben worden.

B. Bornemann lehrt an der Universität Salzburg. Er opferte 40 Jahre seines Lebens für die Vollendung seines Hauptwerkes. Er studierte Vorgeschichte bei V.O. Childe, Ethnologie bei B. Malinowski, Psychoanalyse bei W. Reich und G. Rohm und kann sich rühmen, einer der ersten nicht-jüdischen Deutschen zu sein, die wegen ihrer ‚linken Überzeugung‘ aus dem Hitlerstaat fliehen mußten.

Der Grundgedanke des Werkes ist, daß die Ergreifung der Macht über Frau und Kind seitens des Mannes größere Auswirkungen nach sich zog als der Übergang von der Sklaverei zum Feudalismus, oder vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft, weil diese im Schatten dieser ersten gesellschaftlichen Veränderung liegen. In einer Gens oder Sippegesellschaft, in der die Abstammungsfolge matrilinear erfolgt, und in der es keinen Privatbesitz gibt, weder an Werkzeugen noch an Grund und Boden, in der nur die Blutsverwandtschaft und nicht die Staatsangehörigkeit zählt, in der Kollektivismus und nicht Individualismus, Zusammenarbeit und nicht Konkurrenz die Menschen verbindet, in der alle gleichmäßig, ohne Ansehen ihrer Leistung, versorgt werden und nicht Belohnung und Strafe im Verhältnis zur Leistung stehen, in einer Gesellschaft also, in der Selbstständigkeit vor Autorität, Vergabung vor Bestrafung, Prophylaxe vor Therapie, Liebe vor Pflicht, Kreativität vor Leistung stehen, in der schließlich die Arbeit als körperliche Befriedigung, energetisch der Sexualität gleichgestellt — ohne diese natürlich ersetzen zu können, empfunden wird, in dieser urkommunistischen Gesellschaft also ist es ganz offensichtlich, daß das Leben jedes einzelnen und das der Gruppe sich viel reibungsloser, nervosefreier und glücklicher abwickeln und entfalten kann.

Erst als sich Mann und Frau als unterschiedliche Wesen empfanden, als sie den „kleinen Unterschied“ entdeckten, begann der Mensch erstmals als Individuum zu fühlen, das erstmalig grenzte er sich von den anderen Sippenmitgliedern als Individuum ab. Es begann die Arbeitsteilung nach Geschlechtern und mit ihr absichtlich die Unterdrückung der Frau, die später wie auch heute noch vor den heimischen Herd gestellt wurde. Mit der Erfindung des Pfluges konnte der Mann diesen Prozeß der Unterdrückung beschleunigen, denn die bis dato als Sammlerin tätige Frau wurde wegen ihrer summe „unökonomischen“ Arbeitsweise das erste Mal als minderwertig betrachtet. Dadurch, daß die Frau immer zu Hause bleiben mußte, blieb ihr die Möglichkeit verschlossen, auf der Jagd Erfahrungen zu sammeln und daraus zu lernen, d.h. sich eine gewisse Intelligenz aneignen zu können. Als der Mann zusätzlich noch entdeckte (nach der Heimkehr von längeren Beutezügen reichten Nachkommen), daß er bei der Zeugung von Kindern nicht ganz unbeteiligt ist, stieg sein Selbstbewußtsein ins Pathologische. Er mußte also nur noch die Abstammung gesetzlich unter seine Kontrolle bringen (biologisch war es ihm ja nicht möglich: mater semper certa est) und er konnte akkumuliertes „Eigentum“ „seinen“ Söhnen weitergeben, vererben. Erst die Entwicklung der sozialen Hierarchie hat also aus dem Gemeinschaftswesen ‚Mensch‘ ein Individuum gemacht, das auf sich allein gestellt war, nicht mehr im Schutz

seiner Gentilgemeinschaft, sondern im ‚Schutz‘ einer künstlichen, willkürlichen Gemeinschaft, dem Staat.

Bornemann demonstriert und erklärt äußerst ausführlich und genau die soziale Basis und den sexuellen Überbau in Hellas und in Rom, räumt endlich mit dem Irrglauben an eine griechische Demokratie auf und entlarvt diese Scheindemokratie als Machtorgan gegen die unteren Schichten. Dies wurde so gehandhabt, daß man die Definition des freien Bürgers (und nur freie Bürger durften wählen) schlieghend ausdeutete, daß nur die verlässlichen Bürger wählen konnten. Als zweite Sicherheit wurde der jeweilige Wahltermin so angelegt, daß die freien Bürger, die außerhalb der Stadt wohnten und nie so aktiv am politischen Leben teilnehmen konnten, daher auch nicht alle Vorteile der Vorterrschafft genießen konnten und somit auch eine potentielle Gefahr für gewinnbringende ‚Neuerungen‘ darstellten, den Wahlort schwer erreichen konnten, zumal am frühen Morgen gewählt wurde.

So waren von den ca. 35.000 Stimmberechtigten immer nur etwa 3.000 anwesend. Der ‚demokratische‘ griechische Staat war auf Sklavenwirtschaft aufgebaut, denn so Aristoteles: „Ohne Sklave ist die beste Art des Eigentums, er ist das vollkommenste aller Werkzeuge“. Die Frau wurde systematisch unterdrückt, nur der Mann war edel: die Homosexualität die einzige edle und kreative Geschlechtsbeziehung. Hesiod begründet: „Zeus hat die Weiber den Männern als Plage geschickt, voll von bösen Plänen“. Eine ähnliche, wenn auch nicht adäquate Situation herrschte in Rom, wo ebenfalls die Frau unterdrückt wurde und Besitz des Mannes war. Mit panischer Angst wurde darauf geachtet, daß die Macht nie in die Hände des Volkes gleiten



wird. Cicero warnt: „Das Stimmrecht darf nie in die Hände der Menge, sondern muß in diejenigen der Besitzenden gelegt werden“.

Nach dieser für die Menschheit und insbesondere für den Mann beschämenden Analyse der Geschichte, fragt man sich, wie E. Borneman etwa Gegenwart und Zukunft sieht. „Der Mann (der Gegenwart) neigt dazu, die Frau als dumme hinzustellen. Dabei ist aber stets er selbst der Schuldige, denn er selbst hat versucht, für was er sie verantwortlich hält“. Die Frau wurde dermaßen entmachtet und entmenslicht, daß sie sich im Laufe der Zeit gar nicht mehr bewußt wurde, daß sie teils zur unbewachten Arbeitskraft des Mannes wurde. Angriff, Aggressivität, Gewalt, alles Attribute des Männlichen gelten immer noch als mutig und selbstverständlich. Der Mann, der sich durchsetzt und ‚Erfolg‘ hat, der also seine Mitmenschen besser manipuliert, ausbeutet und betrügt, sich gut durch die Konkurrenz ‚schlägt‘ oder ‚boxt‘, dieser Typus wird allgemein verherrlicht und geehrt. Für echte Liebe ist kein Platz, darauf weisen schon unzählige Legenden hin, die mit dem Tod zumindest eines der beiden Liebenden enden, gewissermaßen als Lösung des unheilbaren Zustandes. Die Geschlechter sind extrem polarisiert, in zwei Klassen aufgeteilt. Jede Angleichung der Geschlechter wird mit Angst und Besorgnis beobachtet, und handelt es sich um noch so Kleinigkeiten, wie längeres Männerhaar. Man hat Angst vor der Angleichung der Geschlechter, man fürchtet, daß die Frau wieder an Bedeutung gewinnen könnte. Der Mann tut zwar so, als ob er das Gegenteil erreichen wollte, aber das ist nur Schein, wie es uns ja der Alltag zeigt. Die Geschlechterdifferenzierung muß umgekehrt abgebaut werden, denn wo wahre Gleichberechtigung herrscht, ist eine Betonung der Geschlechtsmerkmale überflüssig.

Weil wir jeweils ein höheres Stadium der Sozialentwicklung erreichen, so müssen wir befaßt und geübt un-

sere Geburten regeln, denn je mehr Münder, desto weniger Essen, je weniger Essen, desto weniger Überlebende. Es bleibt der Menschheit nichts anderes übrig: erstmals kann sie sich nicht mehr vom Konservatismus den Weg weisen lassen, sondern muß bewußt und mit allen verfügbaren Kräften einen Eingriff in die bestehende Gesellschaftsordnung wagen. Man darf sich allerdings nicht dazu verleiten lassen, so wie es die Frauenbewegungen praktizieren (nach dem Motto: was der kann, kann ich auch), sich als bloße Opposition zum Bestehenden zu erschöpfen, sondern muß Alternativen schaffen, die Mann und Frau eine bessere Zukunft garantieren.

Mans Weiss

Franz Innerhofer: Schattseite

Residenz Verlag Salzburg, Lit. 8791.

Das ist der Roman vom neuen Leben des Franz Hoil. Vom unehelichen Bauernsohn, der auszieht, um Arbeiter zu werden. Ein Entwicklungsroman, möchte man meinen.

Aber von Evolution ist wenig zu spüren. „Ich griff nach der blauen Schiefelkappe, die ich neben mir auf der Bank liegen hatte, stand auf und ging hinaus ins Freie. Ich fühle mich weit zurückgeschickt, in eine Zeit, als die Tage mit Verzweiflung anfangen. Die leblosen Gegenstände glotzten mich auf einmal wieder an.“

Dies ist mehr als ein Entwicklungsroman. Es ist die Geschichte einer langen, schmerzhaften Wiedergeburt.

Die Fabel selbst ist schnell erzählt. Hoil, unehelicher Sohn des Bauern Lein, verläßt den Hof seines Vaters und beginnt eine Schmiedelehre, die er als Facharbeiter abschließt. Er geht in eine Fabrik; damit endet die Handlung.

Innerhofer macht es dem Leser schwer. Er baut nichts auf, er wirft einem die Sätze vor, es gibt keine Nuancen, keine Verschnaufpausen, die Worte, die fallen, sind hart und schwer, seltenweise keine Absätze, keine langsamen Übergänge, zerfetzte Sätze fliegen durch die Gegend.

Dies ist die äußere Erscheinung eines inneren Zustandes: „Ich dachte aber nichts zu Ende, weil ich innerhalb von zwei Wochen schon zu einem Opfer geworden war, wider trottelhafte Züge angenommen hatte: stumpfsinniges Geschau, schiefes Lachen, unterwürfige Hilfsbereitschaft, Verschwiegenheit, leicht herunterhängende Unterlippe, rötliche Gangart.“

Hoil läßt sich heringelegt sein Entschluß; bei Bruckmann eine Schmiedelehre anzufangen, scheidet ihn um Jahre zurückzuwerfen: „Ein Jahre Ängste und Gehorsam, und nun sollte ich

Indem der Mann die Frau beherrscht, beherrscht er auch gleichzeitig sich selbst: ein kurioses Paradoxon des Patriarchats.

„Das Patriarchat ist nicht nur die Diktatur des Mannes über Frau und Kind, sondern auch die Ideologie eines ausbeuterischen Produktionssystems, das alle Beteiligten korrumpiert: nicht nur die Unterdrückten, sondern auch die Unterdrücker, nicht nur die Ausgebeuteten, sondern auch die Ausbeuter. Will die Frau sich und ihre Kinder je von der Tyrannei der Klassen- ausbeutung befreien, so muß sie nicht nur das Patriarchat, sondern auch das Produktionssystem verschlagen, das über zugrunde liegt.“

wieder von vorne, von unten anfangen?“

Der „Bauernschmied“ Franz Hoil verfällt in die Stadium weiblicher Anklagen gegen sich und andere, gegen Meister, Pflöcker und die eigene Vergangenheit. „Lebenslänglich auf freiem Fuß!“ — derart parthosch sieht Hoil seine Situation.

All dieses meint der geneigte Leser schon irgendwann gehört zu haben, zu literarisch scheint das von Innerhofer zelebrierte Selbstmitleid.

Doch langsam wird Licht im Tunnel: Hoil spürt, daß er akzeptiert wird. Nicht von den Dorfbewohnern, heißt es, sondern von Helene, der Mutter seines Meisters.

„Ich mußte an Helene denken. Die eine ist eine fremde Frau und will mir aus allem heraushelfen. Die andere ist meine Mutter und will mich in einen kümmerlichen Zustand zurücktreiben, kennt nur: beherrscht werden und selber herrschen.“

Hoil löst sein Selbstmitleid in eine Reihe von Fragen auf, er beginnt zu lesen und in langen Gesprächen mit Helene ein Mensch zu werden, der zu begreifen lernt, was um ihn herum vorgeht.

Dies sind auch Innerhofers stärkste Momente, wenn er mit der ihm eigenen Heilsichtigkeit Beobachtungen aus dem dörflichen Bereich in seine merkwürdig herbe Sprache faßt.

In eine Sprache, die aus der Sprachlosigkeit all der Leute kommt, die der Autor beschreibt, in deren Namen er stellvertretend schreibt.

Ob sie sich von ihm vertreten fühlen?

„Ich fürchte, da hat der Innerhofer wenig Chancen.“

Eher schon Franz Klammer.

MEDIZINSTUDENTEN!

Das Landesassessorat für Sozial- und Gesundheitswesen organisiert in Zusammenarbeit mit der Südtiroler Hochschülerenschaft einen INFORMATIONSTAG FÜR MEDIZINSTUDENTEN am Gründonnerstag, 15. April 1976, im Waltherhaus in Bozen.

Zur Sprache kommen wichtige Neuerungen im Sanitätswesen in Südtirol.

Id, die Kunst und der Künstlerbund

Die Vorgeschichte und die Polemik um die Plakate von Christian Pardeller auf der Ausstellung des Südtiroler Künstlerbundes sind bekannt. Dazu einige Überlegungen:

1. In der Diskussion nach der Ausstellungseröffnung haben die Vertreter des Künstlerbundes großen Wert darauf gelegt, als „unpolitischer Verein“ gesehen zu werden. Vielleicht sollten sie doch versuchen, eher unabhängig als unpolitisch zu sein.

(Der Druck von außen, sei er von direkt politischer oder von politisch interessierter Seite vorangetragen, macht jede Entscheidung des Künstlerbundes zur politisch relevanten Entscheidung).

2. Kunst- und Kritikertiker vom Format eines IS können allein ungeschwiebigste „Provokationen“ aufnehmen, sie sind aber nicht instand, verdeckt geführte Angriffe auf den normalen Kunstbetrieb zu entlarven. Nur aus dieser Tatsache läßt sich erklären, daß kein „Kritiker“ auf den polnischen Beitrag von Peter Kaser eingegangen ist. Vielleicht fehlen dazu die textlichen Erklärungen?

(Peter Kaser hat im Rahmen der gleichen Ausstellung 8 seiner scheinweise hergestellten Ölbilder mit dem Langkofel gezeigt. Diese Bilder, mit Schablonen gemalt, sind ein beliebtes Andenken für Touristen. Dennoch hat kein (!) „Kritiker“ diese Tatsache in den Rezensionen angeführt, obwohl gerade diese Bilder den allergebräuchlichen Begriff „Kunst“ in Frage stellen.)

3. Christian Pardeller hat seine Plakate mit einem Notizblock („Ihren Senf dazu“) ergänzt. Wie scharf der Senf nicht zuletzt durch die Kampagne der „Dolomiten“ in Südtirol ist, zeigen einige Beispiele:

Schäufrosterbund, wanderts aus!
Den Soof' verlossen, weil die Kunst zu politisch... ist.
Kunst hat mit Politik nichts zu tun!
Arschloch du plödes
Kommunist sein ist gut, Demokrat besser
Es Orschlöcher
Roter Faschist Dreckfink Schmier-spaz
Rote Sau
Roate Faschisten sind die wahre Gefahr, besonders
unrer dem Deckmantel der Demokratie
Wändverschmierer und lichtscheue Katten und Läuse
in einer Kunstausstellung!!
Und das in Südtirol!!

Schneidst sie raus die roten Schwänzel!

(Nachsatz: „... Demokrat besser“ — ... so demokratisch, daß wir jeden auswandern lassen — die Beronung liegt natürlich auf lassen — der nicht mit uns einverstanden ist).

Nachdem die Plakate auf Druck der DOLOMITEN aus der Ausstellung entfernt worden waren, verbreitete Florian Kronbichler ein Flugblatt, das sich mit diesen Vorgängen befaßt. Dieses Flugblatt wird hier veröffentlicht. Auf der zweiten oder dritten Aus-

schußsitzung der SF am 22.12.1975 wurde folgender Antrag mit 16 Zustimmungen, 9 Enthaltungen und 1 Gegenstimme genehmigt: „Obwo allfällige Gerichtsverfahren beeinflussen zu wollen, billigt der Ausschuß der SF die von Florian Kronbichler veranstaltete Flugblattaktion und verurteilt die Vorgangswiese, die zur Entfernung der Plakate geführt hat“.

Die Veröffentlichung des Flugblattes erfolgt ebenfalls aufgrund eines Ausschlußbeschlusses, der mit 14 Zustimmungen, 8 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen gefaßt wurde.

Siegfried Brygger, Karl Carpei, Dieter Knoll und Markus Perwanger legen Wert auf die ausdrückliche Feststellung, daß sie gegen diesen Antrag gestimmt haben.

===== ZENSUR IM WALTHERSHAUS ZENSUR IM WALTHERSHAUS ZENSUR IM WAL =====

Im Rahmen der Initiative „Begegnung mit jungen Künstlern“ können Sie im Foyer dieses Hauses eine Kunstausstellung sehen, bei der 34 junge Künstler ihre Werke ausstellen. In der Zwischenzeit sind es 33 geworden.

Einer von ihnen, Christian Pardeller, ist inzwischen aufgrund einer massiven Kampagne der DOLOMITEN zensuriert worden. Die drei von ihm ausgestellten Plakate, die den Ausstellungsrahmen durch politische Aussagen und Karikaturen zu erweitern suchten, sind kurzerhand unter dem Vorwand entfernt worden, sie stellten einen Vorstoß gegen den Artikel 99 des italienischen Strafrechtsgesetzbuches (Diffamierung) dar.

Das ist keine unbedeutende Episode, sondern ein unerhörter Eingriff in die von der Verfassung garantierte Freiheit des künstlerischen Ausdrucks. Damit ist eine Grenze überschritten, die uns auf die Ebene totalitärer Staaten stellt. Der kompromißlose Kampf der Konoplykresse gegen jede Art nichtliebliger Kunst erinert fatal an den Kampf des NS-Regimes gegen jede Form „verderblicher“ Kunst. Solch hinterwäldlerische Präpotenz dürfte in ganz Westeuropa nicht ihresgleichen finden.

In jeder Zeitung sind heute wesentlich schärfere Karikaturen zu finden (und nicht zuletzt in deren Blättern, mit denen sich die DOLOMITEN identifizieren). Welcher Unterschied besteht denn darin, ob man Magno als Hircoler Adler oder Kissinger als Trübsenbatte darstellt?

muß sich der Künstlerbund wirklich dem Diktat der DOLOMITEN beugen und sich vorschreiben lassen, wie Kunst auszugehen hat? Sind wir denn in der Sowjetunion oder in Spanien? Wenn steht uns die erste öffentliche Bücher- oder Bilderverbrennung bevor?

Was sich hier abspielt, darf in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden und jeder Demokrat — abgesehen davon, ob er mit dem Inhalt der Plakate einverstanden ist — wird die Tragweite dieses Eingriffs richtig einschätzen und mit seiner Unterschrift dagegen protestieren.

DIE DOLOMITEN BEFÖHLEN —
DER KÜNSTLERBUND GEHORCHT.
HEUTE EIN PLAKAT —
UND MORGEN?

Bozen, am 24. November 1975

Für den Inhalt verantwortlich: Florian Kronbichler
Verfaßt und vervielfältigt: Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Waltherhaus

Hans Meiss

Verschiedene Interpreten: BLUES JUBILEE (Atlantic ATL 60095)

„Die gute alte Zeit ist vorbei. Sie ist deshalb gut, weil sie vorbei ist“, singt London Wainwright III., amerikanischer Meister des Schwarzen Humors.

Die Nostalgiewelle hat die alten Leichen aus dem Schrank geholt: den Schmalz der fünfziger und zwanziger Jahre, die Ragtimes von Scott Joplin selbst, den verferteten alten Elvis Presley und mit ihm die dünnen Klänge der Rock 'n' Roller.

Nun sind sie alle wieder eingesagt und das ist gut so.

Allerdings — an den Blues haben sie sich nicht getraut, die Nostalgiker, es wäre auch nicht leicht gegangen, da seiner Konsumierbarkeit gewisse Hindernisse entgegenstehen. Will heißen: diese archaische Musikform hat sich in ihrer 60jährigen Entwicklung nie zur ästhetischen Konserve aufpolieren lassen; wenn der Blues auch wesentlich zur Entwicklung von Jazz und Rock beitrug, indem er ihnen formale Impulse gab, so blieb seine subjektive Gefühlslage dennoch nicht reproduzierbar: man hat den Blues oder man hat ihn nicht, wie es seine Interpreten ausdrücken.

Es gibt wahrscheinlich über 100.000 Bluesplatten, wozu der Kritiker Helmut Salzinger einmal meinte: mit dem Blues sei es wie mit dem Vögeln, im Prinzip immer das gleiche und doch mache es stets von neuem Spaß.

Auf dieser Platte wird der Beweis für diese Behauptung angetreten: Zwischen LEADBELLYS „Goodnight Irene“ (1943) und HOWLIN' WOLFS Live-Aufnahme vom Ann Arbor Festival 1972 liegen knapp 30 Jahre, dennoch hat der schwerwichtige Leadbellysong kaum Staub angesetzt und auch dem alten Wolf merkt man seine 62 Jahre nicht an, so kraftvoll drischt er noch seine 12 Takte herunter.

Was dazwischen liegt: Von Leadbelly angefangen, Aufnahmen der meistbekanntesten Bluesgrößen, von T-BONE WALKER und Joe TURNER, von BLIND WILLIE Mc TELL, PROFESSOR LONGHAIR und CHAMPION JACK DUPREE. Einen Ehrenplatz hat Atlantic dem Lübecker Ray CHARLES

eingeläumt, dessen geisterhafte Kopfstimme hier viel faszinierender wirkt als auf vielen seiner großen Hits.

Aus den frühen Sechzigern stammt John Lee HOOKERS „Don't turn me from your door“, ebenso der „Double crossing blues“ der bis heute weithin unterschätzten Esther PHILLIPS.

Für jemanden, der mit den Animals, Yardbirds und Cream großgeworden ist, sind die letzten 6-8 Titel am interessantesten: Albert KINGS berühmtes „Born under a bad sign“, das bei mir stets Gänsehaut hervorruft, dann weitere Leckerbissen von Otis RUSH mit der Muscle Shoals Rythmusektion

(Duane Allman/Barry Beckett/Roger Hawkins) und Freddie KINGS Standard „The Stumble“, mit King CURTIS am Tenorsaxophon.

Überhaupt hat Atlantic hier seltsame Kombinationen und Permutationen versucht: der schwarze Gitarrist Buddy GUY spielt zusammen mit der weißen J. Geils Band den „Old Fool“, während LOUISIANA RED eine sehr scharfe Version von „Rollin' Stone“ abläßt, an der Muddy Waters seine Freude haben könnte.

Wie auch das ganze Doppelalbum eine mit sehr viel Liebe zusammengestellte Edition ist, an der wieder einmal deutlich wird, von woher die Ideen kamen und wer den Ruhm und die Tantiemen eingeheimst hat. Und da ist es nur recht und billig, wenn Gitarrengott Eric Clapton in einer Aufnahme von JUNIOR WELLS brav und bescheiden die Rhythmusgitarre übernimmt und damit demonstriert, wieviel er und viele andere diesen alten, verfallenen Negern zu verdanken haben.

Renate Mumelter

Wie zwingt man einem Südtiroler Scheuklappen auf, wenn er zufällig noch keine hat?

Dazu eine moderne Fabel.
Ort der Handlung: Innsbruck, Bauernhundsaal.

Zeit der Handlung: Weihnachtsvollversammlung der SH 1975

Darsteller: Dumme Schafe und schlaue Fische

Die Moral von der Geschichte: Traue einem Fuchse nicht

Einige harmlose Schafe saßen in der Vollversammlung und erdreistereten sich, ihre Münder weit aufzureißen.

Sie waren — man möchte es nicht für möglich halten — versessen darauf, sich in breiterem Rahmen über ihre heimatliche Weide zu informieren. Die schlaue Fische allerdings, die die farblose Menge unter Kontrolle halten wollten, legten den dummen Schafen nur eine Zeitungsnahrung vor. Diese ist zwar kräftige, altbewährte Tiroler Hausmannskost, aber die empfindlichen Schafe verdauten die einseitige Nahrung ziemlich schwer.

Und da sie meinten, alizuviel Vitamin „D“ sei ungesund, riefen sie, ohne Böses zu ahnen, nach ergänzender Speise.

Sie wurden zwar — das mußten sie eingestehen — reichlich mit ausländischer Kost gefüttert. Aber trotzdem fühlten sie, daß irgend etwas fehlte.

In guter Hoffnung stellten sie also nochmals ihre Forderung.

Aber die Angelegenheit schien doch nicht so einfach zu sein, wie sie gemeint hatten.

Die Fische wandten nämlich ein, daß die italienische Herstellerfirma dieses ergänzenden Nahrungsmittels — nem-

nen wir es A.A. — finanziell geschwächt sei und daher nicht wie andere Fabriken (z.B. „D“) Grafikproben liefern könne.

Aber eigentlich hatten die schlaue Fische andere Interessen. Sie wünschten nicht, daß die Schafe zu vielseitig genährt würden, da sonst die Gefahr bestand, daß sie allzu stark und schlau würden.

Daher meinten die Fische schlicht, sie verfügten nicht über die unantastbaren Mittel, die nötig seien, die Nahrung A.A. zu beschaffen.

Das konnten die Schafe nun trotz aller Dummheit nicht glauben und daher strengten sie ihre grauen Zellen übermäßig an, brachten Vorschläge, erdachten Alternativen, suchten nach Auswegen.

Und siehe da! Die schlaue Fische wurden langsam unruhig, bekamen heiße Ohren und feuchte Pfoten. Sie fühlten, daß die „dummen“ Schafe bald die Oberhand gewinnen würden. Sie ahnten, daß sie wohl in Kürze eingestehen müßten, daß diese Geldmittel sehr wohl zur Verfügung standen.

Was war da zu machen? Nervös blickten die blitzenden Augen der Fische von einem zum andern. Sie saßen unmutig auf ihren Sesseln, der Boden wurde ihnen zu heiß — doch da erschien der deus ex machina einer der Fische hüftell hoch verlegen, halb betäubt, stand auf und stellte folgende Frage: „Wir haben ja in unserem

(Fortsetzung auf S. 31)

Die Firma LEITNER AG,
39049 Sterzing, Brennerstraße 34
Telefon (0452) 65 777
sucht einen

Ingenieur für allgemeinen
MASCHINENBAU
(Abteilung Seilbahnwesen)

Anfragen direkt an die Firma.

Zur ausgefallenen Studententagung 1975

Für eine Gruppe, die politisch wirksam sein will, ist die Frage, wie die politische Diskussion zu organisieren sei, ein Problem von nicht geringer Wichtigkeit. Sei es, in der Gruppe eine freie Auseinandersetzung zu gewährleisten, die zu vertretenden Interessen zu bestimmen und die Art sie am wirkungsvollsten durchzusetzen, sei es nach außen hin seine politischen Ziele mitzuteilen und in der Diskussion die Basis für politisches Handeln zu schaffen.

So war in der Südtiroler Hochschülerschaft seit jeher die Art, wie man die eigenen Mitglieder aktiver für die politische Verwirklichung des Vereins und seiner Stellung machen kann und wie man sich nach außen wendet und dadurch politisches Gewicht bekommen kann, ein zentraler Punkt der internen Diskussion. Zwei Schwierigkeiten stellten sich besonders hartnäckig: einmal war zu vermitteln zwischen den korporativen Interessen der Mehrheit der in der SH organisierten Studenten, Anerkennung der im Ausland erworbenen Studientitel, Stipendien und so fort und den politischen Interessen, die meistens nur von den Engagierten unter den Studenten verantragt wurden und häufig in den Auseinandersetzungen im Ausschuß ihren Niederschlag fanden.

Ein Knoten, an dem nicht vorbeizukommen ist und der innerhalb der SH wohl auch nicht zu lösen ist, verhinderte stets eine wirksame Vermittlung der beiden Ebenen: die grundsätzlich ambivalente soziale Zusammensetzung der SH. Zu sehr verschieden sind die in ihr organisierten Studenten nach sozialer Herkunft und finanziellen Voraussetzungen und sozialer Perspektive und finanziellen Erwartungen, als daß man ein einheitliches Engagement erreichen könnte. Eine Ambivalenz, die nur außerhalb der SH gelöst werden kann, in der Beziehung zu einer Kraft, die sozial einheitliche Interessen vertritt und politisch deshalb größere Homogenität erreichen kann.

Das zweite Problem, mit diesem eng verbunden, ist die Öffentlichkeit nach außen, Zeitschrift und Diskussionen. Welche Interessen haben sie widerzuspiegeln, an wen sollen sie sich richten und vor allem, an wem haben sie sich zu orientieren, damit sie zu politischer Bewegung werden?

Ein konkretes Beispiel, das mich auch zum Anlaß dieses Briefes führt, der Klarstellung sein soll gegen Verzerrung und Verleumdung, die in diesem Falle reichlich angewandt wurden: die Frage der Universität in Bozen, längst nicht mehr ein rein korporatives Problem, das nur das Problem

der jetzt zu einem Studium auswärtiger gezwungenen Studenten lösen sollte, sondern eine politische Entscheidung, die auf die soziale und politische Entwicklung des Landes Einfluß nehmen kann, an der sich progressive und reaktionäre Geister trennen.

Der Kampf für oder gegen die Universität ist also zu einer Auseinandersetzung zwischen politischen und sozialen Lagern geworden, hinter denen verschiedene Auffassungen der Gesellschaft, des Entwicklungsmodells stehen. Die Stärke der Fraktionen liegt in ihrer Fähigkeit, diese politischen Hintergründe aufzuzeigen und ihnen Kraft zu verleihen, politische und soziale Kräfte um sich zu scharen. Die Gegner der Universität scheinen es besser verstanden zu haben, die politische Sprengkraft einer Universität aufzuzeigen und Partei und Bündis, Vereinigungen und natürlich auch verbreitetes falsches Bewußtsein zu mobilisieren.

Im September hat die SH eine Diskussion vorgeschlagen, die, über Bildungspolitik im allgemeinen, im Zusammenhang mit der Frage der Universität in Bozen stehen sollte. Aber nicht etwa Organisationen, die dann politischer und sozialer Bezugspunkt einer realen Bewegung für die Universität sein könnten, fortschrittliche Parteien, Gewerkschaften standen in ihrem

Mittelpunkt. Professoren, Vertreter aus Bundesrepublik und Italien, Bayern und Berlin sollten wieder einmal Ersatz für reale Auseinandersetzung sein und wenig ändert daran, daß man im letzten Augenblick auch noch schnell Gewerkschaften und Parteien hinzuprogrammiert hat.

Darum ging also unsere Meinungsverschiedenheit, zwischen einer akademischen Diskussion, die bestenfalls linke Ideen doziert und vielleicht Respekt bei einigen veralkoholten Dolmetscherdokumenten hervorgerufen hätte, und dem Aufbau einer realen Bewegung für die Universität, die auf konkreten Interessen bestimmte Bündnisse schafft, die tatsächlich politisches Gewicht haben. Und die vor allem das Problem der Universität in den Zusammenhang des Kampfes um eine neue Gesellschaft und eine neue Schule in ihr stellen. Das heißt, den Konflikt um die Universität in die sozialen Auseinandersetzungen und die politischen Zusammenstöße einzubauen, den Kampf zu organisieren und zu planen, um ihn als Sieger durchzustehen.

Die Tatsache, daß die Tagung wegen des Ausfalls eines Referenten nicht stattfinden konnte, beweist, welches Gewicht diesem und nicht der aufzubauenen Bewegung zugemessen war und im allgemeinen wird (das gilt nicht nur für die SH, sondern für alle, die an der Organisation dieser Tagung direkt oder indirekt beteiligt waren) und läßt verstehen, wie weit die beiden Positionen auseinanderliegen, ja sich entgegensetzen.

Mehr Vertrauen in die politischen Möglichkeiten der Massenbewegung würde der gesamten Linken nicht schaden.

(Fortsetzung von S. 30)

Wie zwingt man einem Südtiroler Scheuklappen auf, wenn er zufällig noch keine hat?

Bunde einen gutinformierten Kollegen, der den Kreisen der D-Fabrik nahesteht. Ich möchte nun eine einzige Frage an ihn richten: Wäre es nicht möglich, daß die D-Fabrik auch auf Bezahlung pochen würde, wenn sie erfuhr, daß wir die Zustellung der A.A. Fabrik bezahlen?"

Gespannt wartete alles auf die Antwort. Der „gutinformierte“ Fuchs aber stand langsam & gewichtig auf, ließ seinen Blick über die Kunde schweifen, räusperte sich, und sprach:

„Ich bin zwar nicht der Leiter der Fabrik, könnte mir aber durchaus vorstellen, daß die Firma aus rein wirtschaftlichen Erwägungen (!) ebenfalls eine Rechnung stellen würde, wenn sie erführe, daß man die italienische Konkurrenz bezahlt!“

Es herrschte beklommenes Schweigen. Das hatte sich kein Schaf erwartet. Anscheinend war der Geist der Schafe doch zu schwerfällig, sich zu solchen Höhen emporzuschwingen. Trotzdem aber blühte eines der Tiere da und dort weiter. Die Füchse fühlten, sie hatten gewonnen, jetzt genügt es, ein paar vage Versprechungen zu machen, und damit war das Thema beendet.

...Heute noch stopfen die Schafe widerwillig Vitamin „D“ in sich hinein. Bleibt die Frage, wie lange sie's überleben.

Anmerkung der Redaktion:

„D“ = DOLOMITEN

„A.A.“ = AUTO ADIGE

„Gutinformierter Fuchs“ = Michl Ebner

Promotionen

BAGNARA Anne Maria, Eppan
BURGER Alois, St. Margaretha/Ortisei
COMENTI Helmut, Tirlan
DEFRANCESCHI Ivo, Latsch
DEMICHIEL Erwin, Bozen
DORNAR VINCENZI Helene, Brunico
ENNEBMOSER Günther, Gossensass
FLANDORFER Wolfgang, Bozen
GAMPER Josef Ernst, Lana
GANTHALER Elisabeth, Burgstall
GEBEL Utriedo
GOTTFER Bruno, Eppan
HOFFGARTNER Alfons, Mühlwald
HUEZ Siegfried, Meran
HUBER Heinrich, Wolochellen
JALOMPT Walter, Bozen
KAGER Siegfried, Bozen
v. KEMPTER Herst, Sterzing
KIEM Helmut, Meran
KOFFER Michael, Rasch
LANG Paul, Lajen
LARCHER Walter, Meran
LECHNER Franz, Rodeneck
LECHNER Regina, Braxen
MAPPER Stefan, Bozen
MARSONER Paul, St. Walburg/Ulten
MAYR Peter, Bozen
MONDINI Antonjola, Bozen
NIEDERBRUNNER Franz, Triesen
NIEDERMAIR Josef, Vintl
NOTHARTLER Johann, Sterzing
OGRISCH Martin, Bozen
PAMER Sebastian, St. Leonhard/Passier
PARDOLLER Alois, Bozen
PERER Oswald, Braxen

Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Wolfgang Borchers' Darstellung der Nachkriegssituation im Drama ‚G-raußen vor der Tür‘.“
 Graduation zum Akademischen Bibliothekar an der Hochschule für Angewandte Kunst Wien.
 Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. Dissertationsthema: „Vergleiche zwischen österreichischen Bundesländern und italienischen Regionen.“
 Promotion zum Doktor-Ingenieur (Maschinenbau) an Politecnico-Mailand.
 Promotion zum Doktor der Philosophie (Psychologie) an der Universität Salzburg. Dissertationsthema: „Sozialstruktur und Weiterbildung: Familie und Schule als Bedingungsfaktoren für Lernverhalten im Erwachsenenalter.“
 Promotion zum Doktor der Pädagogik an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Experimentelle Arbeit über Wahrnehmungopsychologie.“
 Promotion zum Doktor der Literarischen Fächer an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die Geschichte von Gossensass 1850-1954 mit besonderer Berücksichtigung des glanzvoller Fremdenverkehrs vor dem ersten Weltkrieg.“
 Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Quarzüngelgeologie und Morphologie des Valsugana-Tales.“
 Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
 Sponsion zum Magister der Philosophie an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Bologna.
 Promotion zum Doktor-Ingenieur (Bauwesen) an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Architektonisch-formaler Ausdruck, funktionelle und statisch-strukturbedingte Anforderungen in einem Vorschlag zum Projekt einer Stofffabrik in der Gemeinde Eppan.“
 Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona.
 Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena.
 Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. Dissertationsthema: „Die Scheidung in der BRD und in Italien.“
 Promotion zum Doktor der Literarischen Fächer an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die Korrespondenz des Grafen Arco von Kaiser Maximilian mit dem Heiligen Stuhl.“
 Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona.
 Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die Morphologie des Mittelgebirges zwischen dem Pfänderer Tal und Kiems.“
 Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Österreichisch-italienische Beziehungen 1914-1923.“
 Promotion zum Doktor der Philosophie (Philosophie und Soziologie) an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Zur Funktion der Geschichte für soziologische Theorie.“
 Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Struktureller Vergleich zwischen den Raiffeisenkassen in Österreich und Italien.“
 Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Ludwig Mayr - Prälat von Neustift 1832-1851.“
 Promotion zum Doktor der Philosophie (Biologie) an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Literarischen Fächer an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Beiträge zur Siedlung, Wirtschaft und Bevölkerung der Gemeinden Teverez und Pfalzen.“
 Promotion zum Doktor der Philosophie (Vor- und Frühgeschichte) an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Die Eisenfunde von Sanzeno im Neusberg.“
 Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Philosophie (Mathematik) an der Universität Innsbruck.
 Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. Dissertationsthema: „Die Vorkaufsaktien ohne Stimmrecht in der BRD.“
 Promotion zum Doktor der Pharmazie an der Universität Padua.

<i>PERNSTICH</i> Anton, Trient	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck.
<i>FRASZ</i> Ljilka, Walsgraben	Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.
<i>KHLEZI</i> Hansjörg, Bozen	Promotiva zum Doktor der Medizin an der Universität Rom.
<i>ROGHE</i> Max, Nals	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
<i>REIFER</i> Gonda, Meran	Promotion zum Doktor der Philosophie (Metaphysik) an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Betrachtung von Tischspielen für einen improvisierten AIAC-66-Interpreten.“
<i>SCHWEIGROGLER</i> Reinhard, Vahrn	Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona.
<i>SPEOSER</i> Elisabeth, Lienz	Promotion zum Doktor der mathematischen Wissenschaften an der Universität Mailand. Dissertationsthema: „Das Verhalten der deutschen Gesellschaft gegenüber den Gastarbeitern.“
<i>SPITALER</i> Melga, Kufstein	Promotion zum Doktor der Philosophie (Gemeinschaft) an der Universität Innsbruck.
<i>SLEICHER</i> Leopold, Sterzing	Promotion zum Doktor der Philosophie (Zeitgeschichte) an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Stafrol zwischen Rom und Berlin 1919–1933.“
<i>SCHIMPL</i> Fritz, Lienz	Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Die Italienisch-schweizerischen Zellbestimmungen.“
<i>TAPPEINER</i> Walter, Meran	Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Innsbruck. „Die Beziehungen des Fürstentums Trient zu dem Landesherren und zu den Landesfürsten Tirols von 1609–1803.“
<i>TANZNER</i> Rosa, Erlben	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Göthe's Briefe (1797) ein entwicklungsgeschichtlicher Versuch.“
<i>TAUPER</i> Robert, Katz-Schub	Graduation zum Diplom-Tierarzt an der Veterinärmedizinischen Universität Wien.
<i>TISCHLER</i> Raimund, Meran	Promotion zum Doktor der Philosophie (Religionssoziologie und Wissenschaftstheorie) an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Religion und Anekdote in der Freidenkerzeitsung. Eine Inhaltsanalyse.“
<i>TISCHLER</i> Helm, Meran	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Bologna.
<i>TECHTERLE</i> Norbert, Telfes	Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.
<i>TRENKHALDER</i> Herbert, Wiesen	Promotion zum Doktor der Philosophie (Biologie) an der Universität Innsbruck.
<i>VOIGLER</i> Reinhard, Hopfen	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Bologna. Dissertationsthema: „Die Konkurrenzgesetzgebung: ein Vergleich zwischen deutscher und italienischer Gesetzgebung.“
<i>WABE</i> Einar, Drauzell	Promotion zum Doktor der Philosophie (Philosophie) an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Elemente zu einer Kritik der Erkenntnis – Theorie als Ideologiekritik.“
<i>WALLNER</i> Bruno, Traut	Promotion zum Doktor der Philosophie (Microbiologie) an der Universität Innsbruck.
<i>WIG</i> Hans, Franzensfeste	Promotion zum Doktor der Agrarwissenschaften an der Universität Bologna.
<i>ZUEGG</i> Dr. Hubrad, Lienz	Sponsion zum Magister der Philosophie an der Universität Innsbruck.

Das traditionelle
**Skirennen der Südtiroler
Hochschülerschaft**

wird am
15. April 1976 (Gründonnerstag)
in Form eines Riesensloms in
Ladurns (Gossensaß)

ausgetragen (Skilift / Doppelskilift), Autobahnausfahrt Sterzing

Start: 12.00 Uhr

Startberechtigt sind Hochschüler, Oberschüler, Altkadomiker

Kategorien: Damen und Herren

Es wird auch eine Mannschaftswertung vorgenommen

Startgebühr: 1.000 Lire

Anmeldungen:

Am Mittwoch, 14.4., von 18 bis 19 Uhr bei Paul Seidner,
Schutzhutp Zirog, Telefon (0472) 6 11 22

Am Donnerstag, 15.4., von 9 bis 11 Uhr in der Schutzhütte
„Heifer Hulsele“, Bergstation Sesselift rechts.

Es gibt Sachpreise und Pokale

Die Preisverteilung findet um 17 Uhr in Gossensaß statt.

Der Ort wird am Ziel mitgeteilt.

Der Sportreferent der SH

Paul Seidner

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: HANS MAYR
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari/Auer, Bozen

Skolast, 4--6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 500

Abonnement: Italien Lire 2000
Österreich 88 70
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto Nr. 89-64371

Deutschland: Bayerische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-082

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni 1958

Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.
